

W o r t p r o t o k o l l

(redigierte Fassung)

der 22. Sitzung (öffentlich) der Enquete-Kommission
"Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten",
der 60. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und
der 57. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

am Montag, dem 18. Juni 2001,
Beginn 10.00 Uhr,
Plenarbereich Reichstagsgebäude, Raum 3 S 001,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD),
Vorsitzender Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“
Abg. Rudolf Kraus (CDU/CSU),
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Tagesordnung:

Gemeinsame öffentliche Anhörung

„Wasser – Ein weltweit immer knapper werdendes Gut“

Sachverständige:

1. Dr. Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
2. Prof. Dr. Riccardo Petrella, European Commission, Joint Research Center
3. Achim Steiner, Generalsekretär von IUCN – The World Conservation Union
4. Dr. Susanne Neubert, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
5. Dr. Wolfgang Bichmann, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
6. Dipl.-Ing. Agr. Antonio Pires, Sekretariat der United Nations Convention to Combat Desertifikation (UNCCD)
7. Dr. Joachim Richter, AquaMundo GmbH
8. Prof. Dr. Joseph Alcamo, Wissenschaftliches Zentrum für Umweltsystemforschung, Gesamthochschule Kassel
9. Dr. Manfred Konukiewitz (BMZ)

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung freuen sich, die heutige öffentliche Anhörung zum Thema „Wasser – Ein weltweit immer knapper werdendes Gut“ abzuhalten. Ich habe mich kurz mit den Vorsitzenden der beiden Ausschüsse besprochen und bin gebeten worden, die Sitzung zunächst einmal zu eröffnen. Meine Name ist Ernst von Weizsäcker. Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Herr Matschie, ist leider heute nicht in der Lage, bei uns zu sein, wohl aber der Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herr Rudolf Kraus, der mit mir die Sitzungsleitung übernehmen wird. Ich begrüße sehr herzlich die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Dr. Uschi Eid, Herrn Prof. Dr. Riccardo Petrella vom Joint Research Center der Europäischen Kommission, Herrn Achim Steiner, Generalsekretär der World Commission on Dams - und jetzt neu: Generalsekretär der IUCN - und Frau Dr. Susanne Neubert vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Anstelle von Herrn Bruno Wenn kommt Herr Dr. Wolfgang Bichmann, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Herr Antonio Pires und Frau Anja Thust vom Sekretariat der United Nations Convention to Combat Desertification, Herrn Dr. Joachim Richter von AquaMundo, Herr Prof. Dr. Joseph Alcamo vom Wissenschaftlichen Zentrum für Umweltsystemforschung an der Universität Kassel. Wir hatten den Staatssekretär im Ministerium für Wasser und Bewässerung des Königreiches Jordanien, Herrn Dr. Hazim El-Naser, eingeladen. Er ist aber soeben zum Minister ernannt worden und hat daher um Entschuldigung gebeten, dass er leider heute nicht dabei sein kann. Wir haben aber ein schriftliches Statement von ihm, welches gerne allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben insgesamt eine ganze Reihe von hochinteressanten Papieren bekommen, die allen Mitgliedern der Kommission und allen Gästen im Prinzip zugänglich sind. Wenn ich sage: allen Gästen, dann ist es ggf. ein technisches Problem, ob wir es wirklich allen sofort verfügbar machen können; notfalls stellen wir es in das Internet. Ich lese jetzt die einzelnen Vorlagen nicht vor. Wir haben vor, dass nach den Einleitungsstatements der Parlamentarischen Staatssekretärin und der Sachverständigen eine Diskussion stattfindet. Wir haben vor, dass wir die Einleitungsstatements in einer Reihe durchnehmen, und ich möchte die eingeladenen

Sachverständigen bitten, den augenscheinlich schriftlich angekündigten Zeitrahmen von jeweils einer Viertelstunde nicht auszuschöpfen, sondern wenn irgend möglich sich auf fünf bis zehn Minuten zu beschränken, damit wir dann Zeit für die Interaktion, insbesondere mit den Kommissionsmitgliedern, haben. Es tut mir leid, es ist etwas unhöflich, dass ich das jetzt zu diesem Zeitpunkt sage. Ich hätte eigentlich mit jedem noch mal Rückkopplung halten müssen. Versuchen Sie es soweit es eben geht. Wir machen dann um 13.00 Uhr eine Mittagspause, etwa eine Stunde. Dazu wird auch hier etwas zum Essen zur Verfügung gestellt. Dann haben wir zum Themenblock 2, insbesondere zum Thema „Salzwasser“ ab 14.00 Uhr eine weiterführende Diskussion und anschließend auch noch über die Frage von Instrumenten, ökonomischen Instrumenten usw. Erst etwa um 17.00 Uhr können wir mit einem Ende dieser Sitzung rechnen. Ich würde dann als erstes die Staatssekretärin, Frau Dr. Uschi Eid, zu Wort bitten.

Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Uschi Eid: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Herr Vorsitzender, ich möchte gleich mit einer Entschuldigung beginnen. Weil wir uns einem sog. Peer-Review der OECD unterziehen müssen, habe ich ein Prüfgespräch um 11.30 Uhr. Deswegen kann ich nicht mehr lange hier sein. Ich bitte auch die Zuhörer um Verständnis, denn manchmal kommen Dinge dazwischen, die man nicht im Griff hat.

Zunächst einmal freue ich mich, dass das Thema „Wasser“ mittlerweile auch auf der internationalen Tagesordnung ist. Beim letzten Millenniumsgipfel im September letzten Jahres haben Staats- und Regierungschefs die Millenniumsdeklaration verabschiedet, wo die Bedeutung des Wassers noch einmal sehr deutlich unterstrichen worden ist, und das war auch gut so. Wasser ist heute bereits ein sehr kostbares Gut. Wasser wird aber wegen dem steigenden Wasserverbrauch noch knapper werden. Einmal durch die Menschen: Erst mal haben wir Bevölkerungswachstum, zum anderen ziehen Menschen stärker in die Städte, und auch in den Drittweltländern wird dann in den Städten der Pro-Kopf-Verbrauch rasch das Niveau der Industrieländer erreichen. Die Landwirtschaft verbraucht immer mehr Wasser dadurch, dass wasserintensive Bewässerungslandwirtschaft erheblich an Umfang ausgedehnt wird, und drittens gibt es natürlich auch die Industrie als Wasserverbraucher. Zwar liegt der Wasserverbrauch der Industrie in den

Entwicklungsländern nur zwischen 10 und 30 Prozent, aber bei einer stärkeren Industrialisierung wird auch der industrielle Wasserverbrauch in den Entwicklungsländern zunehmen. Wasser wird auch deshalb knapper werden, weil die Wasserverschmutzung zunimmt. Industrielle und häusliche Abwasser werden meist direkt und ungeklärt in der Natur entsorgt. Was aber ein großes Problem darstellt, ist, dass schadstoffhaltige Sickerwasser, wilde Müllhalden und auch ein häufig unsachgemäßer Pestizid- und Düngemittleinsatz die Oberflächengewässer und das Grundwasser beeinträchtigen. Das heißt also hier: Wasser wird knapp wegen dem steigenden Wasserverbrauch und zunehmender Wasserverschmutzung.

Mit welchen Problemen haben wir es auf Grund dieser Daten in den Entwicklungsländern zu tun?

1. Wir haben hohe Gesundheitsrisiken, wir haben hohe Kindersterblichkeit, wir haben aufwendige Wassertransportwege, wovon hauptsächlich Frauen betroffen sind, denn sie sind diejenigen, die das Wasser für den häuslichen Gebrauch holen müssen, und wir haben eine Verschlechterung der Böden.
2. Die Natur leidet in den Entwicklungsländern mehr als bei uns. Das nehmen wir in der Regel nicht so sehr wahr, aber das ist leider so.
3. Wassermangel birgt ein erhebliches Konfliktpotential, und zwar nicht nur zwischen verschiedenen Nutzergruppen, sondern auch zwischen Unterliegern und Oberliegern an nationalen Bächen, aber auch an grenzüberschreitenden Flüssen.
4. Wir haben als viertes Problem in den Entwicklungsländern damit zu tun, dass die Preise von Wasser in der Regel politische Preise sind und damit sehr niedrig sind, so dass keine Anreize gegeben sind, um Wasser zu sparen und um mit Wasser auch wirklich sehr ökonomisch umzugehen. Dieses Problem, dass Wasser keinen echten Preis hat, führt dazu, dass die Wasserbetriebe zu wenig Geld einnehmen und damit gerade in den Entwicklungsländern nicht in der Lage sind, z. B. Wasserversorgungssysteme in Wohnvierteln oder in Gebieten zu verlegen, wo gerade die ärmsten Menschen leben, was dazu führt, dass die Ärmsten in städtischen Agglomerationen oder auch in ländlichen Gebieten abhängig sind von sogenannten fliegenden Wasserhändlern, die dann zu überhöhten Preisen das Wasser an Arme verkaufen. Ich kann das selber aus eigener Anschauung berichten, da ich drei Jahre in einem afrikanischen Land gelebt und auch in einem Gebiet gewohnt habe, wo nur zwei Monate im Jahr über

die Wasserversorgung Wasser gelaufen ist und der Rest des Jahres Wasser über fliegende Wasserhändler gekauft werden musste. In einem Gebiet, wo eben nicht die Reichsten lebten, so dass ich durchaus die Vergleichsmöglichkeiten hatte, wie teuer das Wasser ist, wenn man es von fliegenden Wasserhändlern kaufen muss. Ein ungleicher Zugang zu Wasser zwischen Arm und Reich ist zu verzeichnen.

5. Wir haben in den Drittweltländern marode Wasserversorgungssysteme, wir haben schwache Institutionen und schwache gesetzliche Rahmenbedingungen. Dies ist ein ganzer Komplex an Problemen, die in Entwicklungsländern anzutreffen sind.

Was sind nun die Schlussfolgerungen für unsere bilaterale Entwicklungspolitik bzw. die Entwicklungszusammenarbeit aus dieser Problemanalyse? Zunächst kann ich feststellen, dass Wasser, weil es ein menschliches Grundbedürfnis ist und mit dem Recht auf Nahrung auch als Recht anerkannt ist, in unserer Entwicklungskooperation allerhöchste Priorität genießt. Wasser ist ein Schwerpunkt in mehr als 22 Kooperationsländern, und die laufenden bilateralen Programme und Projekte werden mit rund 8 Milliarden DM unterstützt. Damit ist die Bundesregierung oder die Bundesrepublik Deutschland der größte europäische bilaterale Geber.

Welches sind die Ziele unserer Kooperation im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit?

1. Selbstverständlich an erster Stelle die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser unter dem Schutz der natürlichen Ressourcen.
2. Die Beratung der Regierungen in Kooperationsländern bei Reformen des Wassersektors. Dabei geht es in der Regel um effiziente Verwendung des Wassers, um die Entsorgung der Abwässer, um Effizienzsteigerung landwirtschaftlicher Bewässerung, und es geht um die Unterstützung bei der Weiterentwicklung der öffentlichen Institutionen auch im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Unternehmensführung. Wir setzen
3. auf die Einbeziehung der Privatwirtschaft, denn ohne privates Kapital und ohne privates Know-how werden die großen Entwicklungsländer die großen Herausforderungen nicht bewältigen, auch nicht mit internationaler Hilfe.

Der Privatsektor - und damit meine ich Privatunternehmen in unseren Partnerländern, aber auch internationale Unternehmen oder deutsche Unternehmen - kann erheblich zur Entschärfung der Versorgungsdefizite beitragen. Immerhin reden wir über einen jährlichen Investitionsbedarf für Wasser in Entwicklungsländern von geschätzten 60 Milliarden US-Dollar. Das BMZ arbeitet auf dem Wassersektor sehr

intensiv mit der Privatwirtschaft zusammen und zwar im Rahmen unserer öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaften, auch bekannt unter dem Schlagwort „PPP“ – Public Private Partnership. Zum anderen ist das Thema Wasser Bestandteil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel unserer bilateralen Kooperation ist, dass Wasser nicht kostenlos zu haben ist und zwar nicht nur aus Knappheitsgründen, sondern Wasser ist ein Produkt, das Kosten verursacht. Es muss transportiert werden, es muss aufbereitet werden, es muss gereinigt werden und seine Qualität muss kontrolliert werden, und deshalb muss Wasser einen Preis haben. Über die Höhe des Preises ist im Einzelfall zu entscheiden. Ich habe mir Wasserprojekte in Sambia angeschaut. Da muss man natürlich differenzieren zwischen der städtischen Wasserversorgung und der ländlichen Wasserversorgung. Das ist gar keine Frage. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Wasserversorgung dann am ehesten nachhaltig ist, wenn die Verbraucher in einem sozial verträglichen Tarifsystem für die Kosten der Wasserversorgung aufkommen. Für mich war interessant zu hören: Ich habe bei dörflichen Wasserversorgungssystemen nachgefragt, wo wir auch sogenannte Wasserkomitees unterstützen. Ich habe Frauen, die Mitglieder dieser Wasserkomitees waren, gefragt, wie sie denn dazu stehen, dass sie jetzt seit neuestem für Wasser einen Preis bezahlen müssen. Dann sagten sie mir sofort: „Wir zahlen lieber Wasser und sind sicher, dass es stetig vorhanden ist und dass es sauber ist, so dass wir unseren Kindern mit gutem Gewissen dieses Wasser auch geben können in der Nahrung, als dass wir nichts bezahlen und dreckige Brunnen haben und dann auch, wenn der Regen lange ausbleibt, zum Teil überhaupt kein Wasser haben.“ Welches sind die Schlussfolgerungen für die Entwicklungspolitik im Rahmen unserer internationalen Kooperation und globalen Strukturpolitik?

1. Wir sehen eine große Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und zwar Vereinbarungen über Grundsätze, wie z. B. die Beteiligung der Bevölkerung, Vereinbarungen über Handlungsnotwendigkeiten, wie z. B. notwendige Reformen, vernünftige Wasserpolitik, angepasstes Wassermanagement und wir sehen notwendige Vereinbarungen über Prioritäten. Allerdings muss man einfach auch klar machen, wenn man über Süßwasser spricht, dass Wasserprobleme natürlich bisher eher regionale Phänomene sind und nicht globale. Regionale Probleme sind z. B. der Aralsee, industrielle Wasserverschmutzungen in Indien, Trockenheit in der Sahel-Zone oder Hochwasser in Mosambik.

2. Im Rahmen unserer internationalen Strukturpolitik beschäftigen wir uns seit Rio de Janeiro, seit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992, mit diesem Thema und da wir ja im nächsten Jahr die Rio + 10-Konferenz haben, hat das BMZ mit dem BMU zur internationalen Süßwasserkonferenz für kommenden Dezember nach Bonn eingeladen. Damit wollen wir die internationale Diskussion weiterbringen auch als unseren Beitrag zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg nächstes Jahr. Die politischen Akzente wollen wir im Dezember auf folgende Bereiche setzen:

- Verbesserung von Planung, Organisation, Verwaltung und Betriebsführung im Wasserbereich,
- Effizienzverbesserung auf der Verbraucherseite, insbesondere in der landwirtschaftlichen Bewässerung und
- wir wollen Wasser als globales öffentliches Gut stärken, insbesondere durch Stärkung der konfliktregelnden Mechanismen bei grenzüberschreitenden Gewässern.

Ich komme zum letzten Punkt: Was sind die Schlussfolgerungen für die Entwicklungspolitik im Rahmen konfliktpräventiver Maßnahmen?

Zunächst einmal muss man feststellen, dass es viele Flüsse gibt, die Grenzen überschreiten. Verknappung und Verschmutzung des Flusswassers sowie mangelnde verbindliche Regeln der Wasserbewirtschaftung können zu erheblichen Spannungen zwischen Anrainer-Staaten von grenzüberschreitenden Flüssen führen. Die internationale Staatengemeinschaft hat der Bundesregierung eine Kompetenz zugeschrieben, mit diesem Problem umzugehen, da wir schon eine Rhein-Kommission, eine Donau- und Elbe-Kommission hatten, und wir es hingekriegt haben, dass wir in diesen Flusskommissionen zu Regelungen gefunden haben, die dann auch implementiert wurden, so dass die alte Regierung mit Unterstützung der Weltbank die sogenannten „Petersberger Runden Tische“ initiiert hat und wir diese Kooperation intensivieren. Wir unterstützen im Nahen Osten gemeinsame Fachteams, die zusammengesetzt sind aus Israelis, Jordanern und Palästinensern. Die GTZ berät in unserem Auftrag die Mekong-Fluss-Kommission. Die Beratung der SADC - das sind 14 Staaten im südlichen Afrika - zur Bewirtschaftung des Limpopo-Flusses ist in Vorbereitung. Nächste Woche werde ich in Genf an einer Konferenz des Konsortiums zur Unterstützung der Nil-Anrainer-Staaten teilnehmen, wo wir diese Nil-Anrainer-Staaten mit 3⁰ Millionen DM unterstützen werden.

Der letzte Punkt, der international zu großen Konflikten oder zu Spannungen geführt hat, war die Frage des Baues von großen Staudämmen, großen Talsperren, denn wir wissen, dass Menschen zwangsumgesiedelt worden sind, sie sind zum Teil überhaupt nicht entschädigt worden oder mangelhaft entschädigt worden, und es wurden negative Umweltauswirkungen konstatiert. Diese Probleme haben das Staudammengagement der internationalen Gebergemeinschaft in die öffentliche Kritik gebracht und natürlich auch erheblich reduziert. Schon die alte Regierung hat dann die World Commission on Dams mit 1 Million DM unterstützt. Und nachdem ich vor zwei Jahren, als Achim Steiner noch Generalsekretär war, die WCD besucht habe, stellten wir fest, dass damals das Geld fast ausgegeben war, und wir haben dann noch einmal 1 Million DM gegeben, so dass die World Commission on Dams die Arbeit auch zu Ende führen konnte. Wir sind dankbar für das Ergebnis, denn die Kritik war und ist zum Teil heute noch berechtigt. Aber der Bericht der World Commission on Dams hat auch sehr deutlich gezeigt, dass Wasserdämme notwendig sind - einmal zur Wasserversorgung, zur Bewässerung, aber auch für Hydroenergie -, damit auch die Entwicklungsländer sich entwickeln können. Und mit der neuen Diskussion über Klimaschutz ist völlig klar, dass wir CO₂-Emissionen reduzieren müssen, und da müssen wir eben alle Möglichkeiten auch nutzen. Aber diese Dämme können nur gebaut werden, wenn sie nach den Empfehlungen dieses WCD-Berichtes umgesetzt werden. Und wir als BMZ werden in unserer Entwicklungszusammenarbeit diese Empfehlungen anwenden. Wir haben unsere Durchführungsorganisationen entsprechend angewiesen. Und die Bundesregierung wird dafür sorgen, dass auch im Rahmen der OECD oder auch der Weltbank oder auch im Rahmen kommerzieller Liefergeschäfte - z.^oB. durch entsprechende Überlegungen in den Hermes-Bürgschaften - diese Empfehlungen, wie sie im Bericht niedergeschrieben würden, auch angewandt werden. Damit bin ich am Schluss und danke für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin. Da sie ankündigen mussten, dass sie nachher nicht dabei sein können, habe ich mit Herrn Kraus vereinbart, dass wir die Möglichkeit geben, in ein Zeitfenster von genau 10^oMinuten eine oder zwei Fragen von Seiten der Mitglieder der Kommission entgegenzunehmen, wobei ich vorschlagen würde, je eine Frage von Seiten der Opposition und der Regierungsseite zu stellen und dann

mit der Anhörung weiter zu machen. Nach dieser Ankündigung merke ich, dass nur zwei Wortmeldungen im Moment vorliegen. Also direkte Rückfragen an Frau Staatssekretärin Dr. Eid, Herr Dr. Brühl und Herr Dr. Baumann.

Dr. Wolfgang Brühl, sachverständiges Mitglied: Frau Dr. Eid, ich habe zwei Fragen: Die eine bezieht sich auf den Komplex der Preise, die Sie angesprochen haben. Ich fand es sehr bemerkenswert, begrüßenswert, dass Sie sehr deutlich gemacht haben, dass Wasser einen Preis haben muss und dass Sie mit dieser Auffassung an vielen Stellen auch in den Entwicklungsländern auf positive Resonanz stoßen. Sie sagten dann, die Wasserpreise dürften nicht zu niedrig sein, und wenn ich es richtig verstanden habe, die Höhe des Wasserpreises komme auf den Einzelfall an. Da würde ich gerne von Ihnen einige Erläuterungen haben, wie Sie sich vorstellen, dass sich ein Wasserpreis bildet oder wer ihn setzen sollte. Bei Preisen hat man ja immer das Gefühl, dass es ein Marktpreis sein sollte.

Meine zweite Frage geht in eine andere Richtung: Sie sprachen davon, dass Wasser in den bilateralen Beziehungen eine sehr große Rolle spielt und Sie erwähnten eine Größenordnung von 8°Milliarden, die Sie vereinbart haben, die Sie ausgeben. Wenn Sie hier bitte etwas erläutern könnten, was die Schwerpunkte dabei sind. Ich kann mir das nicht so richtig vorstellen. Vielen Dank.

Dr. Michael Baumann, sachverständiges Mitglied: Ich habe auch zwei Fragen. Frau Dr. Eid, Sie haben gesagt, erstes Ziel sei die Versorgung der Bevölkerung unter Beachtung ökologischer Kriterien. Welches sind diese Kriterien? Der zweite Punkt betrifft das Thema „PPP“. Gibt es da einen Mindestanteil, mit dem ein Unternehmen beteiligt sein muss - meinetwegen 10 %, 20 % oder 50 % - dass man sagen kann, das ist ein PPP. Die andere Frage betrifft dabei die Versorgung von Ärmern. Das ist häufig ein Problem bei der Privatisierung, aber auch bei dem bestehenden System. Kennen Sie gelungene Beispiele, wo zum Beispiel im Zusammenhang mit PPP dieses Problem gelöst wurde. Sie haben z. B. Tarife angesprochen; es gibt ja auch andere Beispiele.

Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Uschi Eid: Bei den Preisen muss man wirklich unterscheiden, ob es z.°B. städtische Wasserversorgungseinrichtungen sind. Ich nehme jetzt mal einen Fall, wie in Sambia, wo wir die Regierung auf dem

Wasserssektor beraten. Und da komme ich gleich auf die zweite Frage mit Schwerpunkten in Sambia. Politikberatung ist das erste. Die sambische Regierung wollte den gesamten Wasserssektor reformieren. Zweitens gibt es noch andere Geber in Sambia - z. B. Norwegen, die Niederlande - und da versuchen wir zu koordinieren. Da geht es darum, wie man städtische Wasserbetriebe organisiert. Es geht auch um die Ausbildung der Leute, die das Management übernehmen. Es geht darum, dann auch die Betriebe privatwirtschaftlich zu organisieren. Es geht auch um die Frage: Wer sitzt im Aufsichtsrat, sitzen da die ganzen Politiker drin, bestimmen die die Preise mit oder nicht? Das Problem ist, wenn dann die Preise festgesetzt sind, dass dann das Verteidigungsministerium seine Wasserrechnung nicht bezahlt. Man kann denen den Wasserhahn nicht zudrehen, da liegen ja die Gewehre, und das ist die eine Seite. Das zweite Problem ist, wenn das städtische Krankenhaus seine Wasserrechnung nicht bezahlt hat, hat man moralische Probleme, einem Krankenhaus das Wasser abzdrehen. Also das sind dann die Dinge, wo man auch Verbraucher beraten muss und Bewusstsein schaffen muss vor allem bei den öffentlichen Verbrauchern. Es sind ja nicht nur private Verbraucher, denn die privaten Verbraucher zahlen ja in der Regel, aber die öffentlichen Verbraucher eben oft nicht. Das heißt also hier: Eine Bewusstseinskampagne muss mit einhergehen, die Information der Verbraucher und eben auch so genanntes Management auf Verbraucherseite.

Die Frage der Preise: Ich habe gesagt, die Preise sollten durchaus auch in jedem Land einzeln ausgehandelt werden - mit den Betrieben selber -. Deswegen ist ja auch eine Frage, wie man solche Betriebe kommunal organisiert. Es muss ja nicht unbedingt ein deutscher Investor dort sein. Es gibt ja ganz unterschiedliche Formen. Preise sollen sozial gestaffelt sein. Wenn ich z. B. in der Ostprovinz von Sambia Wasser anbiete, dann muss das einen anderen Preis haben als in der Hauptstadt, wobei bei der ländlichen Versorgung natürlich die Leute unmittelbarer mitberaten können, partizipieren können bei der Vorbereitung, bei der Planung. Und sie können dann auch selber mitreden, wie der Preis aussehen kann, weil es in der Regel sehr dezentrale Versorgungssysteme sind, da es sich um die Sauberhaltung von Brunnen handelt. Und das ist etwas völlig anderes, als wenn ein großes Wasserversorgungssystem mit Wasserleitungen usw. unterhalten werden muss. Insofern muss das nach den jeweiligen Gegebenheiten ausgehandelt werden. Von hier aus zu sagen, wie der Preis auszusehen hat oder dass der deutsche Partner,

meinetwegen die GTZ, dann bestimmt, das geht nicht, weil es ein Preis sein muss, der auch bezahlbar ist und der natürlich die Kosten deckt. Da ist die Frage: Zahlen die Reichen mehr als die Armen? Und das muss im jeweiligen Kontext ausgehandelt werden. Wenn ich sage, die Menschen müssen mit Wasser versorgt werden oder auch die Landwirtschaft muss Wasser bekommen, genügend zur ländlichen Bewässerung, dann ist die Frage des Ressourcenschutzes angesprochen, wenn man bisher Berieselungsbewässerung genutzt hat. Wir wissen aus Daten, dass z. B. nur etwa 50 % des Wassers, das in der Bewässerungswirtschaft ausgestrahlt wird, überhaupt genutzt wird. D. h. hier ist eine ungeheure Verschwendung von Wasser. Und wenn man also Ressourcen ökonomisiert oder deren Einsatz ökonomisiert, dann geht es darum, z. B. neue Bewässerungsmethoden zu entwickeln oder bestehende zu verbessern. Da legen wir allergrößten Wert darauf, dass Wasser wirklich ganz ökonomisch genutzt wird. Das ist die Frage der Versorgung mit Wasser und gleichzeitig natürlich auch des Schutzes dieser Ressource. Bei den „PPP“, also der öffentlich-privaten Entwicklungszusammenarbeit, kann ich ihnen jetzt nicht sagen, wie statistisch die Größenordnung ist, aber ich kenne einige Projekte, wo ich sagen kann, dass vielleicht der Anteil des Ministeriums 100.000 DM oder auch bis zu 500.000 DM beträgt und das Privatunternehmen etliche 10 Millionen investiert. Wenn sie genaue Zahlen haben wollen, die habe ich jetzt hier nicht dabei, dann kann ich diese nachliefern. Ich selber habe im Rahmen von PPP kein Projekt im Wassersektor besucht, aber ich habe den Mitgliedern des Ausschusses einen Informationsvermerk zukommen lassen, wo wir einige gelungene Projekte beschrieben haben. Herr Dr. Baumann, gestatten Sie mir, dass ich Sie einfach darauf verweise.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Gestatten sie mir, dass ich den nächsten Redner kurz auf Englisch einführe. Prof. Dr. Riccardo Petrella ist Professor an der Katholischen Universität von Leuven. Er arbeitet mit der Europäischen Kommission schon seit 15 bis 20 Jahren, und er ist auch der Präsident der Gruppe von Lissabon und Präsident der European University on Environment. Vor einigen Jahren war er für die Gruppe von Lissabon der Initiator des Globalen Wassermanifestes, welches auch in deutscher Sprache veröffentlicht ist. Das war einer der Hauptgründe, warum wir ihn heute eingeladen haben, und ich erteile ihm jetzt das Wort.

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Guten Morgen, herzlichen Dank, dass Sie mir die Ehre erweisen, mich hier einzuladen, mit den Freunden und Kollegen heute hier zusammen zu sitzen. Ich bin Italiener, und als Sie uns gesagt haben, dass Sie maximal 15 Minuten Redezeit haben, war ich doch ein bisschen besorgt. Aber da ich ja nun in Berlin bin, versuche ich mich zusammenzureißen und mein Bestes zu geben. Ich werde jetzt drei Punkte ansprechen. Die unakzeptable und unangemessene und gleichzeitig aber auch notwendige Wasserverbrauchssituation. Das Unerträgliche ist, dass wir zum Teil nicht die notwendigen innovativen Maßnahmen ergreifen; wir müssen das in den nächsten fünf bis zehn Jahren aber tun. Im Jahr 2025 wird es zwischen 3 – 4 Milliarden Menschen geben, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben. Im Allgemeinen ist der Zugang zum Wasser für landwirtschaftliche und für industrielle Zwecke dann auch gefährdet. Gehen wir mal davon aus, dass wir morgen früh in der Zeitung lesen und im Fernsehen berichtet wird, dass eine Millionen Katzen letzte Woche gestorben sind, weil ihre Besitzer ihnen kein Wasser gegeben haben. Was würden Sie dann sagen? Wir würden sagen: Wir sind eine unmenschliche Gesellschaft, wenn so etwas passiert. Und es wird Tausende von Menschen - Männern und Frauen - geben, die dann in den Straßen dagegen protestieren werden. Aber ich habe den Eindruck, dass wir nicht protestieren, wenn es darum geht, dass hier eine unerträgliche Situation gegeben ist, die ziemlich wahrscheinlich eintreten wird. Nämlich, dass in 20 Jahren noch mehr Milliarden Menschen als heute keinen Zugang zu Wasser haben werden. Das bedeutet auch, dass unsere Gesellschaften nicht in der Lage gewesen sind, die Armut wirklich auszurotten, denn Mangel an Wasser oder mangelnder Zugang zu Wasser bedeutet Armut. Und Armut ist heutzutage der Hauptgrund für den mangelnden Zugang zu Wasser, nicht die Knappheit des Wassers, nicht die unzureichenden Niederschläge. In ein paar Jahren haben wir dann eine Weltgesellschaft, die auf Armut basiert, so dass die Mehrzahl der Weltbevölkerung in Armut leben wird. Das bedeutet, dass wir es als menschliche Gesellschaft nicht geschafft haben, das Recht auf Leben für alle so zu organisieren, dass es verwirklicht wird. Im Jahr 2025 wird das Recht auf Leben keine Selbstverständlichkeit mehr für alle sein, und wir werden das akzeptieren. Das ist unerträglich, und das ist eine Schande für uns. Es ist auch unerträglich zu sehen, dass es zwischen 3 und 4 Milliarden Menschen geben wird, die keinen Zugang zu Wasser haben. Das bedeutet nämlich, dass viele Konflikte die menschliche Existenz in 20 Jahren charakterisieren. Konflikte, die sich dann noch

weiter multiplizieren und intensivieren, und das wird natürlich sehr schmerzhaft sein für Menschen und das wird vielleicht zum Alltagsgeschäft werden. Die Menschen in Kastilien in Leon sagen, das Wasser gehört ihnen und sie möchten das mit den Menschen in Katalonien nicht teilen. Und in Nordkalifornien, dort wollen die Menschen mit Südkalifornien auch nicht teilen. Viele ähnliche Konflikte wird es geben in den einzelnen Ländern. Reden wir gar nicht erst davon was zwischen verschiedenen Ländern passiert. Senegal, Mauretanien, solche Länder stehen kurz vor einem Krieg. Pakistan und Indien werden vielleicht wieder einen Krieg gegeneinander führen und so weiter und so fort.

Das sind unerträgliche Szenarien, und die zeigen, dass wir nicht in der Lage sind, tatsächlich menschliche Beziehungen in den Griff zu bekommen. Warum ist das unerträglich? Unerträglich, weil in den letzten 10 bis 15 Jahren unsere Gesellschaften unangemessene Entscheidungen getroffen haben, die die Bedingungen für die Wahrscheinlichkeit dieser Szenarien erst geschaffen haben. Es geht um drei Entscheidungen, die unsere Gesellschaften - vor allen Dingen die weiterentwickelten Länder - in den letzten drei Jahren getroffen haben. Nämlich erst einmal die Entscheidung, das Wasser in erster Linie als Wirtschaftsgut zu betrachten ist; das ist ein falscher Ansatz, eine unangemessene Entscheidung. Wasser ist nämlich kein Wirtschaftsgut. Wasser ist Leben. Natürlich hat Leben auch wirtschaftliche, politische und technologische Dimensionen, aber das liegt nicht daran, dass Wasser, das der Gegenstand von wissenschaftlichen und technologischen Überlegungen ist, auch ein Wirtschaftsgut ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, dass die Entscheidung getroffen wurde, dass der Zugang zu Wasser kein menschliches und gesellschaftliches Recht ist, sondern einfach ein Grundbedürfnis. Und diese Entscheidung ist unangemessen. Zugang zu Wasser ist nämlich ein Recht, genauso wie Ihre Katze das Recht hat, Wasser zu bekommen. Ihre Katze muss nicht nachweisen, dass sie in der Lage ist oder nicht in der Lage ist, ihre Bedürfnisse zu decken. Ihre Katze muss nicht nachweisen, dass sie Wasser zum Leben verdient. Diese Wahl wird auch aufgrund der mystifizierenden Vorstellung getroffen, dass jedes Gut und jede Dienstleistung Kosten hat und diese Kosten sich dann in einen Preis umrechnen lassen können. Dieser Ansatz ist falsch. Es ist nämlich nicht so, dass Kosten immer in Marktpreise umgerechnet werden müssen. Kosten können auch von der Gemeinschaft getragen werden. Alles hat irgendwie Kosten, z. B. Atomwaffen, die Armee, die Mitglieder des Parlamentes; das sind alles Kostenfaktoren. Sie verkaufen aber

deswegen noch nicht ihre Parlamentarier auf dem Markt. Aber ihre Kosten für die Gesellschaft und die Organisation der Arbeit der Parlamentarier hängt schon mit den Kosten für die Gesellschaft zusammen. Aber trotzdem werden diese Personen nicht verkauft, z. B. leistungsbezogen in Bezug auf die Anzahl der Wortmeldungen, Aussagen und Vorträge im Parlament; so wird das nicht bemessen.

Ich denke, die zweite Wahl der Entscheidung, die hier unangemessen war, ist, dass der Privatsektor in Bezug auf die Wasserversorgung und Wasserbewirtschaftung immer stärker in die Wasserwirtschaft eingebunden wird. Die Unangemessenheit dieser Entscheidung liegt darin, dass diese Entscheidung beinhaltet, dass in der Zukunft die öffentlichen Finanzen und die kollektiven Finanzen schlecht aussehen, denn das Argument ist ja Folgendes: Öffentliche Behörden haben nicht mehr genug Geld, nicht mehr genug finanzielle Ressourcen, um mit den immer größer werdenden Wasserproblemen Schritt zu halten. Und finanziell dürfen sie ja nicht reich sein, sie müssen arm sein. Und wenn sie arm sind, kann dann wieder nur der Privatsektor einspringen, weil er die erforderlichen Finanzressourcen hat, um die Wasserprobleme auf der Welt lösen. Das ist ein Argument, das eigentlich unbegründet ist. Wer hat denn überhaupt gesagt, dass die öffentliche Hand in den letzten 15 Jahren arm sein muss? Wenn die Mitglieder dieses Parlamentes sagen, dass die deutschen Behörden arm sein müssen, dann müssen das alle akzeptieren und respektieren, aber ich würde den Parlamentariern in Deutschland davon abraten, eine solche Entscheidung zu treffen. Gehen Sie nicht in diese Richtung. Sagen Sie nicht, dass die Zukunft des Staates so aussieht, dass der Staat finanziell arm sein muss und dass deswegen der Privatsektor die einzige Lösung für Wasserprobleme ist. Denn das ist ein sehr schwaches Argument, und wissenschaftlich ist das absolut unbegründet. Es ist sehr stark ideologisch beladen, aber nicht wissenschaftlich so zu argumentieren.

Die zweite Wahl oder dritte Entscheidung vielmehr, die hier von unseren Gesellschaften in den letzten 10 - 15 Jahren getroffen wurde, ist Folgende: Man verlässt sich auf technologische Lösungen und technokratische Ansätze. Man versucht, die Wasserversorgung durch Entsalzungstechnologien zu verbessern. Und das ist jetzt ein verbreitetes Credo, das alle dazu motiviert zu sagen: Machen wir uns keine Sorgen, 0,5 % des Salzwassers wird dann in Süßwasser und trinkbares Wasser umgewandelt, und wir haben für Generationen genug Wasser. Die Firma Dupont predigt diese Lösung und das schon jahrelang. Sie können sich vorstellen, dass die Aktionäre von Dupont und ähnlichen Unternehmen glücklich sind, wenn sie

sehen, dass sich hier ein riesiger Markt für sie auftut, wenn es um die Entsalzung von Meerwasser geht, und wenn man sagt, dass das die Lösung ist, um die Wasserversorgung mit Süßwasser auf der Welt zu decken. In diesem Sinne würde ich sagen, dass eine technologische Lösung eigentlich die Grundlage der Kultur des PPP - Public Private Partnership - ist, denn hier ist ja der Privatsektor der Sektor, der die technologische Kompetenz bereit stellt, d. h. technologische Lösungen werden für die Zukunft als wichtig betrachtet und die Rolle des Privatsektors ebenfalls. Und deswegen ist es ironischerweise so, dass einige Leute sagen, dass PPP nicht für Public Private Partnership steht, sondern Planing Private Profit.

Meine Argumentation ist aber so, dass wir eine drastische Veränderung brauchen, wenn wir das Unerträgliche verhindern wollen. Wir brauchen eine grundlegende radikale Veränderung und zwar in Bezug auf unsere Prinzipien, unsere Ansätze und unsere Ressourcen. Wir brauchen radikale Veränderungen in Bezug auf unsere Prinzipien, weil wir alles umorganisieren müssen. Auf globaler Ebene muss unsere Gesellschaft eine globale Gemeinschaft werden. Wir haben bis jetzt nichts Gemeinsames. Je mehr wir über die globalisierte Gesellschaft, die globalisierte Wirtschaft sprechen, desto weniger haben wir eigentlich Güter und Dienstleistungen gemeinsam. Wir teilen eigentlich nichts miteinander. Was wir teilen, ist nur das Prinzip des gewagten Wettbewerbes und diesen Slogan „Man muss der Sieger sein“. Das haben wir gemeinsam, aber darüber hinaus haben wir nichts gemeinsam und teilen nichts miteinander. Das heißt, wir brauchen eine gemeinsame Basis, und ich würde sagen, das erste gemeinsame Gut ist wahrscheinlich Wasser, denn Wasser ist Leben. Wir wollen sagen, dass wir das Leben miteinander teilen, denn die Rolle der Gesellschaft besteht ja darin, zusammen zu leben, und wir wollen alle zusammen leben. Und wir können das nicht tun, wenn wir nichts Gemeinsames haben. Und Wasser sollte man als erstes globales gemeinsames Gut betrachten. Das ist in unserer vorherrschenden Kultur eine radikale Änderung, aber wir können sie nicht vermeiden. Es gibt keine Zukunft der globalen Gesellschaft ohne globale Gemeinsamkeit. Deshalb müssen wir eine radikale Veränderung vornehmen, in Bezug auf unsere Prioritäten. Akzeptieren Sie es, dass in 20 Jahren eine große Anzahl von Menschen strukturell nicht mehr das Recht auf Leben haben? Wir können das nicht akzeptieren.

Das waren jetzt zehn Minuten nach italienischer und 20 Minuten nach deutscher Zeitrechnung – gut, ich komme zum Ende. Sie sehen, wie schwer es einem Italiener fällt,

kurz zu sprechen. Also diese ganzen Veränderungsansätze sind notwendig. Und ich würde vorschlagen, dass wir etwas erfinden sollten, einen demokratischen Prozess, mit dem die globale Wasserpolitik definiert und implementiert werden kann. Und deswegen schlage ich die Schaffung eines globalen Wasserparlamentes vor. Das soll den Global Water Council und die Global Water Partnership sowie die World Global Commission on Water ersetzen. Ich würde sagen, ein solches Parlament sollte ins Leben gerufen werden, das sich nicht nur aus Technokraten, Finanziers, Industrievertretern und Technologievertretern zusammensetzt. Und jetzt möchte ich mich noch kurz entschuldigen, dass ich Ihre Geduld so lange beansprucht habe. Herr Vorsitzender, wir brauchen radikale Veränderungen in unserer Finanzkultur. Wir müssen einen anderen Ansatz und ein anderes Konzept in Bezug auf die Finanzierung, in Bezug auf Finanzinstitutionen haben, um mit dem Recht auf Leben für alle durch Wasserrechte in den nächsten 20 Jahren umgehen zu können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Das war jetzt wirklich ein Anreiz für uns, in die Diskussion einzusteigen. Der nächste Redner ist Herr Achim Steiner, wie vorhin schon vorgestellt, ehemaliger Generalsekretär der World Commission on Dams; das war, wenn ich richtig verstanden habe, eine Weltbankinitiative mit den NRO zusammen. Vielleicht können Sie auch darüber ein paar Worte sagen?

Sachverständiger Achim Steiner: Vielen Dank, wie bereits in der Ankündigung angedeutet, bin ich heute noch in gewisser Weise in doppelter Funktion hier. Einmal als ehemaliger Generalsekretär der World Commission on Dams und im Augenblick gerade auch in meiner zweiten Woche als Generaldirektor von IUCN, dem weltweit größten Umweltverband. Für mich persönlich ist dies eine wunderbare Möglichkeit, denn selten hat man in seinem Lebenslauf die Möglichkeit, von der Phase einer Analyse hinüberzugehen sofort in eine Institution, wo die Umsetzung dieser Ideen so eine zentrale Rolle spielt. Und, Herr Prof. Dr. von Weizsäcker, wie Sie gerade sagten, die World Commission on Dams war nur eine Plattform für zweieinhalb Jahre, gemeinsam gegründet durch die Schirmherrschaft Weltbank und IUCN als Vermittler sozusagen eines Dialoges zwischen Privatwirtschaft, Regierungsinstitutionen und internationalen Organisationen und eben auch NRO, um überhaupt

einen Konsens bei der Erfassung der Thematik Staudämme und auch einen Konsens herbeizuführen, wie wir mit den vielen Schwierigkeiten und auch Dilemmas umgehen können, die im Rahmen des Baues von Staudämmen in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher geworden sind.

Ich möchte mit einem kurzen Statement zu der Frage beginnen: Was ist eigentlich das Problem? Wir sind sehr getrieben von dem Konzept Wasserknappheit. Es steht auch im Zentrum der Enquete-Kommission. Ich möchte versuchen, es etwas breiter zu fassen und es eher als ein Wasserdilemma zu beschreiben, denn Wasserknappheit ist in gewisser Hinsicht ein relatives Phänomen. Es kann sehr absolut sein, wenn man ein armer Mensch in der Sahel-Zone ist. Aber es kann ein sehr relatives Phänomen sein, wenn man die Möglichkeit hat, Rahmenbedingungen zu verändern. Es kommt vor allem auf die Signale an, die eine Gesellschaft setzt, um ihre Wasserressourcen so zu beeinflussen und zu bewirtschaften, dass ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt wird. Wir von IUCN glauben nicht, dass die Welt vor einer absoluten Wasserkrise steht, sondern eher, dass sie an einem Punkt angekommen ist, wo grundsätzliche Neuorientierungen einfach notwendig geworden sind durch Bevölkerungswachstum, aber auch durch wirtschaftliche Veränderungen und nicht zuletzt auch, weil viele Menschen heutzutage in den Städten leben und nicht mehr auf dem Land, d. h. auch zentralisierte Systeme viel stärkeren Einfluss haben.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich versuche, in meiner Präsentation kurz ein besonderes Augenmerk auf den ökologischen Ansatz zu legen. Denn im Zentrum dieses Wasserdilemmas steht letztlich das Ausgleichen des Schutzes von Ressourcen mit dem Nutzen und der Verteilung der Wasserressourcen. Verteilung wurde auch im Rahmen der Arbeit der Staudamm-Kommission zu dem überhaupt wichtigsten Thema. Denn letztlich ist die Frage, wie Wasser verwendet wird, eine Verteilungsfrage, eine politische Frage, aber auch eine technische und eine ökonomische Frage. Wir glauben, dass im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion über zukünftige Wasserpolitik gerade diese Fragen auch im Zentrum des Lösungsansatzes stehen müssen. Konfliktprävention hat vor allem etwas mit Prävention zu tun. Im Augenblick wird ein großer Teil der Wasserpolitik noch immer von Ex-Post-Maßnahmen getrieben und vor allem von Reaktionen im infrastrukturellen Bereich, d. h. man geht mit dem Phänomen Knappheit so um, dass man sich nur auf die zusätzliche Bereitstellung von Wasser konzentriert. Wir haben in den letzten Jahren in vielen Ländern - vor allem in Europa und auch in der Bundesrepublik – auch neue

kreative Ansätze verfolgt, wie man auch anders an dieses Problem herangehen kann. Auch in der Europäischen Union gibt es neue Richtlinien, die für uns in der Hinsicht richtungsweisend sind. Aber letztlich hat das Wasserdilemma mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Mensch und Ökosystem zu tun. Und was uns immer wieder deutlich wird: Das Verständnis der Güter und Dienstleistungen von Ökosystemen hat bis heute - bezogen auf die Wasserpolitik und Wasserdiskussion - noch immer nicht seinen gerechten Platz bekommen. Ökosysteme sind der Ausgangspunkt für die Bereitstellung von Wasser für Gesellschaften. Sie sind nicht ein Luxus, sie sind nicht ein touristisches Phänomen. Und trotzdem haben wir in den letzten Jahrzehnten in den OECD-Ländern alleine 70 % unserer Feuchtgebiete zerstört. 70 % - Sie müssen sich diese Zahl unter dem Primat vor Augen halten, dass dieses letztlich die Systeme sind, die das Wasser für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft bereitstellen. Und zwar nicht aus irgendeiner bösen Absicht, sondern aus einer völligen Ignoranz der Güter und Dienstleistungen, die diese Ökosysteme für einen minimalen Preis - im Vergleich zu den Infrastrukturmaßnahmen, die wir sonst investieren - bereitstellen. Schon aus diesem Grunde glauben wir, dass im Rahmen der Diskussion über zukünftiges Management von Wasser im gesellschaftspolitischen Kontext ein ökologieorientierter Ansatz im Zentrum dieser Diskussion stehen muss. Das ist nicht eine ideologische Forderung, sondern es ist eine Überlebensfrage. Und zwar eine Überlebensfrage in der Hinsicht, dass, wenn wir angesichts der gegenwärtigen Trends - vor allem in Ländern, die nicht die Wasserressourcen haben, wie wir sie z. B. in Europa haben - dieses Thema dort nicht als ein zentrales Entscheidungskriterium aufbauen, dann sicherlich dieses Krisenszenario, das wir immer öfter in internationalen Publikationen sehen, sich auch verwirklichen wird. Wobei ich persönlich immer noch der Überzeugung bin, dass ein Wasserkrieg in der Form, wie er heute oft dargestellt wird, an sich sehr unwahrscheinlich ist. Es ist interessant, dass sich Gesellschaften letztlich, wenn es um ein Überlebensgut geht, immer wieder geeinigt und Wege gefunden haben, miteinander zu arbeiten. Selbst Länder wie Indien und Pakistan haben sich bei dem Thema Wasser über alle Konflikte hinweg dazu entschlossen, ein gemeinsames Rahmenwerk zu schaffen, wie sie dieses Wasser verwalten. Wir haben bei Ländern, wie der Türkei und Syrien, die kaum miteinander sprechen, monatliche Konsultationen, die stattfinden, in denen es um die Verwaltung der Wassermengen geht. Das heißt, ein Kriegsszenario aufzubauen, ist letztlich an den Symptomen zu arbeiten. Wir glauben

eher, dass, wenn sich ein Konflikt bei Wasser manifestiert, es eher ein Beispiel dafür ist, dass der politische Dialog nicht in Ordnung ist, und nicht unbedingt Wasser der Ausgangspunkt ist. Trotzdem ist das Potential für Konflikte, vor allem innerhalb von Ländern stark am Anwachsen. Ich glaube, das Beispiel, das Herr Prof. Dr. Petrella in Spanien genannt hat, ist ein sehr Gutes, wo sich im Rahmen der Diskussion innerhalb von Ländern immer stärker ein Verteilungskampf entfaltet. Und damit ist man auch wieder bei der Politik und letztlich den Verteilungsmechanismen für Wasser.

In dem Papier, das ich der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt habe, möchte ich nur ganz kurz noch drei Elemente erwähnen, in denen wir Handlungsbedarf sehen. Zum einen ist ein ökosystemorientierter Ansatz bei der zukünftigen Wasserpolitik notwendig. Ich kann in der kurzen Zeit nicht im Detail darauf eingehen, aber Sie können sich vorstellen, dass sich, zumindest vom Ausgangspunkt, den ich kurz zitiert, beschrieben habe, eine Reihe von Konsequenzen ergeben. Zweitens: Im Bereich - und hier benutze ich, Sie verzeihen mir, einen Begriff aus dem Englischen - „Water Governance“ - ich suche immer noch nach dem deutschen Begriff, der dieses Konzept beschreibt - muss sich Grundlegendes verändern. Herr Prof. Dr. Petrella hat in seinem Beitrag darauf hingewiesen, was sich im Rahmen von Verteilungsmechanismen, aber auch den grundsätzlichen Menschenrechten, im Moment für Szenarien abzeichnen, wenn wir nicht grundlegende Veränderungen herbeiführen. In dem Bericht der Weltstaudamm-Kommission haben wir versucht, ein Rahmenkonzept zu entwickeln, das diese Dimension von Natur, Menschenrechten, aber auch ökonomischer Entwicklung zusammenführt, und zwar unter dem Primat eines Rechte- und Risiken-Ansatzes. Wir müssen die zukünftige Entwicklung von Wasserressourcen viel stärker in einem Prozessgebilde sehen. Wir müssen verstehen, dass Rechte assoziiert sind mit Wasser, aber eben auch viele Gruppierungen in der Gesellschaft kein Recht haben, kein verbrieftes, kein in der Verfassung erfasstes Recht auf Wasser haben, und dass jeder Schritt, an diesem Zahnradwerk der Wasserpolitik zu drehen, Risiken in sich birgt. Und dass vor allem die Ärmsten der Armen meistens die größten Risiken bei den Experimenten von Privatisierung, Großstaudämmen und anderen Maßnahmen zu tragen haben, weil sie nämlich kein soziales, kein ökonomisches, kein Versicherungsnetz haben. Und das ist die tragische Geschichte der Staudämme in manchen Fällen, nicht in allen Fällen, aber die Dimensionen dieses Risikos sind enorm, sie sind nicht fair verteilt worden. So-

lange wir Risiko nur als das Risiko eines Investoren verstehen oder eines Politikers, übersehen wir im Grunde die Gruppe in der Gesellschaft, die die größten Risiken in diesem Bereich zu tragen hat. Ich persönlich bin der Meinung, dass Wasser in der Tat einen Preis haben muss. Die Frage nur ist, und Sie hatten, glaube ich, Herr Dr. Brühl, die Frage gestellt, wie setzt sich ein solcher Preis zusammen? Das eine ist die Zusammensetzung: Wir glauben, dass vor allem auch die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen durch Ökosysteme mit in die Preisgestaltung einfließen müssen. Es ist erstaunlich, dass Entwicklungsländer heute die Vorreiterrolle in diesem Bereich übernommen haben. Es sollte uns zumindest in Ländern wie Deutschland und in Europa eine Mahnung sein. In Südafrika ist zum ersten Mal in der Verfassung die ökologische Reserve als ein Grundprinzip des Wasserhaushaltsmanagements verankert worden. Das heißt, bevor man überhaupt über die Entnahme von Wasser spricht, wird die ökologische Restwassermenge, die zur Verfügung stehen muss, um das Ökosystem zu erhalten, festgelegt. Als zweites kommt die Grundversorgung der Bevölkerung und erst als drittes kommt der wirtschaftliche Nutzen, der durch zusätzliche Entnahmen ermöglicht wird. Warum ist ein Land wie Südafrika heute an der Spitze dieser Art von konzeptionellen und auch politischen Entscheidungsmechanismen? Wir sind auch der Meinung, dass vor allem im Rahmen der letzten Jahre die durch die Weltbank vorangetriebene Diskussion des Wasserpreises als Grundprinzip des Managements nicht ausreicht, um ein nachhaltiges Wassermanagement zu erreichen: Wasser ist kein ökonomisches Gut, sondern die Ökonomie ist ein Instrument zum Management eines Gutes zum Überleben. Und hier wiederum haben wir Beispiele in der Welt, wie man in der Tat Preise für Wasser setzen kann, aber nicht ohne Aufmerksamkeit auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen. Unser Instrumentarium ist heute in der Lage, diese verschiedenen Dimensionen viel adäquater und viel präziser zu reflektieren. Im Rahmen unseres Papiers haben wir eine Reihe von Beispielen gebracht. Damit bin ich am Ende meiner Präsentation. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Sehr herzlichen Dank, Herr Steiner. Ich möchte noch einmal ausdrücklich auf das sorgfältige und ausführliche Papier von Herrn Steiner hinweisen, was wir ja dann noch in der Kommission weiter beraten können. Ich bitte nun Frau Dr. Neubert und anschließend

Herr Dr. Bichmann, beide von bundesassoziierten Institutionen, sich möglichst auf dasjenige zu beschränken, was von Bundesseite noch nicht gesagt worden ist.

Sachverständige Dr. Susanne Neubert: Auch ich möchte jetzt mein Statement abgeben, und da man in fünf Minuten nicht alles sagen kann, werde ich mich auf ein paar wesentliche Punkte beschränken. Ja, die Wasserknappheit wird immer größer, das ist ein Fakt. Aber Fakt ist auch, so wie die Vorredner schon sagten, dass diese Knappheit menschengemacht ist. Es ist keine Knappheit, die naturgegebenenmaßen bei einer bestimmten Bevölkerungsdichte auftritt, und somit kann man dieses Problem der Wasserknappheit, denke ich, sehr gut vergleichen mit dem Welthungerproblem. Noch in den 80er Jahren wurde Welthunger noch so diskutiert oder zumindest eine Fraktion hat das sehr stark in diese Richtung diskutiert, dass die Erde eine bestimmte Tragfähigkeit habe und dass die Produktionsmöglichkeiten nicht ausreichen, damit alle Menschen satt werden. Inzwischen hat sich diese Debatte schon lange - fast schon konsensual - in die Richtung gewandelt, dass man sagt: Ja, Hunger ist ein politisches Problem, es ist ein Verteilungsproblem und hat - wie meine Vorredner auch schon andeuteten - sehr viel mit Armut zu tun. Das ist die politische Ökonomie des Hungers.

Ganz ähnlich ist es mit der Wasserknappheit, nur dass dieses Buch zur politischen Ökonomie bisher noch nicht geschrieben wurde oder noch nicht so in die Diskussion Eingang gefunden hat. Wenn also die Wasserknappheit ein politisches und auch ein institutionelles Problem und ein Managementproblem ist, warum wird dann eigentlich so wenig getan, um dieses Managementproblem zu lösen? An dieser Stelle möchte ich ganz kurz auf die Natur des Wasserkreislaufes zurückkommen, den wir eigentlich alle kennen, aber trotzdem wird dieser doch immer wieder vergessen. Wir verbrauchen ja kein Wasser, es ist ja nicht so wie bei den fossilen Energieträgern, sondern die Gesamtmenge bleibt ja gleich. Es ist also nicht die Frage, wie viel Wasser wir verbrauchen, sondern wie intensiv und wie klug, wie nachhaltig und schonend wir das Wasser nutzen, wenn es für uns als Süßwasser zur Verfügung steht. Status quo ist jedoch leider, dass bei auftretender Wasserknappheit immer tiefer gebohrt wird, immer weiter transportiert werden muss, immer komplexer gereinigt oder umgewandelt werden muss und dadurch wird natürlich die Wasserbereitstellung immer teurer. Uns kommt es insofern etwas entgegen, denn Wassersparen wird dadurch immer günstiger.

Warum wird es dann nicht getan, ist die Frage? Dafür gibt es natürlich vielfältige Ursachen. Ich möchte hier nur einen Punkt ansprechen und zwar das Konkurrenzverhältnis zwischen den unterschiedlichen Wassernutzern: hier Siedlungswasserwirtschaft und dort Bewässerungslandwirtschaft. Jeder Sektor kämpft bis heute um den größtmöglichen Anteil an Frischwasser und eigentlich ist aber klar, dass der natürliche Wasserkreislauf eine logische Sequenzierung der Wassernutzung nahe legt. So benötigen natürlich die Haushalte - zumindest zum Teil - Frischwasser sehr hoher Qualität, das sie anschließend - im Normalfall ungeklärt, aber oft auch geklärt - dann wieder der Umwelt zur Verfügung stellen. Hier könnte die Bewässerungslandwirtschaft als Zwischenglied eine Schlüsselrolle einnehmen, in dem sie das geklärte Abwasser aufnimmt und dann nochmals einsetzt. Das Wasser würde erst von hier aus über den Boden versickern, über die Luft verdunsten oder eben über die Nahrungskette wieder in die Umwelt gelangen. Statt Frischwasser zu beanspruchen, und das tut die Landwirtschaft bis heute in einer Gesamtmenge von 70 % der Gesamtfrischwasseranteile, sollte sie in steigendem Maße Brauchwasser einsetzen. Hier entstände eine Win-Win-Situation. Die Haushalte könnten sich der rasant steigenden Menge an Abwasser besser entledigen und die Landwirtschaft könnte die Abwässer verwenden und die darin enthaltenen Restnährstoffe aus den Fäkalien wertbringend einsetzen und damit Kosten für Düngemittel sparen. Das konkurrierende Verhältnis hätte sich dann in ein komplementäres Verhältnis, in ein sich gegenseitig ergänzendes Verhältnis, umgewandelt.

Welcher Voraussetzung bedarf es nun, um solch ein Konzept zu verwirklichen. Zunächst müsste die Beschaffenheit des Abwassers, des geklärten Abwassers, den Ansprüchen der Landwirtschaft entsprechen, so dass der Sektor Landwirtschaft Akzeptanz gegenüber dieser Nachschaltung hinter der Siedlungswasserwirtschaft äußern könnte. Das wichtigste Kriterium ist die hygienische Unbedenklichkeit. Das Wasser darf keine pathogenen Keime enthalten, so dass Farmer gefährdet werden, oder natürlich auch die Konsumenten dürfen nicht dadurch gefährdet werden. Das ist heute technisch problemlos machbar, auch wenn es Geld kostet und auch Anstrengung kostet. Die chemische Beschaffenheit des Wassers muss zusätzlich bestimmte Werte aufweisen, d. h. der Salzgehalt darf nicht so hoch sein, damit die Pflanzen nicht im Wachstum geschädigt werden und die Nährstoffe sollen in einer bestimmten Form zur Verfügung stehen, also nicht als leicht auswaschbares Nitrat, wenn es geht, sondern als pflanzenverfügbare Ammoniumstickstoff, der von den

Pflanzen aufgenommen, aber nicht so leicht in die Umwelt ausgewaschen werden kann. Das hat einige Implikationen für die Klärtechnik, die zum Teil sogar Kosten spart. Heute werden zum Teil Denitrifizierungsstufen eingebaut, die wären dann absolut nicht nötig, die aber natürlich auch Überlegung und vor allem Zusammenarbeit bedeuten.

Wenn das also alles machbar ist, warum wird es so wenig umgesetzt? Der zentrale Punkt ist, denke ich, der Mangel an politischem Willen und politischen Signalen, aber auch die Trägheit der Institutionen, die die Maßnahmen durchsetzen müssten. Nicht nur in Deutschland sind institutionellere Formen unglaublich schwer durchsetzbar, sondern in der ganzen Welt. Bei zentralistischen Regierungen bestehen natürlich Ängste, Macht und Pfründe abzugeben, vor allen Dingen auch schon gegenüber der Transparenzmachung der Daten. Denn wenn man ein Wassernutzungssystem verändern möchte, muss man die Daten erst einmal offen legen. Damit werden aber auch Missbräuche offen gelegt. Genau das stößt auf Widerstand in demokratischen Systemen, die leider sehr wenig entscheidungsorientiert und häufig auch wenig sachorientiert, sondern eben durch Interessen und Gegeninteressen geprägt sind, so dass Reformen sehr schwer durchsetzbar sind. Ich denke hier ist der Engpass. Wir sollten uns nicht lang beim Jammern über die Wasserknappheit aufhalten, sondern endlich die Verantwortung dafür übernehmen. Die Konzepte, wie man vernünftig mit Wasser umgehen könnte, sind längst alle geschrieben, wir müssen sie nur umsetzen. Dankeschön.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich gestatte mir anzumerken, dass man nicht ganz häufig aus einem wissenschaftlichen Institut einen solchen Schlussappell hört. Herr Dr. Bichmann:

Sachverständiger Dr. Wolfgang Bichmann: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich vertrete hier die Kreditanstalt für Wiederaufbau, eine Durchführungsorganisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von daher ist es selbstverständlich, dass das, was ich berichte, sich in den Kontext der entwicklungspolitischen Richtlinien der Deutschen Bundesregierung einordnet und zu diesen Richtlinien gehört die Armutsbekämpfung als ein ganz wichtiges Oberthema, unter dem das Thema Wasser hier schon angesprochen worden ist. Ich verzichte jetzt darauf, auf die Einzelaspekte und Daten

einzugehen, warum wir uns mit dem Thema Wasser schwerpunktmäßig in der KfW und in der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern befassen. Nur ganz kurz zur Rekapitulation. Wir reden im Moment von einer Größenordnung von 1 – 1 ½ Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser haben und von Menschen in der Größenordnung von über 2 Milliarden, die keine geregelte Abwasserentsorgung haben, d. h. das ist dieses berühmte Fünftel bis sogar Viertel der Menschheit, um die die Entwicklungszusammenarbeit sich kümmert und in diesen Ländern entstehen heute 80 % der Krankheiten in der Regel aufgrund einer unzufriedenstellenden Hygienesituation und Wasserversorgung. Das sind Krankheiten, die bei uns keine Rolle mehr spielen, für die es auch patente Lösungen gibt, wo aber das Verteilungsproblem und der Zugang in Entwicklungsländern eine wesentlich Rolle spielen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Entschuldigung, wenn ich unterbreche, in Ihrem Papier sind ja auch eine ganze Reihe von Bildern, wollen sie die vorführen lassen, während Sie reden?

Sachverständiger Dr. Wolfgang Bichmann: Ich hatte gedacht, dass ich auf die Vorführung verzichten kann. Wenn wir dann noch zu den Rahmenbedingungen sagen, dass die Zahl der in wasserarmen Gebieten lebenden Menschen bis 2025 etwa um das zehnfache zunimmt, so dass wir in Wasserarmutsgebieten dann etwa 1 Milliarde Menschen haben, dann wird deutlich, dass das Management der Wasserbereitstellung ein ganz wichtiges Thema ist. Wie sieht es um das Management der Wasserbereitstellung aus? Wasser ist in den Entwicklungsländern in der Regel hoch subventioniert, d. h. große Vorteile entstehen besonders auch großen Verbrauchern, und in Slums und abgelegenen Gebieten ist Wasser für die Menschen in der Regel am teuersten, d. h. Arme zahlen am meisten. Der Wassermangel ist quantitativ in den Gebieten, wo nicht genügend Ressourcen bereit stehen - Grundwasser oder andere -, und er ist qualitativ dort, wo das Wasser kontaminiert ist oder sonst wie belastet ist. Daraus entsteht eine humanitäre und eine wirtschaftliche Belastung. Die Landwirtschaft, die auch schon verschiedentlich angesprochen wurde - besonders in bevölkerungsreichen Ländern - trägt etwa zu 80 % zum Wasserverbrauch bei. Ökologische Folgeschäden bei nicht ökonomischer Wassernutzung sind angesprochen worden. Die finanzielle Zusammenarbeit der Bundesregierung versucht daher auf

verschiedenen Gebieten zu intervenieren. Vermeidung von Übernutzung, effiziente Verwendung von vorhandenen Ressourcen - und dazu muss man wissen, dass in Wasserversorgungssystemen zum Teil über 50 % des Trinkwassers, das durch die Leitungen geht, verloren geht - und Vermeidung von Wasserverschwendung hat stets Vorrang vor Erschließung neuer Quellen. Die Preis- und Gebührenfrage ist auch hier schon angesprochen worden. Ich denke, wir kommen sicher noch einmal darauf zurück. Da die Bereitstellung Geld kostet, muss ein Finanzierungsmechanismus gefunden werden. Im Bereich der derzeitigen Entwicklungssituation ist es so, dass in der Regel die Finanzierung ein riesiges Problem darstellt, und dafür gibt es unterschiedliche Lösungen. Die Lösungen, die ich Ihnen vorstellen kann, die aus unserer Erfahrung kommen, rühren daher, dass in den meisten Entwicklungsländern staatliche Behörden als Bereitsteller der Wasserversorgung auftreten, dass deren Ansatz wenig kundenorientiert ist und häufig aufgrund von mangelnden Haushaltsmitteln keine permanente Wasserversorgung sichergestellt wird und zunehmend auch die Qualität des Trinkwassers unzureichend ist. Da haben die Kunden auch kein Interesse mehr, dieses Wasser zu bezahlen. Die Tarife, die erhoben werden, sind auch betriebswirtschaftlich kalkuliert, und die Gebühreneinnahme stellt keinen Selbstzweck dar. Die Folge ist, dass erforderliche Neuinvestitionen, Ersatzinvestitionen nicht durchgeführt werden können, weil die Haushaltslage in Entwicklungsländern für diesen Sektor nicht genügend Mittel bereitstellt. Pragmatisch kann man also sagen: Durch Gebühren, die kundenfreundlich eine Dienstleistung bereitstellen, die die Leute auch konsumieren wollen, könnte die Mittelsituation der Wasserversorgungsunternehmen verbessert werden. Mit der finanziellen Zusammenarbeit versuchen wir diesen Teufelskreis zu durchbrechen, in dem wir einerseits günstige Investitionskredite und Beratungen der Wasserversorgungsunternehmen anbieten und dazu beitragen, dass sie kommerzialisiert werden, d. h. innerhalb einer staatlich organisierten Wasserversorgung die Einführung von Effizienz und Wettbewerbsaspekten in das System herein zu bekommen. Das ist ein erster Schritt zur Privatisierung.

Privatisierung muss man sehr differenziert sehen; es ist nicht entweder staatliche Bereitstellung oder Privatisierung, es ist eine ganze Stufenleiter von unterschiedlichen Organisationsformen, die dazwischen stehen. Zu dieser Effizienzsteigerung gehört die Einführung von Kostenstellenrechnung, Verantwortungszuweisungen zu den einzelnen Bereichen, aber auch, dass die dann erwirtschafteten Überschüsse

dann wieder reinvestiert werden in die Bereitstellung der Wasserversorgung. Das führt zu einer höheren Kundenzufriedenheit, und überall, wo das versucht worden ist, auch zu einer besseren Zahlungsmoral, mit der Folge, dass die Wasserbereitstellung dann besser funktioniert.

Lassen sie mich an drei Beispielen ganz knapp schildern, wie sich unterschiedliche Aspekte auch des Wasserthemas in der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Das erste ist ein Beispiel der ländlichen Wasserversorgung in einem armen afrikanischen Land, Mali, in der Sahelzone. Dort wurde für ländliche Gebiete und Kleinstädte ein Wasserversorgungssystem konzipiert, das am Anfang eine lange Beratungs- und Konzipierungsphase hatte. Daraus resultierte eine dezentrale Versorgungsstruktur. In Abstimmung mit anderen Gebern wurden die Finanzierungsteile sinnvoll verteilt. Die Nutzer selber wurden dazu angeleitet, Verantwortung für den Betrieb der Wasserversorgung zu übernehmen. Lokale Nutzergruppen betreiben quasi ein Wasserversorgungssystem wie ein Privatunternehmen, wobei Technik, Wartung, Abrechnungsverfahren ganz zentrale Aspekte sind und bei technischen Problemen gibt es auch über eine Hotline per Funk die Möglichkeit, die Probleme zu lösen. Die Gebühren, die erhoben werden, sind nach Vorstudien an die Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit der Menschen angeglichen worden und bei einer Gebühr von 1 DM pro m³ Trinkwasser ist diese Zahlungsbereitschaft nicht überschritten, andererseits können damit die Betriebskosten der Anlagen finanziert und Rücklagen gebildet werden. Ein anderes Beispiel aus unserem näheren Bereich ist Montenegro. Dort werden ungeklärte Abwasser in der Regel in die Adria eingeleitet. Da ist also auch das Problem der Küstenverschmutzung, des Ressourcenschutzes mit betroffen. Überalterte, schlecht gewartete Ver- und Entsorgungssysteme und besonders Verteilungsnetze, die hohe Wasserverluste verursachen, führen dazu, dass das ineffiziente und nicht kundenorientierte öffentliche Versorgungsunternehmen der Bevölkerung keine Dienstleistung anbietet, die akzeptabel ist. Im Rahmen eines sogenannten Sektor-Politik-Dialoges wurden verschiedene Möglichkeiten durchdacht und als erster Schritt ist angedacht, die bestehenden Versorgungsnetze zu reparieren und damit die Verluste zu reduzieren sowie später die Anlagen zu erweitern. Die dort üblichen gemeindeeigenen Ver- und Entsorgungsbetrieben haben sich aus Effizienzüberlegungen zu einem öffentlichen Unternehmen „Montenegro-Coast“ zusammengeschlossen und eine internationale Ausschreibung durchgeführt, um einen interessierten privaten Betreiber/Partner zu gewinnen. Der

Wettbewerb lief also auch hier im Privatsektor, um diesen Betreiber herauszufinden. Die Firma AquaMundo aus Mannheim hat endgültig den Zuschlag bekommen. Finanziert wird das Ganze durch eine Mischung von einem Finanzkredit, für den die Bundesregierung die Deckung übernommen hat, der aus Mitteln der KfW finanziert wird. Dann sind Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 4 Millionen DM aus dem Balkanstabilitätspakt dabei, womit die Zinsen verbilligt werden, d. h. das ist im Prinzip ein Angebot einer kommerziellen Finanzierung zu günstigeren Kosten, die auch wieder für das Land und für den Endverbraucher finanzierbar wird. Die GTZ ist in die Managementberatung involviert und die deutsche Entwicklungsgesellschaft hat einen Eigenkapitalbeitrag geleistet. Privat Public Partnership heißt nicht unbedingt, dass die Privatindustrie besonders Profite bringen kann, sondern es heißt auch, dass sich die Privatindustrie an der Finanzierung mit Eigenkapital beteiligt. In diesem Fall hat sich die private Seite substantiell am Eigenkapital des neuen Unternehmens mit beteiligt und Betriebsverantwortung übernommen. Ein letztes Beispiel, Palästina, Krisenregion und wasserarmes Gebiet: Im Westjordanland sind die größten Grundwasservorkommen der gesamten Region. Die israelische Seite nutzt aufgrund ihres Lebensstandards das Wasser mit einem ähnlich hohen Wasserverbrauch, wie wir ihn hier in Europa haben. Die palästinensischen Nachbarn haben aufgrund unzureichender Versorgung und schlechter Versorgungssysteme etwa dreimal weniger Wasser pro Tag pro Kopf zur Verfügung. Die maroden Systeme dort haben über 50 % Wasserverlust. Zusätzlich sollte der Aspekt Abwasser betrachtet werden. Das wird versickert über Sickergruben oder direkt in die Vorfluter eingeleitet. Gesundheitsrisiken und Gefährdung der Trinkwasser- und Grundwasservorräte sind die Folge. Auch hier hat sich eine Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor angebahnt. Da der überwiegende Anteil des Wasserangebots für landwirtschaftliche Bewässerung verwendet wird, kommt es zum Nutzungskonflikt mit der Trinkwasserversorgung. Hier wird versucht, die Wiederverwertung der gereinigten Abwässer in der Landwirtschaft, wie wir das gerade von meiner Vorrednerin gehört haben, im Rahmen einer Public Private Partnership sicher zu stellen.

Wie sieht der Ausblick daher aus, aus unserer Sicht? Die Weltbank geht davon aus, dass wir eine gute Wasserversorgung für alle Menschen sicherstellen können, wenn wir nur 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr regelmäßig aufwenden würden. Dann wäre zum Jahr 2015 das Ziel der Sicherstellung erreicht. Die Realität weicht davon aber

ab, nicht einmal die Hälfte oder knapp die Hälfte an Investitionsmitteln steht zur Verfügung. Davon sind 63 % staatlich finanziert, 25 % privat und 12 % durch die Entwicklungszusammenarbeit. Der Abstand in der Finanzierung ist mit Sicherheit nicht durch zusätzliche Haushaltsmittel oder Eigenbeiträge voll zu finanzieren. Sie haben gesehen, welche Probleme es gemacht hat, wenn die Ökosteuer bei uns etwas hoch geht und wie die öffentliche Reaktion darauf ist, wenn der Benzinpreis aufgrund der Ökosteuer etwas hoch geht und wie die öffentliche Reaktion ist. Den „gap“ durch zusätzliche Steueraufkommen zu finanzieren ist recht unwahrscheinlich. Von daher bietet sich die Möglichkeit an, die Finanzierungsbereitschaft und –kraft des Privatsektors zu nutzen, um zusätzliche Mittel zu mobilisieren. Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit eine Hilfestellung bieten und zum Abschluss daher unser Credo, dass zur Einbeziehung der Privatwirtschaft zur Lösung des aktuellen Wasserproblems und Problems der nächsten 15 Jahre im Moment keine Alternative besteht. Zusätzlich wird das auch dazu führen, dass durch regionale Verbände innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte reduziert werden können. Im Sinne einer aktiven Krisenprävention kann daher die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Gebern gemeinsam eine moderierende und beratende Rolle in diesem Prozess übernehmen. Schönen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Wir sind weit über der Zeit. Eigentlich wollten wir mit den Referaten jetzt insgesamt längst fertig sein. Ich muss die drei Verbleibenden bitten, sich sehr kurz zu fassen, damit wir nachher noch ein bisschen miteinander diskutieren können. Herr Pires, bitte.

Sachverständiger Dipl.-Ing. Antonio Pires: Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Viele Menschen, Politiker und Entscheidungsträger begreifen heute, dass Wasser eine endliche Ressource ist. Länder der nördlichen Hemisphären sind - wenngleich auch nicht ausnahmslos - reichlich mit der Ressource Wasser ausgestattet, während in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eng mit der Knappheit von Wasser verknüpft ist. In einer sich wandelnden Gesellschaft hat sich auch die Frage nach der Verteilung und Nutzung der endlichen Ressource Wasser zu einem globalen Problem entwickelt, welches nicht nur auf globaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene angegangen werden

muss, um nachhaltige Lösungsvorschläge zu erreichen. Tatsache ist, dass selbst in Ländern mit anscheinend ausreichenden Wasservorräten die Ressource Wasser weniger und deren Nutzung demzufolge teuer wird. Wasser wird damit für jeden zu einem wertvollen Gut, mit dem man verantwortlich umgehen muss. Die Komplexität der Problemstellung und die weit verzweigten Auswirkungen von Wassernutzung hinsichtlich sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Aspekte machen eine intensive und offene Diskussion über das Recht auf die gerechte Verteilung von Wasserreserven dringend erforderlich. Herr Vorsitzender, als Repräsentant des Sekretariats zur Bekämpfung von Wüstenbildung möchte ich ihnen meinen Dank für die Einladung zu dieser wichtigen Anhörung aussprechen. Wasser und dessen Nutzung ist ein zentraler Aspekt innerhalb des Themas der Ausbreitung und Entstehung von Wüstengebieten und wird deshalb auch innerhalb der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung auf regionaler Ebene thematisiert. Die internationale Gemeinschaft hat die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung beschlossen, um der Schädigung des Bodens in ariden und semi-ariden Zonen entgegen zu wirken. Seit 1996 - dem Jahr des Inkrafttretens der Konvention - sind 174 Staaten diesem internationalen Abkommen beigetreten. Die auf die Schädigung des Bodens folgende Wüstenbildung wird hauptsächlich durch Aktivität des Menschen und durch die Klimaveränderung hervorgerufen. Der Begriff Wüstenbildung bezieht sich nicht nur auf die Ausbreitung bestehender Wüsten, Wüstenbildung tritt auch zunehmend in traditionell bevölkerten und bebauten Gebieten in den ariden und semi-ariden Regionen der Welt auf. Es kommt zur Wüstenbildung, weil das Ökosystem der Trockengebiete außerordentlich empfindlich auf übermäßige Nutzung und ungeeignete Bodennutzung reagieren. Armut, politische Instabilität, Waldrodung, Wasserknappheit und schlechte Bewässerung schwächen die Ertragskraft des Bodens. Mehr als 250 Millionen Menschen sind direkt von der Wüstenbildung betroffen. Darüber hinaus ist eine weitere Milliarde Menschen in über 100 Ländern gefährdet. Darunter sind vor allem die ärmsten Menschen der Welt, gesellschaftliche Randgruppen und politisch schwache Bürger. Die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung öffnet ein wichtiges neues Kapitel im Kampf gegen die Wüstenbildung und für einen verbesserten Umgang mit der knappen Ressource Wasser. Der Prozess der Wüstenbildung kann nur durch tiefgreifende Veränderung lokaler und globaler Verhaltensweisen rückgängig gemacht werden. Die Bekämpfung der Wüstenbildung ist daher nur ein Teil einer viel umfassenderen Zielsetzung der nach-

haltigen Entwicklung jener Länder, die von Wasserknappheit, Dürre und Wüstenbildung betroffen sind. Das Sekretariat der UN-Konvention setzt sich daher für eine möglichst breite internationale Diskussion unter der Einbeziehung möglichst vieler Akteure auf supranationaler, regionaler und nationaler Ebene ein, um nachhaltige Lösungsoptionen zur Beseitigung der immer dringender werdenden Probleme der Wasserknappheit und Wüstenbildung zu entwickeln.

Auf regionaler Ebene haben Staaten in Afrika und Asien sich für eine verstärkte Kooperation ausgesprochen und folglich Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wassernutzung geschaffen. In Afrika wurde zu diesem Zweck ein regionales Programm eingerichtet, was sich zum Ziel gesetzt hat, internationale Flussläufe und Becken innerhalb Afrikas gemeinschaftlich zu verwalten und zu bewirtschaften, den zwischenstaatlichen und auch nationalen Informationsaustausch zu verbessern und institutionelle sowie regulative Bestimmungen zu überdenken. Bei einem Workshop im Jahr 1998 in Abidjan (Elfenbeinküste), der von der afrikanischen Entwicklungsbank und den Regierungen von Deutschland, Frankreich und Italien gestaltet wurde, haben die 60 Teilnehmer - spezialisierte afrikanische Institutionen, zwischenstaatliche Organisationen, Organe der Vereinten Nationen und NRO - dieses Rahmenwerk ausgearbeitet. Ein Konferenz im Jahr 2000 im Accra (Ghana) hat weitere konkrete Ziele und Aktivitäten festgelegt, die innerhalb dieser Kooperation durchgeführt werden sollen. Diese Konferenz wurde gemeinsam mit dem Sekretariat der Konvention zur Wüstenbekämpfung, dem SADC Water Sector Coordinating Unit, der Weltorganisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) und UNDP organisiert. In Asien wurde angeregt, ein regionales Netzwerk für eine nachhaltige Wasserwirtschaft zu errichten, dass sich auch auf die Landwirtschaft und deren Bedarf an Grundwasser konzentriert. Die Landwirtschaft, als der wirtschaftliche Sektor, der die größte Wassermenge verbraucht, ist für eine nachhaltige Lösung der Wasserproblematik in ariden Klimazonen von immenser Bedeutung. Zudem zeigt dieser Aspekt auch die enge Verknüpfung von Wasser und Boden. Das Bedürfnis, in vielen Entwicklungsländern eine Sicherheit der nationalen Nahrungsmittelversorgung zu erreichen, hat zu einem erhöhten Grundwasserbedarf geführt, genauso der Wachstumszuwachs der Bevölkerung, die industrielle Entwicklung und der Tourismus. Unzureichende Bewässerungspraktiken haben zum Teil verheerende Folgen für die nationale und folglich internationale Wassernutzung in Staaten mit empfindlichem Ökosystem. Syrien hat in diesem Zusammenhang die

Rolle eines Koordinators übernommen und wird ein Informationswerk, welches 11 Länder in Asien umfasst, im November diesen Jahres offiziell einrichten. Ich möchte mich für die kontinuierliche Unterstützung der Aktivität unseres Sekretariats, das in Bonn seinen Sitz hat, bedanken. Vielen Dank Herr Vorsitzender.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Herzlichen Dank, Herr Pires. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie uns auf Deutsch berichtet haben. Ich würde jetzt gerne Herrn Dr. Richter von AquaMundo zu Wort bitten; er hat ein paar Folien vorbereitet, die wir von hier aus vorzeigen können.

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Ganz herzlichen Dank, dass Sie der Privatwirtschaft die Chance geben, sich hier auch zu präsentieren und einige Gedanken zu formulieren. AquaMundo ist im Grunde genommen das wirtschaftliche oder unternehmerische Ergebnis der Petersberger Gespräche, denn dort wurde von der Politik immer wieder gefordert, dass sich die deutsche Wasserindustrie zusammenschließen möge, um eine starke Bastion draußen in der internationalen Wasserwelt zu schaffen. Die drei Mannheimer Unternehmen ABB-Deutschland, Bilfinger & Berger und MVV-Energie AG haben dieses quasi erfüllt und sind jetzt als Gemeinschaftsunternehmen draußen auf dem internationalen Wassermarkt aktiv. Das Projekt oder ein Private Public Partnership-Projektbeispiel wurde von der KfW schon dargestellt, nämlich Montenegro. Lassen sie mir die Möglichkeit, kurz einige Definitionen der Privatsektorbeteiligung zu erklären. Wir können uns vorstellen, dass wir im Grunde genommen in der ersten Stufe Managementverträge mit übernehmen und das Risiko sich dann in einer natürlich ansteigenden Treppe bis zu einer Kapitalbeteiligung an diesem Unternehmen steigert. Zwischenschritte wären Leasingverträge, Konzessionen oder sogenannte BOT-Modelle.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Bevor Sie diese Folie weg tun, muss ich doch protestieren als Vertreter des Staates, dass hier suggeriert wird, dass die Effizienz automatisch mit der Abnahme des Staates verbunden ist. Aber jetzt können wir die nächste Folie sehen.

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Herr Vorsitzender, diese Folie wurde von der Weltbank erstellt.

An diesem dreidimensionalen Diagramm möchte ich ganz kurz erläutern, was wir unter Private Public Partnership verstehen. Es ist nämlich zu komplex, um das immer eindimensional zu sehen. Wenn wir von Privat Public Partnership sprechen, dann haben wir zum einen die Partnerschaft zwischen dem privaten Investor und der bestehenden öffentlichen Unternehmung. Es ist eine ganz wichtige Voraussetzung, dass diese Partnerschaft auch langfristig angelegt ist, denn nur so kann auch eine Nachhaltigkeit in der verbesserten Wasserversorgung geschaffen werden. Wenn hier von Anfang an Konflikte zwischen dem privaten Investor und der noch bestehenden öffentlichen Unternehmung auftreten, dann ist das Ganze zum Scheitern verurteilt. Deswegen ist das Allerwichtigste die Partnerschaft zwischen privater und öffentlicher Versorgung. Zum zweiten, nehmen Sie die grüne Linie, die Kombination zwischen privatem Kapital und möglichen öffentlichen Entwicklungsgeldern. Ich spreche hier nicht von konzessionären Krediten, sondern von ganz normalen Marktkrediten, wie sie die Weltbank zur Verfügung stellt, wie sie die DEG zur Verfügung stellt, wie sie die KfW zur Verfügung stellt - auch in diesem vorher genannten Projekt in Montenegro. Die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungshilfeinstitutionen und privaten Unternehmen sehe ich hier vor allen Dingen in dem englischen Schlagwort „political additionality“. Es ist sehr oft zwingend notwendig, hier vor allen Dingen die Unterstützung dieser Institutionen in der Umgestaltung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, und natürlich ist es von Vorteil, wenn Mittel dieser Institutionen kombiniert werden können mit den Mitteln des privaten Investors. Auf der anderen Seite habe ich noch eine Linie eingezeichnet, und zwar die Finanzierungslücke zu schließen. Sehr oft sind in diesen Infrastrukturprojekten Untermengen mit zu bedienen - Untermengen klingt jetzt sehr mathematisch -, aber Strukturen der Versorgung der Bevölkerung mit darzustellen, die rein betriebswirtschaftlich nicht darstellbar sind. Nennen möchte ich hier, dass es sehr oft finanziell machbar ist, den Wasserpreis von der Bevölkerung oder vom Kunden einzuziehen, aber die vorhergehende Installation der verlässlichen Wasserversorgung kann oftmals nicht vom privaten Investor zu 100 % getragen werden. Hier ist eine Kombination zwischen öffentlichen Entwicklungshilfemitteln und den Mitteln des privaten Investors zwingend notwendig. Genau dieses Dreieck ist in Montenegro so realisiert worden. Es sind öffentliche Mittel aus Entwicklungshilfeinstitutionen, es sind private Mittel und das als Antwort an Sie, Herr Dr. Baumann: Es

sind ungefähr 4 – 6 Millionen DM aus dem Haushalt, aus Budgetmittel dargestellt worden und diese 6 Millionen DM mobilisieren fast 55 Millionen private Mittel, denn wir müssen ja für die Rückzahlung dieses ungebundenen Finanzkredites, der durch die KfW bereitgestellt wird, garantieren. Deswegen sind das dann auch Marktmittel. Soweit ganz kurz von meiner Seite. Ich stehe ihnen gerne noch zu allen Fragen zur Privatsektorbeteiligung zur Verfügung. Dankeschön.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Richter, während Sie geredet haben, sind wir Opfer einer Sabotage geworden, und ich kann ihnen nur versichern, das hatte nichts mit meinem Einwurf bezüglich ihrer ersten Folie zu tun. Als nächster Herr Prof. Dr. Alcamo von der Universität Gesamthochschule Kassel. Wir hatten vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen den Hinweis bekommen, dass Ihre Aussagen zur systemhaften Erörterung des Themas Wasser besonders relevant sind.

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Vielen Dank. Ich stelle mich hier für Fragen zur Verfügung. Leider wurden die ersten 10 Minuten von meiner Präsentation abgesagt, deshalb kann ich Sie nicht überzeugen, dass es ein globales Wasserproblem gibt. Dann hatte ich eine Folie für meine letzten 5 Minuten, mit denen ich Sie überzeugen wollte, was die Lösung ist. Leider funktioniert das nicht mehr. Aber meine Tochter hat letzte Woche gerade einen Improvisierungsworkshop gemacht und mir beigebracht, zu improvisieren. Wenn wir voraussetzen können, dass es ein globales Wasserproblem gibt: Was würden Sie denken, was der Kern des Problems ist? Die Lösung ist nicht deutlich. Wir versuchen es trotzdem. Dargestellt ist die Wasserentnahme für Industrieländer und Entwicklungsländer für 1995 und für sogenannte „business as usual“-Szenarien von der World Water Commission. Die Ergebnisse sind von der Universität Kassel erarbeitet worden. Und was es zeigt für die Industrieländer: Die gesamte Wasserentnahme für 1995 war ca. 1000 m³ pro Jahr und Sie sehen, dass es für das „business as usual“-Szenario ohne besondere Sparmaßnahmen einen Abbau der gesamten Wasserentnahme gibt - nur wegen der normalen Wassereffizienzverbesserungen, die mit dem Ökonomiewachstum kommt. Was wir vielleicht voraussetzten könnten ist, dass sich der gesamte Stress auf Wasserressourcen in den Industrieländern leicht abbaut. Es ist wahrscheinlich mehr

ein Problem des Schutzes der Ökosysteme als absolute Wasserknappheit, um es sehr grob zu sagen. In den Entwicklungsländern ist es auf jeden Fall klarer; in 1995 war die Gesamtwasserentnahme 2600 m³ pro Jahr und es gibt unter diesem „business as usual“-Szenario eine deutliche Zunahme.

Wo passiert diese Zunahme? Dieser Balken zeigt die Anteile in verschiedenen Sektoren für diese totale Wasserentnahme. Sie sehen, dass die größere Zunahme im Haushaltssektor erwartet wird und auch in den Industriesektoren. Was kann man grob davon ableiten? Man kann sagen, dass wir als erste Priorität in die Wasserversorgungssysteme in den Entwicklungsländern investieren müssen. Auf der anderen Seite ist es nicht eine Frage der Wasserversorgung allein; es gibt ca. zwei Milliarden mehr Menschen, die wir bis 2025 erwarten, die auch essen müssen. Dann stellt sich die Frage, wo sollen wir die Agrarproduktion erhöhen? Es können natürlich einige Leute sagen, wir müssen die bewässerte Fläche ausbreiten. Eine Ausbreitung der bewässerten Fläche bedeutet wahrscheinlich, mehr Wasser für Bewässerung und vielleicht weniger Wasser für die Wasserversorgungssysteme in den Städten oder auf dem Land. Welches sind die Alternativen? Wir können zum Beispiel die Agrarproduktion in wasserreichen Gebieten erhöhen. Gut, in Brasilien z. B. gibt es viel Fläche, guten Boden usw., aber eine Ausbreitung der Agrarproduktion in Brasilien bedeutet wahrscheinlich weniger Tropenwald. Was ist die Botschaft? In der Entwicklungspolitik müssen wir berücksichtigen, dass wir schwierige Entscheidungen treffen müssen. Wir müssen uns wirklich entscheiden, was wir unterstützen: Ist es die Wasserversorgung, ist es eine größere Nahrungsmittelproduktion, ist es Naturschutz? Nach meiner Meinung können wir nicht alle diese Ziele gleichzeitig erreichen; wir müssen schwierige Entscheidungen treffen. Wie können wir aber die schwierigen Entscheidungen vielleicht leichter machen? Wir können natürlich als Ziel - gesagt wurde es schon - realistische Wasserpreise setzen, wir können Wasser effizienter nutzen. Wir haben wenig über Wassersparmaßnahmen gesprochen. Aber wir sind davon überzeugt, dass Wassersparmaßnahmen allein nicht ausreichend sind. Was wir eigentlich tun müssen, ist die Basis, die Art und Weise, wie wir Wasser nutzen, zu überdenken. Was bedeutet das? Zum Beispiel: Wie produzieren wir Elektrizität und wie viel Wasser kostet das? Wie und wo produzieren wir Nahrungsmittel und was für Wasser können wir dafür nutzen, um den Kern globaler Wasserprobleme zu lösen? Nach meiner Meinung müssen wir mit diesen und anderen Basisfragen umgehen. Danke.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich bedanke mich bei den letzten drei Rednern auch dafür, dass sie sich nun wirklich kurz gefasst haben. Wir kommen jetzt in die Diskussion. Ich muss es mir einfach versagen, jetzt noch eine Pause einzulegen. Das wäre sicher für alle angenehm, aber dann kommen wir überhaupt nicht mehr weiter. Halten wir durch bis genau Punkt 1, dann haben wir genau eine Stunde. Nach der Mittagspause können wir ja noch fortsetzen. Ich bitte um Wortmeldungen, Herr Prof. Dr. Dr. Dolzer als erster.

Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer, sachverständiges Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wenn man sich das Bild aus der Sicht der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ansieht, fällt Folgendes auf: Auf der einen Seite haben wir eine sehr leistungsfähige Wasserindustrie in Deutschland, die auf eine lange Tradition zurückblicken kann und die technisch durchaus auf dem höchsten Stand ist - auch weltweit - soweit ich das richtig sehe. Auf der anderen Seite - das ist kein Gegensatz haben wir gehört und das ist auch bekannt - ist die Bundesrepublik derjenige Geber, der international am meisten zur Finanzierung der Wasserpolitik beiträgt. Das dritte Element des Bildes ist, dass die deutsche Wasserwirtschaft, und das hat Herr Dr. Richter angedeutet, international bisher vergleichsweise wenig präsent ist. Es sind die Engländer, es sind die Franzosen und es sind wohl auch ein bisschen die Amerikaner, die sich das Geschäft teilen. Die deutsche Wasserwirtschaft steckt international noch in den Kinderschuhen. Gleichzeitig haben wir von Herrn Dr. Richter gehört, dass hier gewisse Finanzprobleme bestehen, die wir teilweise lösen, aber vielleicht noch besser lösen können. Meine Frage geht jetzt an den Vertreter der Bundesregierung, die Staatssekretärin ist nicht da: Wäre es nicht denkbar, hier die Zusammenarbeit zwischen der EZ – vor allem FZ - und der deutschen Wirtschaft etwas zu verstärken, um auf diese Weise einen zusätzlichen Beitrag zur Wasserpolitik international zu leisten und gleichzeitig auch der deutschen Wasserwirtschaft zu helfen.

Der zweite Punkt: Wir haben international heute mehr und mehr Entwicklungsziele. Was mich interessiert, und die Frage geht im Grunde genommen an alle Sprecher: Ist es im Wasserbereich denkbar, dass man sich Ziele dahingehend setzt, dass man zu bestimmten Zeitpunkten bestimmte Ergebnisse haben will, also dass man im Jahr 2010 den Wasserverbrauch in einer bestimmten Weise ändert, dass wir die Preise in

einer bestimmten Weise ändern, oder ist der Wassersektor so spezifisch und auch landesspezifisch, dass eine Zielsetzung hier sehr viel schwieriger fällt? Mir fällt in den vielen Debatten in der Wasserpolitik auf, dass die Analysen meistens sehr viel besser sind als das, was man sich für die Zukunft vornimmt. Meine Frage geht also dahin, kann man die Ziele etwa mit benchmarks, mit Qualifikation versehen, können wir uns internationale Ziele setzen, so wie es heute üblich geworden ist. Ich würde meinen, man muss zumindest mehr darüber nachdenken. Wir haben ja gehört, die Diagnosen an sich liegen auf der Hand, wir haben gehört, es ist weitgehend ein politisches Problem. Wenn das so ist, dann glaube ich, ist es wichtig, dass wir noch mehr als bisher nachdenken über das, was wir in den nächsten Jahren oder auch Jahrzehnten erreichen wollen. Die erste Frage ging an den Vertreter der Bundesregierung, die zweite Frage ging an sich an alle Redner.

Der Vorsitzende, Abg. Rudolf Kraus (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Prof. Dr. Dr. Dolzer. Ich würde vorschlagen, dass wir hier jetzt nicht jede einzelne Frage beantworten lassen durch alle Redner, weil wir sonst natürlich nicht mit einer Stunde auskommen würden. Ich denke, dass jetzt einige Diskussionsteilnehmer ihre Fragen oder Beiträge liefern und dass wir das dann nacheinander abarbeiten. Frau Schmidt, bitte.

Abg. Dagmar Schmidt (SPD): Vielen Dank Herr Kraus. Meine Fragen gehen in folgende Richtung; ich möchte einmal wissen, ob da nicht ein Zusammenhang zwischen CO₂ und H₂O besteht. Ich will das mal deutlich machen. Es wurde vorhin die Verdunstung angesprochen und die Verdunstung bedeutet auf der einen Seite - ich glaube, Herr Steiner hat es angesprochen -, dass Staudammprojekte gebraucht werden, aber Frau Dr. Neubert hat in ihrem Bericht - in dem schriftlich vorliegenden zumindest - auch deutlich gemacht, dass bei flachen Staudämmen bis zu 60 % Verdunstung erfolgt. Haben wir da noch Forschungsbedarf? Besteht ein Zusammenhang oder gibt es Erkenntnisse darüber, dass die verdunstete Menge gar nicht in den Kreislauf des nutzbaren Süßwassers zurückkommt oder sogar bedrohliche Zusammenhänge existieren, wenn die verdunstete Menge möglicherweise als Erosionswasser an anderen Stellen, wo es nicht gewollt ist, wieder runter kommt. Gibt es da wissenschaftliche Untersuchungen oder sollten wir solche wissenschaftlichen Untersuchungen einfordern?

Der zweite Punkt betrifft den Zusammenhang zwischen Entsalzung und Versalzung. Das geht in die gleiche Richtung des Forschungsbedarfes, den ich möglicherweise entdecke. Fallen wir nicht, wenn wir davon sprechen, dass es keine Knappheit an Wasser gibt, sondern nur einen Mangel an politischem Willen, ein bisschen der Sorglosigkeit zum Opfer, indem wir so tun, als würde nicht das, was im Kreislauf an Süßwasser da ist, möglicherweise zu Salzwasser umgewandelt, weil doch sehr viel ungeklärt in die Meere fließt und gar nicht mehr als Süßwasser zur Verfügung steht. Wenn wir dann noch davon sprechen, dass wir möglicherweise durch Entsalzungsanlagen diese Sorglosigkeit unterstützen, meine ich, müssten wir hier vielleicht auch noch mal danach fragen, haben wir da Forschungsbedarf? Müssen wir da, um nicht nur den Mangel an politischem Willen zu predigen, auch mal überlegen, ob nicht auch die Forscher den Politikern ein bisschen was an die Hand geben müssen.

Der Vorsitzende, Abg. Rudolf Kraus, MdB: Ich bedanke mich Frau Schmidt, Herr Prof. Dr. Nuscheler.

Prof. Dr. Franz Nuscheler, sachverständiges Mitglied: Mich treibt die Frage der Privatisierung um und das hatten sowohl Herr Steiner und Frau Dr. Neubert angesprochen. Es ist einsichtig, dass irgendwelche kostendeckenden Preise erhoben werden müssen, um überhaupt Investitionen zu gewährleisten, um diesen wachsenden Wasserbedarf zu decken. Wir wissen, dass gerade die Armutgruppen in den Slums, ob es nun in Lateinamerika, in Rio oder in Südafrika ist, diese Preise nicht bezahlen können. Heute ist es so, dass sie illegal anzapfen und auf diese Weise sehr viel Wasser verloren geht. Gibt es denn nicht Mechanismen, etwa durch Quersubventionierung, also durch dezentrale Kostenerhebung, durch die Mittelschicht, die den größten Wasserbedarf und -verbrauch haben und die Oberschichten, die riesige Parkanlagen mit Trinkwasser bewässern, höhere Preise bezahlen und die Armutgruppen niedrigere Preise. Sie sollen sich beteiligen, aber gibt es denn irgendwelche Modelle bzw. Mischfinanzierung, dass auch die Armutgruppen, die gezwungen sind, entweder teures Wasser bei Straßenverkäufern zu kaufen oder illegal anzupapfen oder es sich das einfach nicht leisten können. Ich glaube, Herr Steiner, Sie hatten es angesprochen, dass Wasser nicht nur als Wirtschaftsgut betrachtet werden darf, aber gibt es etwa bei der KfW Modelle, dass man so etwas quersubventionieren, auch verwalten bzw. anregen kann, etwa auch durch

ODA-Mittel. Wir stellen dann so und so viel bereit, auch meinerwegen zur Installation, unter der Voraussetzung, dass wir ein differenzierteres Preissystem haben. Sonst fallen dabei letztlich immer wieder Armutgruppen, die ja wachsen, hinten runter.

Der Vorsitzende, Abg. Rudolf Kraus (CDU/CSU): Ich würde folgenden Vorschlag machen: Ich habe jetzt vier Wortmeldungen und möchte die noch abwickeln und dann zur Beantwortung kommen. Darf ich damit die Rednerliste schließen, es sind jetzt Herr Prof. Dr. von Weizsäcker, Herr Dr. Baumann, Herr Dr. Brühl und ich selber auf der Liste. Einverstanden? Dann bitte Herr Prof. Dr. von Weizsäcker.

Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Petrella. In dem Wassermanifest wird bereits die Forderung nach einem Netzwerkparlament für das globale Gemeingut Wasser erhoben und Du hast, Riccardo, vorhin in Deinem Referat auch zum Schluss diesen Punkt genannt. In diesem Manifest steht ein Vorschlag darüber, wie man Ende 2001/Anfang 2002 z. B. in Valencia eine Konferenz organisiert und dann sind noch weitere Schritte vorgeschlagen. Mich würde doch sehr interessieren, auf was für eine Resonanz dieser Appell bisher in anderen Ländern gestoßen ist.

Dr. Michael Baumann, sachverständiges Mitglied: Danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage ist einmal das Thema Wasser als ökologische Ressource, das ist ja ein paar Mal angeklungen: Leben erhält sich auf der Welt nur, wenn es Wasser gibt, und es wurde sehr deutlich gemacht, nicht die wirtschaftliche Nutzung alleine kann das Kriterium sein. Frau Dr. Eid hat ja vorher gesagt, man kommt ein Stück weit mit mehr Effizienz, und Herr Prof. Dr. Alcamo hat das ja auch deutlich gemacht, dass ein Stück in dem normalen Szenario auch schon zu erwarten ist. Mich interessiert aber noch mal, deutlicher zu hören, was eigentlich erforderlich ist. Bei Herrn Steiner klang das ja ein Stück an: In der südafrikanischen Verfassung und was Sie genannt haben, trägt man diesem Thema wirklich Rechnung. Das ist meine erste Frage.

Die zweite richtet sich an das Thema, das Herr Dr. Richter propagiert, aber nicht an die Art, wie er das vorstellt, weil mir das alles einleuchtet. Das Thema dahinter ist ja, wir sagen immer, und das wurde besonders deutlich bei dem, was die KfW dazu gesagt hat, Privatisierung funktioniert, wenn ein starker Staat da ist, der Regeln garantieren kann, die auch eingehalten werden, also nicht Misstrauen gegen die

private Wirtschaft, aber ein Rahmen, der es ermöglicht, z. B. sozialverträgliche Tarife zu setzen und so etwas. Da sehe ich einen Widerspruch, weil Privatisierung gerade in Staaten vorgeschlagen wird, wo der Staat gar nicht funktioniert, also in vielen Ländern, die sonst keine Möglichkeiten haben, eine ordentliche Wasserversorgung herzustellen. Sie übertragen das jetzt an Private und dann kommt doch ganz konkret das Problem: Private sind interessiert am Ferntransport von Wasser, an Tiefenbohrungen und das gerät doch sehr viel schneller in Konflikt mit der Ökologie. Dazu würde ich auch gerne noch etwas hören und im Grunde zu dem Thema, das Herr Prof. Dr. Dr. Dolzer angesprochen hat: Positive Beispiele, wo etwas z. B. auf diesem Weg und auf anderen Wegen funktioniert. Wo kriegt man das Große, was Herr Prof. Dr. Petrella anstrebt, in kleinen Schritten in Bewegung?

Dr. Wolfgang Brühl, sachverständiges Mitglied: Wir haben das Thema Preise und PPP mehrmals angesprochen. Ich möchte ähnlich wie Herr Prof. Dr. Nuscheler den Wunsch äußern nach etwas mehr Konkretem, was sich die einzelnen Redner vorstellen. Wir hören etwas von realistischen Preisen, wir hören etwas von ökologischen Preisen, wir hören etwas von kostendeckenden Preisen. Frau Dr. Eid hat vorhin gesagt, dass seien alles Elemente eines Preises, aber ich würde doch sehr gerne von jemandem wissen - ich sage auch gleich in welche Richtung und von wem - wie eine Preisfindung tatsächlich vom Grundsatz her zu erfolgen hat. Es gibt ja eigentlich nur zwei grundsätzliche Möglichkeiten. Die eine grundsätzliche Möglichkeit ist die, das man sich auf irgendeine Weise am Markt orientiert, und die zweite ist, dass man sie rein staatlich, hoheitlich regelt. Dazwischen gibt es verschiedene Möglichkeiten, aber wie bitte soll die hauptsächliche Orientierung erfolgen. Die allgemeine Zustimmung zu Privat Public Partnership teilt ja einer auf dem Podium nicht, soweit ich das verstanden habe. Prof. Dr. Petrella ist sehr pessimistisch in Bezug auf die Rolle der Privatwirtschaft. Mich würde interessieren, wie man sich generell auf Seiten der Politik - damit ist jetzt hauptsächlich die Bundesregierung angesprochen - vorstellt, dass eine Einbeziehung der Privatwirtschaft erfolgen kann, ohne dieser Privatwirtschaft gleichzeitig die Chance zu einer profitablen Regelung zu geben. Die Privatinitiative wird notwendigerweise auf einer Profitabilität beharren wollen, wenn man ihr das aber als Profitstreben abspricht, kann man den Gedanken der PPP eigentlich begraben, dann ist es kein praktikabler Weg. Mich würde interessieren, ob zu diesen beiden Fragen, einerseits Herr Dr. Bichmann, der gesagt hat, die Einbeziehung des

Privatsektors ist die einzige Alternative, die wir haben, andererseits Herr Prof. Dr. Petrella antworten könnten. Ich würde mich aber auch freuen, wenn vielleicht jemand aus der Privatwirtschaft, der Herr Dr. Richter, dazu auch etwas sagen könnte.

Der Vorsitzende, Abg. Rudolf Kraus (CDU/CSU): Ich bedanke mich. Eine letzte Frage von mir ganz kurz. Prof. Dr. Alcamo, Sie sagten mehr oder weniger, dass häufig die Entscheidung immer wichtiger werden würde, ob man der Nichtnutzung von Wasser zugunsten des Naturschutzes den Vorzug gibt oder aber ob man der Ökonomie vorzugsweise durch Zurverfügungstellung von Wasser für die Landwirtschaft entgegen kommt, und dass man diese Entscheidung treffen muss. Ich bezweifle diese Frage natürlich nicht, das liegt ja auf der Hand, bloß gibt es auch irgendeine Meinung oder ein Modell dazu, wie man solche Probleme löst? Ich kann mir vorstellen, dass es innerhalb von Regionen schon schwierig ist, innerhalb von Ländern kaum lösbar und international sehe ich überhaupt keinen Ansatzpunkt, wer da zu welchen Bedingungen nachgeben kann? Soweit meine Frage. Ich komme jetzt zur Beantwortungsrunde. Prof. Dr. Alcamo, und dann in der Reihenfolge, die wir besprochen haben. Bitteschön.

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Danke. Zu Ihrer letzten Frage über den Konflikt. Ich denke tatsächlich, wir überschätzen das Konfliktpotential zwischen den verschiedenen Nutzern, weil wir z. B. intensive Agrargebiete haben, wo es intensive Bewässerung gibt. Bis jetzt gibt es wenig Diskussion nach meiner Meinung über die Möglichkeit, nicht nur ein Agrarsystem zu unterstützen, sondern auch ein natürliches Ökosystem zu unterstützen. Es ist sehr typisch, dass in einem stark bewässerten Gebiet auch ein ziemlich hoher Grad von Verschmutzung vorliegt, dass normalerweise nicht für ein natürliches Ökosystem verträglich ist. Ich denke, als wir die Diskussion zwischen den verschiedenen Zielen anfangen, man wird ziemlich schnell merken, dass es dieses Konfliktpotential gibt. Was die angesprochenen Möglichkeiten angeht; es gibt den wassereinzugsgebietsorientierten Ansatz, das sogenannte Integrated Water Management, wo es nicht nur um eine Beteiligung von Hauptwassernutzern in einem Wassereinzugsgebiet geht, sondern mit der Zivilgesellschaft, die im Wassereinzugsgebiet wohnt und verschiedene Interessen hat, beraten wird, wie eine gemeinsame Struktur ausgestaltet, wie in der Zukunft das

Wassereinzugsgebiet gemanagt wird. Das ist ein kurzer Ansatz und eine kurze Antwort dazu.

Die Fragen von Frau Schmidt im Zusammenhang mit dem Forschungsbedarf: Verdunstung ist teilweise nur eine technische Frage, die die Experten noch nicht wirklich im Griff haben, und wir setzen voraus, dass, wenn etwas verdunstet ist, es verschwindet und nicht wieder verwendet wird. Das ist ein Kreislauf und wer diesen Kreislauf nicht sehr gut, muss ich sagen, über einen längeren Zeitraum und über lange Entfernung verfolgen können.

Über absolute Wasserknappheit habe ich eine andere Meinung zu dem, was Sie schon gehört haben; es ist hauptsächlich ein Managementproblem. Ich denke, Wasserknappheit könnte an einigen Stellen absolut ein Problem sein, z. B. unter Dürrezuständen, die wir seit vielleicht 50 Jahren nicht erfahren haben, oder heute unter dem neuen Zustand von viel höher besiedelten Gesellschaften und intensiver Agrarwirtschaft. In Entwicklungsländer ist jedoch bei einer Dürre absolute Knappheit denkbar.

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Dankeschön. Herr Kraus, erste Beantwortung an Sie betrifft die Tarifstrukturierung. Es gibt hier sicherlich eine Vielzahl von Möglichkeiten auch sehr sozial verträgliche Tarifstrukturierungen durchzuführen. Sie können z. B. - und das in einer exponentiellen Funktion - je nach Wasserentnahme also Verbrauch der Wassermenge die Tarife anheben, d. h. sie haben eine Grundmenge, die vor allen Dingen in den Favelas für die Notwendigkeit des täglichen Lebens ausreicht und das ist ein relativ geringerer Preis. Ob der Preis für den privaten Investor ausreicht, ist die zweite Frage, und die gilt es ganz separat zu behandeln. Aber dann können sie natürlich in der E-Funktion die Preise nach oben heben, sodass der - jetzt mal sehr plakativ oder populistisch dargestellt -, der wirklich seine Parkbewässerung haben möchte und das aus dem öffentlichen Netz heraus, das Mehrfache bezahlt. Das ist alles ökonomisch auch darstellbar, aber es ist wirklich einzelfallabhängig. Herr Dr. Baumann, es gibt überhaupt keinen Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie oder Ressourcenschutz und Ökonomie oder Ressourcenschutz und Beteiligung des Privatsektors. Ganz im Gegenteil: ohne Ressourcenschutz wird es keine Beteiligung des Privatsektors geben, denn der Privatsektor oder der private Investor verpflichtet sich, für eine bestimmte Vertragsdauer so und so viel Wasser pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Wenn es durch die Regulierungsbehörde keinen effizienten Ressourcenschutz durch den Staat oder die Provinzregierung gibt, kann der private Investor die Verpflichtung nicht erfüllen.

Vor zwei Jahren gab es diese Katastrophe, als an der Theis das Rückhaltebecken einer Minengesellschaft gebrochen ist. Stellen sie sich vor, wir haben die vertragliche Verpflichtung, die Bevölkerung, die an dem Fluss Theis wohnt, mit Wasser zu versorgen, und die einzige Versorgungsquelle ist die Theis. Wo sollen wir das Wasser sonst hernehmen oder in der Zukunft. Die Sabe ist die Hauptversorgungsquelle für Belgrad. Belgrad steht zur Privatisierung an. Wenn es keine klare Regelung des Ressourcenschutzes durch Institutionen gibt, dann kann der Privatsektor diese Verpflichtung nicht erfüllen, denn er geht ein völlig unkalkulierbares Risiko ein, und aus diesem Grund steht auch in meinem dreidimensionalen Diagramm die absolute Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Privatsektor und den Entwicklungsorganisationen. Denn je schwächer oder je schlechter organisiert staatliche Organisationen oder Institutionen sind, um so zwanghafter ist hier eine Partnerschaft mit diesen supranationalen oder binationalen Organisationen (z. B. KfW), weil sie einfach Durchsetzungskraft haben.

Als letztes: Der Privatsektor hat nicht pauschal das Interesse, Fernleitungen, Tiefbohrungen oder was auch immer zu machen. Der erste Ansatz ist das Demand-Management und das war in der internationalen Ausschreibung für Montenegro der Grund, dass wir gegenüber den Franzosen gewonnen haben. Die Franzosen haben z. B. eine 150 km lange Fernleitung propagiert, weil sie natürlich ihre Bauindustrie damit bedienen wollten. Genau den gegenteiligen Ansatz haben wir. Bei 50 % Leckageverlusten kommen von 100 Litern vorne nur 50 Liter hinten an. Stellen Sie sich einfach diesen wirtschaftlichen Gewinn vor, wenn Sie durch effizientes Management und Leckagevermeidung das Problem besser lösen und gestalten können. Es ist das Entscheidende, das Verhalten der Verbraucher zu verändern und die Verteilungssysteme effizient zu gestalten. Da bietet die deutsche Wasserindustrie oder die deutsche High-Tech-Industrie beste Mittel über Sparsysteme, was auch immer. Darüber können wir immer noch reden.

Sachverständiger Dipl.-Ing. Antonio Pires: Ich möchte Prof. Dr. Alcamo noch zustimmen bezogen auf das, was gesagt wurde über Dürren. Wir haben das in der Sahel-Zone in den 60 – 70er Jahren erlebt und wissen wohl zu schätzen, wie groß

die Probleme bei einer Dürre für Ökosystem und Wasser sind. Gerade so bin ich auch einverstanden, was Sie gesagt haben über die Verdunstungsproblematik. Was die Fragen von den Kollegen über Tarife und Privatisierung betrifft, kann ich aus eigener Erfahrung aus Kap Verden berichten. Kap Verden ist sehr betroffen von Dürre, Wassermangel ist ein großes Problem und ich glaube, dass man alle Maßnahmen sehr differenziert angehen muss. Wichtig ist auch die Beteiligung der Bevölkerung. Man muss auch die traditionelle Erfahrung berücksichtigen. Bohrungen sind nicht einwandfrei risikolos organisierbar mit Dynamit usw.. Das kann viele Schäden im Ökosystem, an der Wasserquelle verursachen. Ich möchte dies nicht im Detail ausführen, aber ich bin vollkommen einverstanden mit Ihnen, dies ist ein Problem, auf das man achten muss. Die Gemeinde muss einbezogen werden bei der Bewusstseinsbildung, dass Kostbare zu schützen. Die Frauen, die Kinder, die wirklich unter Wassermangel am meisten leiden, müssen auch berücksichtigt werden. Ich glaube, man muss auch Fallstudien machen und sagen, was wir in der Wasserpolitik wollen. Erst einmal Bevölkerung, Bewässerung, Gemüsebau und Nahrungssicherungsprogramm sichern oder einseitig die Nahrung zu verbessern, aber man darf nie die Bevölkerung vergessen und die Zentralregierung muss dezentralisiert mit lokalen Gemeinden und politischen und anderen Institutionen zusammen arbeiten. Wichtig bei der Privatisierung ist, das man den sozialen Aspekt berücksichtigt und nicht nur rein kommerzielle oder wirtschaftliche Aspekte sieht. Vielen Dank.

Sachverständiger Dr. Manfred Konukiewitz: Schönen Dank. Ich spreche für das BMZ und möchte vor allen Dingen auf Ihre Frage, Herr Prof. Dr. Dr. Dolzer eingehen. Sie haben auf diese Lücke hingewiesen, die zwischen der Leistungsfähigkeit und Kapazität der deutschen Wasserwirtschaft einerseits und ihrer verhältnismäßig geringen Präsenz außerhalb Deutschlands besteht. Das ist völlig richtig; das ist auch schon seit einigen Jahren nun erkannt, sowohl von Seiten der Wasserwirtschaft wie auch von Seiten der Bundesregierung. Es hat intensive Gespräche gegeben, die zu einem Aktionskonzept der Wasserwirtschaft geführt haben, und diese Gespräche wurden von der Bundesregierung intensiv begleitet unter Federführung des BMWi. Andere Ministerien, wie das BMZ, waren ebenfalls beteiligt, und dieses Aktionskonzept hat einige Eckpunkte aufgestellt, die sowohl die Wasserwirtschaft selber angehen, was bei ihr verändert werden muss, wie auch Erwartungen an die öffentliche Hand. Ich kann für das BMZ sagen, dass das BMZ daraufhin reagiert hat und -

was den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit angeht - einen intensiven Dialog mit der deutschen Wasserwirtschaft aufgenommen hat. Wir haben zwei Veranstaltungen, zwei Dialogforen mit der deutschen Wasserwirtschaft durchgeführt mit dem Ziel, nicht nur die Schwachpunkte zu analysieren, sondern die Angebote für die Wasserwirtschaft zu verbessern. Als Ergebnis haben wir z. B. jetzt eine Versicherungsfazilität eingeführt, die es ermöglicht, dass deutsche Unternehmen Projekte vorbereiten und - sofern sie dann mit ihrem Angebot nicht zum Zuge kommen - einen Teil ihrer Vorlaufkosten auf diesem Versicherungswege erstattet bekommen können. Unsere Durchführungsorganisationen bieten Praktika für Mitarbeiter der Unternehmen an, Schnupperaufenthalte im Ausland. Wir haben angeboten, dass unsere Außenstruktur auch mit ihren Informationen über die Projekt-Pipelines in den diversen Ländern zur Verfügung steht. Wir führen weiterhin länderspezifische Informationsveranstaltungen zu Vorhaben im Wasserbereich durch - insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des städtischen Wasserbereiches - bzw. wir haben bereits und werden weiterhin entsprechende Veranstaltungen durchführen. Intensiv haben wir es z. B. zu Peru und Jordanien getan. Wir haben fernerhin auch Reisen der deutschen Wasserwirtschaft durchgeführt und vorbereitet, die auch dem Kennenlernen zwischen den Verantwortlichen in den Partnerländern und den Vertretern unserer deutschen Wasserwirtschaft dienen. Allerdings muss ich sagen - und das ist auch eine Erkenntnis dieser Dialogrunden gewesen, das steht auch im Aktionskonzept drin -, dass es erhebliche Strukturschwächen innerhalb der deutschen Wasserwirtschaft selber gibt, dass sie erst dabei ist, die wettbewerbsfähigen Komplettangebote für die notwendigen Strukturen zu entwickeln. D. h. ein wesentliches Hauptproblem dabei ist der Strukturwandel oder das Entwickeln wettbewerbsfähiger Angebote, die bisher durch die sehr kleinteilige Struktur der Wasserwirtschaft eher erschwert wurde, aber auch in der deutschen Wasserwirtschaft sehen sie natürlich entsprechende Bemühungen, etwa die Tatsache, dass der Vertreter von AquaMundo heute hier ist - er hat es selber dargestellt - ist der Versuch, über ein Konsortium verschiedene Angebote zusammenzuführen. Ein anderer Ansatz ist etwa, der Verein German Water, der vor allen Dingen nordrhein-westfälische Unternehmen im Wasserbereich mit dem Ziel zusammenführt, im Ausland stärker präsent zu sein und der auch von der Bundesregierung begleitet wird. Einen ganz anderen Ansatz haben wir ja gesehen durch die Akquisition von internationalen Unternehmen, die tätig sind. Diese Ansätze ergänzen sich, decken sich nicht unbedingt, aber sie

sehen, da ist einiges unterwegs. All das hat bisher noch nicht - das muss ich ja auch sagen - zu einer befriedigenden Präsenz geführt und aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit ist das natürlich auch besonders ärgerlich, wenn wir sehr viel Geld und sehr viele Bemühungen in unseren Partnerländern investieren, um die Regierung zu beraten und die sich dann tatsächlich zu einer Dezentralisierung entschließen und auch zum Einbeziehen privater Partner und dann am Ende bei der Ausschreibung kein deutscher Teilnehmer da ist. Dann ist das für uns in gewisser Weise ja nicht direkt peinlich, aber eine erklärungsbedürftige Situation. Von daher ist das auch auf Seiten der EZ ein Zustand, der noch weiter zu verändern ist.

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Dankeschön. Was die Frage angeht, wie die Vorschläge für die Schaffung eines Netzwerkes von Parlamentariern für Wasser aufgenommen wurde. Viele Mitglieder des europäischen Parlamentes haben positiv reagiert und im letzten Jahr haben wir im Juni zusammen mit diesen Parlamentariern das P-7-Gremium für Wasser - die ärmsten 7 Länder in Bezug auf Wasser - organisiert. Wasser als Menschenrecht wurde da propagiert, und es gibt eine Gruppe von Europaparlamentariern, die jetzt als Netzwerk aktiv werden. Dann wurde in Kanada, in Brasilien, Bangladesch und in anderen Ländern ähnliches getan und im Januar dieses Jahres wurde in Porto Alegre ein Weltforum von Parlamentariern veranstaltet. Mehr als 400 Parlamentarier aus unterschiedlichen Ländern (41 Ländern aus der ganzen Welt) haben sich dort zusammengefunden - zum Weltforum der Parlamentarier -, und einige der Vorschläge des Wassermanifestes wurden von ihnen unterstützt und sie haben klargestellt, dass sie in dieser Hinsicht tätig werden wollen. Wir hoffen, dass sich diese Reaktion dann zu wirklichen Schritten im Jahr 2002 in Johannesburg entwickelt. Dort hoffen wir, dass die Initiative ergriffen wird, eine Konferenz zu veranstalten, eine Art Weltparlamentarierforum zum Thema Wasser. Das wäre im Prinzip der erste Schritt zu einem globalen gemeinsamen Gut. Wir haben uns sehr darüber gefreut, und ich habe mich persönlich gefreut, dass ich heute hier eingeladen wurde. Einer der Vorschläge des Ausschusses für das globale Wasserforum war ja, in den nächsten Monaten zu sehen, ob wir in Johannesburg beim Erdgipfel auch ein Weltparlamentarierforum zum Thema Wasser veranstalten können.

Was die Preisbildung angeht, die im Buch „Wasser für alle“ angesprochen wird. Ich würde hier gerne drei verschiedene Ebenen oder Preisniveaus unterscheiden: Einmal gibt es das Preisniveau das Menschenrechtsniveau, d. h. die Kosten für die Bereitstellung von Wasser für alle Menschen auf der Welt - also Zugang zu Wasser, das qualitativ angemessen ist -, um 20 – 40 Liter für den Haushaltsgebrauch täglich zu garantieren und 100 m³ pro Jahr für alle Zwecke zusammen sicherzustellen. Ich denke, dieses Niveau, das ist das Niveau der Menschenrechte und der sozialen Rechte, und das sollte durch kollektive Finanzierung sichergestellt werden. Dann werden z. B. in Flandern, in Belgien in letzter Zeit Maßnahmen ergriffen, wo die Regierung beschlossen hat, die Bereitstellung von 15 m³ pro Person pro Jahr kostenfrei sicherzustellen und das mit Haushaltsmitteln zu finanzieren. Es gibt auch ähnliche Maßnahmen in Portugal und in Montreal. In Montreal hat jeder Zugang zu 20 Liter Wasser täglich, ohne dass das mit irgendwelchen Gebühren oder Kosten verbunden ist, und hier wird der Verbrauch auch nicht gemessen. In Walonien wird jetzt eine Maßnahme eingeführt, wo 50 Liter pro Tag von der regionalen Verwaltung übernommen werden. Der Haushalt bezahlt das unter bestimmten Bedingungen, d. h. wenn es um die wirtschaftlich Schwachen und ihren Zugang zum Wasser geht, gibt es verschiedene Ansätze, und es gibt auch immer Erfahrungen, basierend auf dem Prinzip, dass der Zugang zum Wasser in ausreichender Menge und Qualität eben nicht abhängig sein soll von Marktpreisen, sondern dass hier kollektive Preise, kollektive Finanzierungssysteme der Gemeinschaft greifen sollen.

Eine andere Geschichte sind die 1000 m³ Wasser für alle Zwecke pro Verbraucher. Hier gibt es verschiedene Techniken, die man einsetzen könnte, differenziert nach den Ländern und ihrem Entwicklungsniveau. Natürlich kann man sich vorstellen, dass die verschiedenen Nutzer in den entwickelten Ländern mehr Beiträge leisten sollten, als die Nutzer in Afrika und Lateinamerika. 11 % der Weltbevölkerung in unseren entwickelten Ländern repräsentieren 80 % des Weltbruttosozialproduktes. 88 % des globalen Verbrauchs vertreten wir ebenfalls. Das sollten wir einfach mal zugeben. Deswegen müssen wir auch eine Verantwortung übernehmen, und wir müssen bezahlen, wir müssen das finanzieren. Deswegen glaube ich, dass Dr. Neubert Recht hat, wenn sie sagt, wir müssen hier keine politische Wasserwirtschaft mehr erfinden, und ich stimme auch mit denen überein, die sagen, wir müssen die Finanzierung diskutieren. Finanzierung ist ein wichtiges Problem, ein wichtiges Thema. Wir müssen ein neues Finanzierungskonzept in der Gesellschaft erfinden,

dass das Recht auf Leben finanziert. Das ist ein Forschungsgebiet, wo die Biologen, wo die Ernährungswissenschaftler, wo die Chemiker und wo die Physiker und die Ingenieure, Wirtschaftswissenschaftler und Politologen alle zusammenarbeiten können.

Das zweite Niveau der Preisgestaltung ist die Nachhaltigkeit. Ich denke, hier sollten wir nicht weiter das Verursacherprinzip unterstützen. Es gibt hier unterschiedlichste Wasserverbrauchsniveaus, die man nicht akzeptieren kann, und deswegen ist der zweite Schritt oder die zweite Ebene der Preisbildung in Bezug auf die Nachhaltigkeit zu sehen. Ich denke, nachhaltiger Wasserverbrauch sollte auch wiederum ein Anreiz sein, mehr Wasser zu verbrauchen. Wenn das nachhaltig ist, gibt es da kein Problem mit. Es geht hier nicht um die Wassermenge, die man verbraucht, es ist die Art des Verbrauches, die hier eine Rolle spielt. Wenn das eine nachhaltige Verbrauchsart ist, können sie machen, was sie wollen. Wenn es nicht nachhaltig ist, dann sollte nicht mal mehr einen Liter zulässig sein. Das ist ja das Grundprinzip, wenn sie jemanden lieben, dann sollten sie großzügig sein; wenn sie etwas hassen, dann machen sie es gar nicht, und ich denke, das ist das Grundprinzip menschlichen Verhaltens, und das ist auch hier ganz nützlich. Ich denke, auf dieser zweiten Ebene müssen wir die Nachhaltigkeit betrachten, und auf der dritten Ebene dann die einfachen Verbote und die Missbrauchseinschränkung oder -verhinderung. Das sind im Prinzip die drei Ebenen der Preisbildung, die wir betrachten müssen. Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Missbrauch. Privatisierung ist dann meiner Ansicht nach in diesem Zusammenhang nicht die Lösung. Ich habe die französischen, die britischen Ansätze und Erfahrungen untersucht. Dann verfolge ich die kanadische Debatte zwischen Kanada und den verschiedenen Provinzen der Vereinigten Staaten. Ich habe die Situation in Buenos Aires, Bolivien und in Malida untersucht und bei all diesen Beispielen der Privatisierung sieht man, dass die Privatisierung, wenn sie nicht ausgeglichen ist, nicht angewendet werden sollte. Warum Privatisierung? Sie verzerrt den Wettbewerb. In allen Bereichen dort gibt es keinen wirklichen Wettbewerb, hier werden neue Monopole transferiert, lokale oder Oligopole auf internationaler oder nationaler Ebene. Hier gibt es eine Verzerrung der Entwicklungsprioritäten, und hier gibt es keine wirkliche Quersubventionierung, sondern eine Mystifizierung und Verzerrung der Preise in Bezug auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Hier gibt es auch Vorurteile in Bezug auf Finanzierung. Privatisierung bedeutet nicht, dass Privatkapital investiert, Privatisierung bedeutet, dass Privatkapital Gewinne macht

aufgrund von öffentlichen Investitionen, vor allen Dingen durch solche Managementgebühren. Privatisierung bedeutet überall Preisanstieg. Privatisierung bedeutet überall, dass enorme Leistungsmängel zu sehen sind. Es werden Leistungen eingeschränkt im Vergleich zur früheren Situation; man sieht das auch in Frankreich. Ich denke, man muss hier eine groß angelegte Debatte haben. Wir sollten dies auf nationaler, europäischer und globaler Ebene debattieren und es nicht einfach hinnehmen, dass diese Trends unvermeidbar sind, dass Privatisierung kommen muss. Ich denke, es gibt keine empirischen und wissenschaftlichen Nachweise, dass der optimale Beitrag, in Bezug auf den Zugang zu einem Recht auf Leben für alle, in der Privatisierung liegt.

Sachverständiger Achim Steiner: Ich möchte kurz die Frage der Konkretisierung aufgreifen. Einige der Redner brachten dieses Thema auf. Inwiefern lassen sich in diesem Sektor, ich glaube, Herr Prof. Dr. Dolzer sagte es, konkrete Zielsetzungen festlegen. Nun gibt es auch konkrete Beispiele, ich glaube Herr Prof. Dr. Nuscheler nannte die Frage, wo gibt es in der Praxis diese Ziele, vor allem auch die, die Prof. Dr. Petrella gerade noch einmal genannt hat, nämlich die gleichwohl abstrakteren, aber im Grunde zentralen Ziele der Wasserversorgung.

Wir sind der Überzeugung, dass es sehr wohl konkrete Zielsetzungen gibt. Wasser ist ein sehr einfaches Medium; es ist quantitativ absolut erfassbar, leichter als in vielen anderen Sektoren in umweltpolitischen Bereichen, mit denen wir uns befassen. Sie können den Wasserverbrauch absolut bis auf den letzten m³ feststellen, sie können heute auch die Effizienz der Bewässerungssysteme absolut feststellen. Wir wissen, was eine Effizienzsteigerung bedeutet, was sie kostet und auch wie sie durchgeführt werden kann. Wir haben auch das ökonomische Instrumentarium; vorhin wurde das Demand Side Management genannt. Wir wissen genau, was die Preiselastizität von Wasserversorgung ist, auch bei unseren Verbrauchern und bei Konsumenten. Also es heißt, es gibt kein Problem, konkrete Zielsetzungen und Zielvorgaben zu machen. Das Problem liegt mehr in der Akzeptanz, und auch in der Akzeptanz letztlich des erweiterten Begriffes eines wahren Preises für Wasser. Damit komme ich auf die Frage, glaube ich, von Herrn Dr. Brühl zurück. Wie setzt sich eigentlich der Preis zusammen? Ich stimme absolut mit Prof. Dr. Petrella überein; es ist nicht eine Frage des rein marktwirtschaftlichen Instrumentariums. Sie können ein Grundrecht - ein Überlebensmedium wie Wasser - nicht nur mit marktwirtschaftlichen

Instrumentarien bearbeiten, d. h. wir haben einen Ausgangspunkt, bei dem die grundsätzliche Wasserversorgung als Menschenrecht gesichert werden muss und die Gesellschaft als Gesamtheit diesen Preis tragen muss. Zum Zweiten haben wir ein ökologisches, ich würde es fast Versicherungskonzept nennen. Wenn wir unsere Feuchtgebiete, unsere Flusssysteme, unsere Wassereinzugsgebiete nicht in einem strategischen Kontext managen und auch sichern, dann tragen letztendlich die gesellschaftlichen Steuerzahler den Preis für individuell angeeignete Vorteile, d. h. auch da müssen wir bei der Preisfestsetzung einen gewissen öffentlichen Beitrag akzeptieren. D. h. aber nicht, dass marktwirtschaftliche Prinzipien - vor allem unter dem Gesichtspunkt Effizienz bei der Bereitstellung und auch bei der Aufarbeitung von Wasser - nicht nützlich sind. Letztlich ist auch die Bereitschaft des Konsumenten - und hier sind wir wieder bei der Preiselastizität - ein wichtiger Indikator dafür. Wir glauben, dass vor allem die Arbeit, die im Augenblick von der Europäischen Union im Rahmen ihrer Wasserrahmenrichtlinie gemacht worden ist, ein wegweisendes Beispiel ist, wie man konkret bei der Festsetzung von einem integrierten Preisverständnis Fortschritte gemacht hat. Es ist nicht das letzte Wort, aber es ist sicherlich im Rahmen der Zusammenführung der Forschung, Frau Schmidt nannte es vorhin, wie auch der Praxis eines der wegweisenden Beispiele, die wir im Augenblick in der Diskussion sehen.

Ich möchte auch noch einmal auf die Frage nach einem konkreten Beispiel zurückkommen. Es gibt tausende Beispiele von der Anwendung des grundsätzlichen Menschenrechts auf Wasser bis hin zu der Preismanipulation, um den Endverbrauch zu beeinflussen. In Chile wurde das System Wassermarken eingeführt – Waterstands –. Damit hat die chilenische Regierung zu einem Zeitpunkt, als die Stärke der Landeswährung als Orientierungsinstrumentarium verfolgt wurde, sichergestellt oder versucht sicher zu stellen, dass die sozial gefährdetsten Gruppen ein garantiertes Zugangsrecht zu Wasser haben. Südafrika hat vor ca. 10 Wochen ein neues System eingeführt - gegen den Widerstand der Weltbank - nämlich 6.000 Liter Wasser pro Monat jedem Haushalt im Land frei zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für diese Zurverfügungstellung - letztlich ein Grundrecht - werden getragen von den größten Verbrauchern im Wassersystem, zu einem Preis, der ihnen fast gar nicht den Wasserverbrauch teurer macht, sondern einfach als eine Art grundsätzliche gesellschaftliche Solidarität. Es wird durchgeführt. Es wurde gesetzlich verankert, es wird vom Department for Wateraffairs umgesetzt, und wir werden sehen, inwiefern es

eine Gesamtdeckung in diesem Bereich erreichen kann. Ein anderes Beispiel: In Costa Rica zahlen seit einigen Jahren Wasserversorgungsunternehmen den Gemeinden in den oberen Flusseinzugsgebieten eine Grundgebühr als ganz einfache Kosten-Nutzen-Relation, weil, wenn diese Gemeinden die Wassereinzugsgebiete effizient schützen und managen, dieses für die Wasserversorgungsunternehmen flussabwärts ganz konkrete wirtschaftliche Vorteile schafft. Auch hier ein ganz klares praktisches Beispiel von einer Solidargemeinschaft zwischen Versorgungsunternehmen und letztlich den Verwaltern einer gesellschaftlichen Ressource. Aber es ist nicht nur entwicklungsländerorientiert: Auch New York hatte vor einigen Jahren die große Entscheidung zu treffen, ob sie einen neuen Staudamm mitfinanzieren, um die Wasserversorgung sicherzustellen, oder in die Wassereinzugsgebiete - in die Watersheds - oberhalb von New York zu investieren; und hier geht es um Milliardenbeträge. Die Entscheidung war eindeutig auf Grund ökonomischer Erwägungen, in die Wassereinzugsgebiete zu investieren und nicht einen neuen Staudamm zu bauen und gleichzeitig ein Programm zur Verminderung des Verbrauchs von Wasser durch Konsumenten in New York zu betreiben. Ganz konkretes Beispiel: 52.000 Haushalte mussten die Behälter für ihre Toilettenspülung auswechseln; das wurde subventioniert und damit wurde ein ganz konkreter Wasserverbrauch reduziert.

Ich möchte noch ganz kurz auf das Thema Privatisierung eingehen. Ich habe mit großem Interesse der KfW zugehört und auch den Ausführung von Herrn Dr. Konukiewitz. Ich schließe mich nicht den grundsätzlichen Schlussfolgerung von Herrn Prof. Dr. Petrella an, und ich sage ganz offen, weil wir noch nicht und ich persönlich auch nicht den Überblick habe, den er vielleicht inzwischen hat. Was wir aber ganz konkret auch im IUCN sagen, ist, dass die Darstellung eines Paradigmenwechsels eine Fehlinterpretation der gegenwärtigen Situation ist. Wir können nicht die Wasserversorgung oder die Diskussion um Wasserversorgung unter dem Primat entweder öffentliche oder private Versorgung durchführen; dies ist eine absolute Illusion. Ich möchte nur darauf verweisen, dass über 80 oder 90 % der privaten Kapitaltransferinvestitionen lediglich 10 Ländern in der Entwicklungswelt zugute kommen, d. h., was machen wir eigentlich mit den anderen Ländern. Diese sozusagen Heranziehung des Privatsektors als globale Lösungsmöglichkeit kann allein unter dieser, zumindest im Augenblick bestehenden Situation, nicht angewandt werden. Zweitens: Der Privatsektor kann den öffentlichen Sektor nicht ersetzen, weil

er gar nicht die Bereitschaft hat, die Risiken zu tragen, die in einem solchen öffentlichen Versorgungssystem entstehen, und das Beispiel habe ich in den letzten drei Jahren konkret in der Staudammdebatte erlebt. Die Weltbank, die öffentlichen Entwicklungshilfegelder haben sich alle substantiell aus der Finanzierung von Staudämmen zurückgezogen, und viele haben erwartet, dass der Privatsektor nun mit seinen Investitionen in diesen Sektor hineingeht. Es ist überhaupt nicht der Falle. 20 Jahre Zeithorizont sind für private Unternehmen ein viel zu hohes Risiko. Der Widerstand in der Gesellschaft bei diesen Themen schafft ein Risikopotential, das ohne öffentliche Beteiligung nicht stattfindet. D. h., es geht nicht um öffentliche Versorgung, wer und was ist Privatisierung, sondern es geht im Rahmen der öffentlichen und rechtlichen - auch verfassungsrechtlichen - Sicherung der Grundrechte bei Wasserversorgung und Management darum, das Element der Effizienz, dass der Privatsektor in vielen Fällen ohne Zweifel mit beitragen kann, auch zu nutzen, aber nicht für einen Paradigmenwechsel. Davor würden wir sehr warnen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Dankeschön, Frau Dr. Neubert bitte.

Sachverständige Dr. Susanne Neubert: Ich möchte als Erstes auf die Frage von Herrn Prof. Dr. Dr. Dolzer eingehen. Sie hatten gefragt, ob eine Zielsetzung und Programmzielsetzung wohl sinnvoll wäre in Bezug auf zu erreichende Ziele in bestimmten Zeitabständen. Ich denke das ist vielleicht schon hilfreich für Länder, die sich als Geberländer verstehen, aber es wird letzten Endes natürlich überhaupt nicht ausreichen für die Konzeptionierung, denn wie sie selber sagten, die Problematiken sind sehr unterschiedlich regionenbezogen. Z. B. haben wir den Nahen Osten, der technologisch sehr weit entwickelt ist, ein mittleres Einkommen und einen sehr hohen Urbanisierungsgrad aufweist. Da würde das wahrscheinlich zutreffen, Mehrfachnutzung von Wasser und Recyclingsysteme etc. aufzubauen. Nun haben wir z. B. die Sahel-Zone, wo es darum geht, Böden zu meliorieren, Grundmelioration durchzuführen, Erosionsschutz zu betreiben, Versickerung sicherzustellen und Landnutzungssysteme zu planen. Es sind eigentlich völlig andere Fragestellungen, die da im Zentrum stehen. Man kann dem nur gerecht werden, wenn man das auch genau darauf bezieht. Ein Punkt ist bei der Programmzielplanung auch sehr wichtig:

Man muss die Dinge partizipativ planen, und das kann man nicht, wenn man sich so pauschale Ziele setzt oder das ist dann wenig hilfreich, sondern das geht eigentlich nur, wenn es spezifischer gemacht wird.

Jetzt kurz zu Frau Schmidts Anmerkungen: Ja, es gibt Modelle, wie man diesen freien Wasseroberflächen zur Minimierung der Verdunstung bei Dämmen bekommen könnte, aber das kann nur relevant werden für kleine Dämme. Zum Beispiel in Jordanien gibt es unzählige Dämme, die in Wadis Wasser stauen, und da könnte man z. B. auch Bodenkörper hernehmen, die gesättigt sind und denen man Wasser entnimmt und die wesentlich weniger verdunsten. Ob das realistisch ist, kann ich jetzt nicht sagen, aber Überlegungen in diese Richtung gibt es. Die Verdunstung bzw. diese Wassermenge verbleibt dennoch im Wasserkreislauf. Allerdings halt nicht mehr kontrollierbar, und deshalb geht es darum: Wie kann ich es in dem Moment, wo es als Süßwasser vorliegt, am besten nutzen? Es regnet ja wieder ab als Süßwasser, wenn es über dem Meer ist. Den Forschungsbedarf, was Versalzung und Entsalzung angeht, was Sie auch gesagt hatten, sehe ich insbesondere auch bei der Umweltverschmutzung, die durch die Entsalzungsanlagen sehr groß ist. Man kann Entsalzungsanlagen vorschlagen als Lösung für Tourismus, für Hotels, für solche kleinen Inseln etc., das ist möglich, aber zur Bewässerung ist es vollkommener Wahnsinn, diesen Wasserbedarf kann man nicht über Entsalzungsanlagen decken. Da müssen ganz andere Systeme her.

Zu Herrn Prof. Dr. Nuschellers Frage zum Thema Quersubventionierung: Solche Systeme gibt es. In der Sub-Sahara in Afrika gibt es ganz viel. Da gibt es progressiv ansteigende Wassertarife; die, die viel verbrauchen, bezahlen viel mehr pro Liter als die, die wenig verbrauchen. Der einzige Kritikpunkt ist, dass diese Haushalte, die sehr von Armut betroffen sind, auch Haushalte sind, die sehr groß sind und theoretisch auch mehr Wasser verbrauchen. Also müsste man da das Umlegen einfach auf den pro Kopf-Verbrauch beziehen. Dann wäre im Prinzip das Problem gelöst. Solche Tarifsysteme sind natürlich ohne weiteres machbar. In der Landwirtschaft ist es viel schwieriger, denn die Allokationsentscheidung der Landwirte, welche Kulturen sie anbauen, die kann heute im Zuge der Liberalisierung der Weltmärkte eben nicht mehr oder längst nicht über das Wasser passieren, weil der Landwirt darauf achten muss, was er exportieren kann. Er schaut nicht darauf, ob er jetzt Bananen anbaut oder etwas, was viel Wasser verbraucht; da müssten die Preise ganz anders steigen.

Sie müssten verzehnfacht, verzwanzigfacht werden, damit die Allokationsent-

scheidung der Landwirte auf den Wasserverbrauch gerichtet ist. Das ist eine Entscheidung, ob man das will, ob man den ländlichen Raum marginalisieren will, indem man die Landwirte sozusagen mit diesen Preisen kaputt macht. Ich denke, der ländliche Raum ist nicht nur ein Raum, der irgendwie entvölkert existieren sollte, sondern das muss auch ein lebendiger Raum bleiben, und die Landwirtschaft ist natürlich das Rückgrat, das wirtschaftliche Rückgrat von diesem ländlichen Raum, so dass ich nicht denke, dass man über diesen baren Wasserpreis, der müsste wie gesagt verzehnfacht werden, tatsächlich das Problem lösen könnte.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Dankeschön, Herr Dr. Bichmann bitte.

Sachverständiger Dr. Wolfgang Bichmann: Ich möchte die Diskussion fortführen, die meine beiden Vorredner schon angerissen haben. Ich glaube, es ist ein generell wichtiges Statement, dass Privatisierung versus öffentliche Bereitstellung heute nirgendwo mehr in dieser Alternative ernsthaft diskutiert wird. Nicht zuletzt deshalb spricht man heute von Beteiligung des Privatsektors, weil es natürlich auch Effizienzüberlegungen sind. Warum muss denn alles subventioniert werden, wenn man unter dem Primat der Armutsbekämpfung die Armen als Zielgruppe erreichen will. Damit kommen wir zu der Frage von Prof. Dr. Nuscheler: Quersubventionierung war bei uns in der Vergangenheit ein wichtiges Thema. Das kann man in manchen Ländern auch über eine Wohngebietsanalyse machen. Eine kleine soziale Vorstudie ergibt, wo die Armen wohnen, und in dem Gebiet kann man billigere Tarife machen, die von anderen quersubventioniert werden - generell geht es natürlich. Die Debatte in der letzten Zeit läuft doch stark darauf hinaus, dass man wegkommen sollte von der Subventionierung auf so einer generellen Ebene und mehr zu einer zielgruppenspezifischen Unterstützung, und wir haben auch diese, wir nennen das Blocktarife, in einigen Gegenden eingeführt, wo die erste Menge Wasser zum niedrigen Tarif und die weitere Menge dann zum höheren Tarif abgegeben wird. Es gibt aber in letzter Zeit Diskussionen, die u.a. von der Weltbank mit initiiert worden sind, dass ein stärkeres Targeting, d. h. von der Quersubventionierung, die in der Praxis nicht so gut funktioniert, sinnvoll wäre. Ich denke, diese Diskussion geht weiter und da besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf auf der Managementebene. Privatisierung als Risikosharing und als Nutzung von zusätzlichen Ressourcen, die zur

Verfügung stehen. Da ergibt sich natürlich, dass das nicht dem Privatsektor allein überlassen bleibt, sondern dass es sich immer um eine politische Entscheidung und politische Willensbildung in jedem Land handelt, in welchem Umfang und wie die Privatisierung durchgeführt wird. Wir hatten in dem Beispiel mit den ländlichen Wasserversorgungen gezeigt, dass mit der Dezentralisierung auch eine Nutzerbeteiligung, Verbraucherbeteiligung stärker möglich wird, die ihrerseits wieder auch eine Wirkung auf Anbieter haben kann. Mit den Public-Private-Partnership-Modellen im Wasserbereich, wenn es sich um Managementverträge handelt, ist sehr häufig auch ein leistungsbezogenes Entgelt vereinbar, das z. B. die Reduzierung von Leckagen zu einer überproportionalen Steigerung der möglichen Erträge des privaten Betreibers führt. Der Betreiber setzt seine Preise nicht unbedingt unabhängig, sondern es kommt darauf an, dass eine entsprechende Regulierungsinstanz initiiert wird. Nun war gefragt worden: Warum soll das nun gerade in schwachen Staaten funktionieren? Da muss man einfach sehen, dass in den schwachen Staaten auch die öffentliche Verwaltung schwach und ineffizient ist und es unter Umständen sein kann, dass im Rahmen einer mit Geberunterstützung durchgeführten Armutsbekämpfungsstrategie sinnvolle Konzeptionen entwickelt werden, die durch Verbesserung in der Wasserversorgung erreicht werden können.

Ein letztes Wort zu diesen strategischen Entwicklungen. Wasserversorgung, Forderung oder auch Sinnhaftigkeit des Rückzuges des Staates aus Funktionen, die er als Dienstleister nicht unbedingt selber anbieten muss, das haben wir in einer ganzen Reihe von sozialen Sektoren und dafür gibt es, leider könnte man sagen, bisher noch keine Blue Prints, sondern nur einige Best-Practice-Ansätze. Auch da gibt es wieder die Forderung, solche Sachen weiter zu verfolgen und auch durch eine Begleitforschung entsprechend abzusichern, um die Ergebnisse hinterher nutzbar einzusetzen. Regulierungssystementwicklung kann durch technische Beratung gemacht werden, wie es in der deutschen EZ funktioniert. Wichtig ist, dass wir da sogenannte Transaction-Advisors haben, die die Regierung beraten sollten, wie möglichst unabhängig im Sinne der gewünschten Ziele agiert werden kann. Da sollte eine Unabhängigkeit gegeben sein. Das führt dann zu dem Vorschlag: Kann man nicht die Wasserversorgung auch im Rahmen von internationalen Zielen umsetzen? Insgesamt kann man feststellen, dass zur Zeit so eine Art Window of Opportunity da ist, wo die großen Geber, die internationalen Finanzierungsinstitutionen sich auf eine einheitlichere Vorgehensweise und eine mögliche Harmonisierung ihrer Ansatzweise

festgelegt haben. Im Bezug auf die Umwelt ist unter den internationalen Entwicklungszielen auch die Wasserversorgung angesprochen. Das kann man verbessern. Dazu ist es nötig, sie in internationalen Foren auch down to the earth in kleinen targets zu diskutieren und das zu vereinbaren. Dann sind die Finanzierungsentscheidungen dem unterzuordnen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich wollte jetzt die Sitzung schließen, aber noch ein paar technische Bemerkungen machen. Wir wollen pünktlich um 14.00 Uhr wieder beginnen. Wir hatten vorgesehen, von einigen eingeladenen Sachverständigen noch etwas zum Thema Salzwasser zu hören; da werde ich aber nicht alle aufrufen, sondern lediglich pauschal fragen, wer dazu dringend etwas sagen möchte. Ggf. kann man das auch noch schriftlich nachreichen. Hingegen sollten wir den verbleibenden Teil der Zeit hauptsächlich auf die vertiefende Diskussion der zur Verfügung stehenden Instrumente verwenden, denn das ist dasjenige, das uns ggf. auch noch weiter führt. Damit haben wir ja jetzt schon angefangen.

13.00 – 14.00 Uhr Mittagspause

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Man hat mich gebeten, drüben im Nachbargebäude an einem feierlichen Mittagessen mit den vorhin schon einmal genannten OECD-Vertretern teilzunehmen, aber auch darum, die Sitzung alsbald wieder zu eröffnen. Jetzt mache ich aber eine kleine Kunstpause von einer halben Minute, um einigen, die draußen warten, die Gelegenheit zu geben, hereinzukommen. Wie vorhin angekündigt, machen wir jetzt weiter mit unserer Anhörung und wie ich bereits vor der Pause angekündigt habe, werde ich nunmehr pauschal die hier eingeladenen Experten bitten, zu der Frage des Salzwasserschutzes, also des Meeresschutzes, das zu sagen, was sie uns gerne mitteilen wollen. Ich möchte gleichzeitig auch darum bitten, dass diejenigen, die ihre Aussagen schriftlich gemacht haben oder noch schriftlich machen können, dann entsprechend ihre mündlichen Beiträge so zu verkürzen, dass wir uns dann auf die Instrumentenfrage konzentrieren, die uns am Vormittag erheblich beschäftigt hat.

Darf ich erst einmal nach links fragen: Möchte jemand etwas zum Thema Ozeane - Salzwasser sagen? Darf ich nach rechts fragen, möchte jemand? Es ist mir schon klar, dass die Ozeanverschmutzung letztlich vom Land ausgeht und nicht vom Meer. Insofern ist es durchaus miteinander im Zusammenhang, aber ich möchte trotzdem bitten, das Thema jetzt nicht zu stark auszuweiten. Wenn aber jemand dazu etwas wichtiges zu sagen hat, wird ihm keinesfalls das Wort abgeschnitten. Während man vielleicht noch darüber reflektiert, ob man doch etwas sagen möchte, Prof. Dr. Petrella tut das, möchte ich bei der Gelegenheit Frau Schmitz vom BGW begrüßen, von der wir ein Papier ausgelegt haben über die Position des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft zu unserer Sitzung. Ich möchte gleichzeitig bei Ihnen um Entschuldigung bitten, dass wir Sie nicht extra eingeladen haben; aber ich heiße Sie jedenfalls hier herzlich willkommen. Riccardo bitte:

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Ich bin kein Experte für die Entsalzung und auch nicht für die Weltmeere, aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken. Ich habe das in Israel gelernt. Es scheint, dass Israel die Entwicklung der Entsalzungsanlagen als eins der drei strategischen Schwerpunkte einbezogen hat, um Süßwasser sicherzustellen, und ich habe erfahren, dass in den letzten Monaten die Entsalzungsstrategie jetzt wieder über Bord geworfen werden soll. Der Grund dafür ist die strategische Verletzbarkeit der Entsalzungsanlagen. Sie denken jetzt eher daran, Wasser von der Türkei zu kaufen, und es ist ihnen inzwischen lieber, Wasser von der Türkei zu kaufen, als ihre eigenen Wasserent- salzungsanlagen weiter zu entwickeln. Ich weiß nicht, ob Sie mehr darüber wissen, wenn ja, dann würde es mich sehr interessieren, zu wissen, ob meine Informationen stimmen, denn es ist ein schönes Bild der möglichen strategischen Diskussion der Zukunft.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ist jemand im Raum, der auf diese sehr spannende Frage eine Antwort geben kann. Ich kann da nur sehr spontan darauf reagieren, da ich natürlich die Anfälligkeit von Infrastrukturinstallationen gegenüber Terrorismus und Kriegseinwirkung oder auch Erdbeben oder was es alles geben mag, für eine der ganz wichtigen politischen Fragen in unserem Zusammenhang halte. Dieses kann man sehr wohl auch gegenüber großen Staudämmen ins Feld führen, und von daher würde ich sagen:

Wir behalten die Frage im Hinterkopf, beantworten sie aber im Moment nicht weiter. Gut, dann würde ich nunmehr vorschlagen, dass wir übergehen zu dem, was ich genannt habe: Eine vertiefende Diskussion der zur Verfügung stehenden Instrumente, z. B. ökonomische Instrumente zur Sicherstellung eines Rechtes auf Wasser unter Einbeziehung finanzieller und entwicklungspolitischer Aspekte. Wir könnten über die globale Politik sprechen, über eine mögliche Welt-Wasser-Charta, über eine Wasserrahmenkonvention oder einen umfassenden Weltwasservertrag, und wir können sprechen über die Herausforderungen an die deutsche Politik angesichts dieser möglichen Perspektiven. Ich würde von mir aus, insbesondere zu dem vorletzt genannten Punkt, Welt-Wasser-Charta oder Rahmenkonventionen für einen umfassenden Weltwasservertrag, die Diskussion unter anderem an Prof. Dr. Petrella richten, kann aber gerne auch dazu einladen, dass wir die vor der Pause begonnene Diskussion über ein optimales Preisregime fortsetzen, denn das scheint ja eine der wichtigsten Fragen zu sein, wie man Preise so macht, dass der Privatsektor, für den u.a. Herr Dr. Richter hier ist, ein wirkliches Interesse an Investitionen in die Zurverfügungstellung und auch Reinigung von Wasser hat und trotzdem die weniger begüterten Teile der Bevölkerung darunter nicht zu leiden haben.

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Kann ich Sie bitten, in die Diskussion einzutreten mit Ihren Bemerkungen zur Wasser-Charta z. B. Es ist mein Eindruck, dass in den letzten Jahren zunehmend verschiedene Gruppen und sogar Institutionen die Idee entwickelt haben, so etwas zu erstellen wie eine Rahmenkonvention, einen Wasservertrag oder eine Charta. Es gibt immer mehr Impulse in diese Richtung. Der letzte Schritt in diese Richtung ist eine Entscheidung des schweizerischen Parlamentes gewesen. Am 21. Januar 2001 hat das Parlament in der Schweiz eine Entscheidung angenommen und die schweizerische Regierung aufgefordert, in den verschiedenen internationalen Foren den Vorschlag zu propagieren bzw. zu unterstützen, eine integrierte kohärente Wasserkonvention zu entwickeln. Es ist interessant zu sehen, dass das in der Schweiz passiert, und ich hätte hier eine Frage: Wenn wir 15 oder 12 oder 10 Parlamente in der Welt hätten, die eine ähnliche Entscheidung annehmen, könnte man etwas damit anfangen, oder glauben wir nicht, dass die Parlamente das entsprechende Gewicht haben, um die Entwicklungspolitik in unserer Welt so steuern zu können? Eine Weltwasser-Charta sollte, meiner Meinung nach, fünf Hauptziele verfolgen:

1. Anzuerkennen, dass das Wasser das gemeinsame Erbe der Menschheit darstellt. Wie wir heute früh gesagt haben: Die politische Ökonomie des Wassers ist auch eine gemeinsame Angelegenheit der Menschheit und in diese Richtung sollten wir gemeinsam gehen.
2. Sollte es zu den Grundsätzen der Chartas gehören, dass der Zugang zu Wasser ein menschliches, gesellschaftliches und auch persönliches Recht darstellt. Das würde natürlich sehr viel implizieren, und das ist sehr wichtig, sage ich mal, für die Visionen, die wir vielleicht entwickeln könnten. Denn wir haben in den letzten Jahren eine Verlagerung beobachten können, von der Zivilisierung der Rechte bis hin zu den Zivilisierungen der Bedürfnisse. Das bedeutet, dass wir gemeinsam unsere Gesellschaft vielleicht ändern wollen, weg von der Vorstellung, dass alles ein Wirtschaftsgut darstellt. Wenn das der Fall ist, dann wollen wir vielleicht unsere Bedürfnisse gemeinsam als Zivilisation bewältigen und das bedeutet, dass wir uns ein bisschen weg bewegen von der Zivilisation der Rechte. Wasser ist natürlich kein Wirtschaftsgut in dem Sinne, aber der Zugang zu Wasser ist ein Recht und wenn das der Fall ist, sollte man diesen Geist der Zivilisation der Weltkultur fördern. Wichtiger ist die Menschenwürde, die gesellschaftliche Dimension unseres Lebens.
3. Die Finanzierung dieser Einsicht, dass das Wasser das gemeinsame Erbe der Menschheit darstellt und dass der Zugang zu Wasser ein globales, gesellschaftliches und persönliches Recht darstellt, bedeutet, dass wir gemeinsam die Verantwortung dafür zu tragen haben. Wir müssen beweisen, dass wir politisch in der Lage sind, Innovationen in Bewegung zu setzen. Da muss man fragen, was ist die globale Kollektivität, wer ist die Menschheit? Die Menschheit wird heutzutage noch nicht als politisches Subjekt anerkannt. Wir erkennen die Nationalstaaten als politische Subjekte an, auch multinationale Unternehmen und NRO, aber nicht die Menschheit. Das heißt: Wenn wir ein globales Finanzierungssystem erstellen wollen, müssen wir juristisch und politisch die Menschheit als Subjekt anerkennen, und ich glaube, das betrifft die politische Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaften. Das müssen wir sowohl rechtlich als auch gesellschaftspolitisch machen, und wenn wir das machen, wenn wir anerkennen, dass das Wasser der Menschheit gehört, dann wird die Menschheit zum Subjekt. Wenn wir das nicht tun, wenn wir das nicht anerkennen, dann ist das alles bla bla.

4. Deswegen müssen wir die demokratischen Kriterien, die Strukturen neu erfinden, d. h. die demokratischen Formen, die wir haben. Die Demokratie ist wichtig, vor allem, wenn wir immer mehr mit globalen Situationen zu tun haben, denn auf der globalen Bühne haben wir nicht die Demokratieformen, die wir brauchen. Wir haben starke Regierungen, aber je mehr wir in diese Richtung gehen, desto mehr Demokratie brauchen wir. Ansonsten werden wir es mit Oligopolen und mit neuen Imperien, mit neuen Reichen zu tun haben. Deswegen ist das hegemonische Auftreten der Vereinigten Staaten heutzutage, wenn man so will, ein Vorge-schmack auf das, was sich in der Zukunft immer mehr entwickeln könnte. Deswegen brauchen wir ein globales Wasserparlament.
5. Der fünfte Grundsatz eines solchen Wasservertrages oder Abkommens müsste darin bestehen, Frieden zu gewährleisten. Unsere Gesellschaften rufen den Ein-druck hervor, dass wir nicht an den Frieden glauben, und das Wasser ist ein gutes Beispiel für die Tatsache, dass wir nicht davon ausgehen, dass wir als Gesellschaften in der Lage sind, friedliche Beziehungen zu entwickeln. In den letzten 10 Jahren kündigen alle an, dass Wasser zu globalen Kriegen führen kann. Alle gehen davon aus, dass Wasser eine Grundursache für Kriege werden könnte, dass das unvermeidlich ist, dass Wasser Krieg bedeutet.

Wahrscheinlich habe ich wieder Ihre Geduld überstrapaziert, aber das sind die fünf Grundsätze der globalen Wasser-Charta, so wie es heute konzipiert wird.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Es ist wie schon heute früh eine Versuchung für uns alle, in eine intensive Diskussion mit dir, Riccardo, einzutreten. Diese Visionen gehen durchaus an den Kern des Mandats der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich eine solche Anhörung, mit der hier knappen Zeit ggf. für andere Fragen nutzen, und deswegen frage ich jetzt zunächst einmal die anderen auf dem Podium, ob sie zu der Frage von Instrumenten, Preissetzungen usw. etwas beitragen wollten. Schade, dass Prof. Dr. Dr. Dolzer hat etwas später kommen müssen und nicht den ganzen Anfang, den auch völkerrechtlich sehr relevanten Anfang von Herrn Prof. Dr. Petrella hat anhören können; es ging um eine Weltwasser-Charta. Ich wäre besonders neugierig auf seinen Kommentar, bin ich auch jetzt noch, auch wenn sie das erste Drittel nicht gehört haben. Aber zunächst erst einmal das Podium, und dann habe ich Herrn Dr. Wolf notiert. Bitte Herr Steiner.

Sachverständiger Achim Steiner: Verstehe ich Sie richtig, es geht um die Frage der internationalen Instrumente im Augenblick? Ich würde gerne ein Thema aufgreifen: Und zwar die Umsetzung bestehender Instrumente. Ich bin selber noch nicht vertraut mit dem Konzept der Weltwasser-Charta, habe gerade meine Kopie bekommen, und wir werden uns auch damit sehr intensiv damit befassen. Ein Punkt, der in Ihrem Fragenkatalog genannt worden war, ist, inwiefern bestehende internationale Instrumente greifen bzw. nicht greifen. Ende dieses Jahres wird die Bundesregierung in Bonn ein internationales Wassertreffen durchführen. Es wird sicherlich die wichtigste Plattform für internationale Ideen werden, auch im Hinblick auf den World Summit for Sustainable Development in Johannesburg. Wir glauben das aus Sicht vieler derjenigen, die heute an der Basis arbeiten, sozusagen an der Linie der Konfrontation, zwischen lokalem Nutzer und urbanen Interessen, z. B. bei dem Bau von Staudämmen. Letztlich wird sehr oft die ländliche Bevölkerung in einen Konflikt gebracht mit städtischen Nutzern, aber auch in den Spannungsfeldern zwischen Ökologie, Schutz von Feuchtgebieten, der Erschließung von Wohnraum, städtischen Gebieten und Industriezonen. Stellt sich nur wieder die Frage: Inwiefern haben wir eigentlich bereits Regelungen oder Instrumente, die wir nicht nutzen. Ich möchte hier nur vier Beispiele anführen, die bereits bestehen, die in sehr langen und sehr zähen Verhandlungen entwickelt wurden.

1. Da sind die Dublin-Principals, die auch sozusagen mit der Konferenz Ende dieses Jahres - Dublin + 10 - einer neuen Überprüfung unterzogen werden. Auf der Ebene der Paradigmen, finde ich persönlich, haben in den letzten 2 – 3 Jahren wenige Diskussionen zu irgendetwas Neuem geführt. Was Dublin damals festgelegt hat, ist auch heute noch viel und Herausforderung bei dem Wasser-Management. Das heißt, wenn wir uns nun auf neue Prinzipien und die Verhandlungen dieser Art von neuen Paradigmen verlagern, dann glaube ich, ignorieren wir letztlich auch unser Scheitern, dass was in Dublin bereits vor 10 Jahren festgelegt wurde, nicht umzusetzen.
2. Die Convention on the Use of International Watercourses for Non-navigational Purposes, Sie verzeihen mir, wenn ich nicht versuche, das auf deutsch zu übersehen. Es geht um eine Konvention, die in zähen Verhandlungen in den letzten Jahren eine Grundlage dafür schaffen wollte, wie man eigentlich bei dem Management von Flussläufen in grenzübergreifendem Kontext miteinander umgehen

soll. Diese Konvention ist im Augenblick in einem Prozess der Ratifizierung; sie ist das schwächste, aber auch weitgreifendste internationale Instrumentarium, was im Augenblick zur Bewältigung von Konflikten bei der Nutzung von Flüssen oder Flusssystemen mit grenzübergreifendem Charakter besteht. Es ist interessant auch zu bemerken: Gerade die Länder, die die größten potentiellen Konflikte mit einem kollektiven Management von Flusssystemen haben, haben auch die größten Probleme bei der Ratifizierung dieser Konventionen, u. a. Länder wie die Türkei und Ägypten, die in sehr direktem Maße natürlich betroffen sind, wenn es um nationale Souveränität geht.

3. Ich möchte weiterhin die Helsinki-Prinzipien nennen, die schon seit sehr langer Zeit als Grundlage für die zwischenstaatliche Verhandlung von Wasserläufen zur Verfügung stehen.

Die „Convention on Biological Diversity“, wie auch die Ramsar-Konvention, wie vielen von Ihnen vielleicht noch nicht bekannt, hat in sehr vielen Bereichen eine instrumentale Relevanz, insbesondere im Bereich des Managements von Feuchtgebieten und Wasserkreisläufen. Im Grunde ist das bereits ein bestehender internationaler Konventionsschutz von Feuchtgebieten und somit auch den zentralen Bestandteilen von Wasserkreisläufen.

Dieses sind lediglich einige Beispiele aus einer ganzen Reihe von Instrumenten, die bereits bestehen. Warum werden sie nur so selektiv angewandt, warum setzt sich auch die Bundesregierung nicht stärker z. B. im Rahmen der Ramsar-Konventionen ein, die Prinzipien, die dort festgelegt wurden, auch aktiv zu unterstützen? Warum suchen wir immer wieder nach neuen Foren, wenn wir alte Instrumente noch nicht einmal ausreichend nutzen? Damit will ich nicht Prof. Dr. Petrella widersprechen. Foren sind oft auch eine Art der Reinvention, glaube ich, so nannten sie es, was auch etwas mit Dynamik zu tun hat; aber ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir bereits eine ganze Reihe von Instrumenten haben, die auf der politischen Ebene nicht mit einem genügenden Engagement wahrgenommen werden, um gar nicht davon zu sprechen, finanziell und politisch unterstützt werden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank, das ist natürlich sehr plausibel. Ich gehe jetzt in folgender Reihenfolge vor: Herr Dr. Wolf, Herr Dr. Richter und Herr Dr. Baumann.

Dr. h. c. Dieter Wolf, sachverständiges Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lassen Sie mich ein bisschen einen Kontrapunkt setzen. Wir haben heute morgen schon und jetzt wieder sehr pointiert von „Human Rights on Access of Water“ und ähnlichen Dingen gehört. Ich will das gar nicht fundamental in Frage stellen nur Human Rights ist ja ein großes Wort, das man nicht so ohne weiteres in den Mund nimmt, in den Mund nehmen sollte, wenn man nicht dafür irgendwo verfassungsrechtlich oder sonst schon eine Basis hat. Mein Verständnis von Wasser war bisher eigentlich immer: Wasser ist ein Grundnahrungsmittel und zwar ein lebenswichtiges Grundnahrungsmittel. Inwieweit es sich aber essenziell von anderen Grundnahrungsmitteln unterscheidet, ist eine Frage, die ich mir erlaube zu stellen, nicht mehr als das. Ich bin auch ein bisschen vorsichtiger. Ich sage bewusst, was meine Person angeht, wenn ich Forderungen nach Visionen höre: Das hört man allenthalben und schon seit langer Zeit. Ich wehre mich innerlich immer ein bisschen dagegen, Visionen zu entwickeln. Es gab Zeiten, wo man Visionäre sofort wieder eingesammelt hat, weil man sie eigentlich für relativ gefährlich hielt. Ich beziehe das ganz auf meine Person. Hinsichtlich des Vorschlages einer Weltwater-Charta, da wüsste ich ganz gerne, was man sich konkret darunter vorstellen soll. Wir haben Probleme genug. Wir haben Abkommen, das ist gerade deutlich geschildert worden, die nicht zu sehr aktiviert werden. Wir haben im Bereich des Klimaschutzes, der Luftverschmutzung Probleme genug, zu globalen Lösungen zu kommen. Im Unterschied zu Ozon und Luft und sonst was ist das Wasser, weil ziemlich schwer, relativ wenig fungibel, in ganz unterschiedlichen Mengen in den verschiedenen Teilen dieser Welt verteilt und vorhanden. Ich mag unter dem Eindruck eines Rheinländers stehen, unser Problem am Rhein derzeit scheint mir eher zu sein, zu viel Wasser zu haben als zu wenig. Das vielleicht auch aus ökologischen Gründen, da war von der Landwirtschaft die Rede. Die Tatsache, dass bei uns in Köln die Altstadt überschwemmt wird, mag damit zusammen hängen, dass man aus Steuerkosten in der Landwirtschaft die letzte saure Wiese trocken gelegt hat und die Weinberge alle begradigt hat und nun kommt das Regenwasser runter geschossen, und in dem Falle haben die Städter den Preis dafür zu zahlen, dass in der Landwirtschaft auf Staatskosten die Grundbedingungen verbessert worden sind. Das ganze ist doch ein bisschen komplexer. Was soll eigentlich eine Weltwater-Charta in diesem Kontext im Einzelnen an Fortschritt bringen, über das hinaus, was wir eigentlich schon haben und was inten-

siviert werden sollte und erst recht im World Water Parlament? Was sollen die denn beschließen? Sollen die beschließen, dass es woanders mehr regnet als bisher, und wollen sie die Klimazonen verändern, und wollen sie die Flüsse in eine andere Richtung fließen lassen? Also das sind alles so Dinge, die sich mir in diesem Kontext stellen. Wir sind hier in einem Gremium, wo Vorschläge gemacht werden sollten, die man anfassen kann und die einen Grad an Konkretheit haben, der irgendwo auch Realisierungsfähigkeit signalisiert. Dankeschön.

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Ich möchte genau an dem weiter fortsetzen, was Herr Dr. Wolf gesagt hat. Für mich als Vertreter des Privatsektors ist es nicht einsichtig, nicht vorstellbar, was es für einen Vorteil haben sollte, wieder neue Institutionen zu schaffen, wieder neue Deklarationen zu schaffen. Das fördert eigentlich nur den Tourismus, den Polit-Tourismus, den Konventionen-Tourismus. Es bringt keinen Liter Wasser zu irgendeinem in einer ländlichen Region. Wenn man irgendwelche - ich sag es jetzt auch mal sehr provokant - Kombinationen zwischen Wasserrecht und Menschenrecht usw. herstellen will, dann möge man doch vielleicht im Vatikan anrufen; die Kardinalskongregation wird dann sicher auch noch eine Deklaration dazu schaffen. Wir sollten doch wirklich jetzt alle Anstrengungen darauf konzentrieren, soviel finanzielle Mittel, soviel Know-how-Transfer wie nur möglich aus all den sogenannten Think-Tanks, die uns in der westlichen Welt zur Verfügung stehen, zu konzentrieren und hier Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Wasserproblem zu lösen und nicht wieder irgendeine neue Konvention und neue Institution zu schaffen.

Dr. Michael Baumann, sachverständiges Mitglied: Ich wollte erst einmal zu einer Frage von Herrn Dr. Wolf etwas sagen. Wasser ist ein Grundnahrungsmittel, aber es ist auf der anderen Seite ein Stoff, der für das Funktionieren der Welt eine Bedeutung hat. Man kann das Wasser nicht durch etwas anderes ersetzen, substituieren. Ökonomien können alles substituieren, aber beim Wasser geht es nicht, und das ist für die Lebenskreisläufe wichtig. Das muss man erst einmal hinnehmen.

Der andere Punkt, ich will da auch nicht zu tief gehen, ist Privatisierung. Was auch schon Prof. Dr. Petrella gesagt hat: Es gibt keine Beweise dafür, dass es vorteilhaft ist. Es ist ganz klar, es ist heute der Zeitgeist, der entstanden ist: Privatisierung ist etwas Positives, aber die Belege dafür gibt es, wenn man das in einen größeren

Rahmen stellt, nicht. Es ist heute so, dass der Staat die Steuern senken will und dann hat er kein Geld mehr für Sachen, die er früher gemacht hat, und sagt, das sollen jetzt die Privaten machen, und die Verantwortung dafür sollen jetzt womöglich die NRO übernehmen. Über das Thema der Instrumente, Prof. Dr. Petrella sieht das ja in einem sehr allgemeinen Zusammenhang, aber wir brauchen diesen Zusammenhang. Es reicht meiner Meinung auch nicht, wenn das BMZ sagt, soviel Geld haben wir und soviel geben wir und das können wir machen. Es muss auch Leute geben, die sagen, wie groß ist eigentlich das Problem, so dass man eine Vorstellung davon hat, was man machen könnte. Die vielen Instrumente, die Herr Steiner zu Recht nennt, das sind ja immer Kompromisse; so weit waren Staat und Regierungen bereit, sich zu verständigen, es hat aber noch niemand das Problem in diesen ganz großen Zusammenhang gestellt und ich meine, das ist Sinn dieser Anhörung heute.

Prof. Dr. Elmar Altvater, sachverständiges Mitglied: Ich möchte da anschließen und Dr. Baumann auch unterstützen in seiner Intention. Ich habe aber noch zwei oder drei konkrete Fragen, aber bevor ich diese Fragen stelle, eine ganz kurze Vorbemerkung: Dr. Wolf sagte, Wasser ist schwer. Nein, Wasser ist sehr leicht. Es ist zur Wolkenbildung fähig, und es zirkuliert in Milliarden Tonnen und ist sozusagen die Wärmepumpe, die überhaupt unser Klima und die Ströme, den Golfstrom und alles, in Gang hält. Wenn diese Wärmepumpe nicht funktionieren würde, dann gäbe es hier in Europa auch kein Leben, dann gäbe es auch keine Überschwemmungen in Köln oder zu viele Überschwemmungen, und wo anders gäbe es dann kein Wasser. Also es würde die Verteilung völlig verändern, wenn da etwas passiert, und es würde etwas passieren, wenn beispielsweise die Abholzungsrate im amazonischen Regenwald so fortgesetzt wird, wie in den vergangenen 10 bis 20 Jahren. Das muss man auch in Rechnung stellen, um dann auch die Zusammenhänge vielleicht ins Auge zu fassen zwischen den verschiedenen Ökosystemen.

Dann habe ich aber eine ganz konkrete Frage an Prof. Dr. Petrella. Sie sagten vor der Pause, dass Zugang zu Wasser die Vorbedingung dafür ist, dass die Menschen in Würde leben können - ein Menschenrecht, wie auch immer - und die Tatsache, dass Milliarden Menschen möglicherweise keinen Zugang mehr haben, sei Ausdruck der Armut oder Verarmung. Die Weltbank hat nun die Strategie, Reduktion der Armut durch Wachstum. Wachstum ist aber mit einem Ressourcenverbrauch – notge-

drungen - verbunden, also auch wahrscheinlich mit Wasserverbrauch. Wird dadurch also evtl. die Verarmung vergrößert, indem man eine Armutreduzierungsstrategie verfolgt, die auf Wasserverbrauch ausgelegt ist? Das ist eine Frage, die wir uns, glaube ich, vorlegen müssen, um die innere Kohärenz von verschiedenen Strategien zu sehen.

Und nun die letzte Frage; sie bezieht sich auf den Zusammenhang von Hydroenergie und Energieknappheit. Wir erleben es ja gerade in Brasilien - die Zeitungen sind sogar davon voll -, dass dort eine Energieknappheit im Süden und im Nordosten herrscht und nun die Hydroelektrizität, die in Amazonien erzeugt wird, in diese Landesteile transportiert wird. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Ressource Wasser? In Amazonien gibt es absurde Mengen von Wasser, und dennoch leiden die Menschen in dieser Region unter Wasserknappheit und welche Konsequenzen ergeben sich durch Wechselwirkung von Energieverbrauch und Wasserverbrauch?

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank. Ich bitte die Befragten auf dem Podium, die Fragen zu notieren. Ich habe jetzt folgende Rednerliste. Frau Dagmar Schmidt, Herr Pires, Prof. Dr. Dr. Dolzer und dann mich selber.

Abg. Dagmar Schmidt (SPD): Schönen Dank. Also noch einmal die Frage nach den internationalen Instrumenten: Ich denke, wir machen diese Anhörung zur Wasserproblematik ja auch, für mich zumindest, unter der Fragestellung: Lässt sich an dieser Ressource Wasser eine Transferleistung erbringen für den Zugang zu Ressourcen schlechthin. Die Ressource Wasser ist ja eine Ressource unter vielen, zwar eine ganz besondere und auch fundamentale, aber können wir eine Transferleistung bringen? Und ich glaube, nachdem was wir heute hier gehört haben, auch von dem was Prof. Dr. Petrella gesagt hat, erscheint es mir wichtig, deutlich zu machen, dass diese Fragestellung überhaupt nicht fokussiert auf ein Problem allein betrachtet werden kann, sondern dass man in globaler Verantwortung überlegen muss, wie kriegt man, wie wir Entwicklungspolitikerinnen und -politiker das tun, die vier Kanten der Verantwortung zusammen? Das sind ökologische Fragen, das sind ökonomische Fragen, das sind politische Fragen und soziale Fragen, und Prof. Dr. Petrella hat es ja auch gesagt: Die Partizipation und die Entwicklungschancen, die

hängen eng zusammen. Das geht sicherlich, auf andere Ressourcen übertragen, genau so weiter, und deshalb frage ich mich dann nach den internationalen Instrumenten. Die Konventionen, die alle auf dem Tisch liegen, die führen ja vielleicht eher dazu, dass man frustriert oder resigniert an diese Sache herangeht und sagt: Nun haben wir so viel und nichts wird befolgt. Aber wie können wir ein Packende finden, dass tatsächlich das Bewusstsein schafft, dass wir hier vor einer globalen Frage stehen, die uns alle angeht, ob wir Hochwasser am Rhein haben oder Dauerregen. Wie können wir hier das Bewusstsein verändern, dass das ein globales Problem ist, das Einfluss auf die Ökosysteme, das Einfluss auf die Partizipation auch von uns in Zukunft hat. Das ist, glaube ich, sehr schön deutlich geworden an dem Vortrag, der auch noch einmal vom BMZ kam, nämlich dass wir zwar mit Geldern Maßnahmen unterstützen, die sich armutsbekämpfend auswirken sollen, aber letztendlich unterstützen wir damit Monopole. Monopole, die auf dem Wassersektor weltweit schon den Finger in der Wirtschaft haben und die praktisch damit gar nicht an die KMU – kleine und mittlere Unternehmen - hier in Deutschland gehen, sondern an die großen Monopole. Das sind alles Fragen, wo ich einfach noch einmal sage: Wir müssen tatsächlich die vier Kanten zusammen nehmen, und deshalb auch noch einmal meine Frage an Sie, sowohl Prof. Dr. Petrella als auch an Sie, Herr Steiner, ob man nicht noch einmal einen Transfer bringen kann, zwischen World Commission on Dams, was da abgelaufen ist, und dem, was hier jetzt eigentlich nötig wäre. Nämlich vermeintliche Kontrahenten an einen Tisch zu setzen, sie dem kritischen Dialog miteinander auszusetzen und all das, was bis jetzt an klugen Konventionen und Erkenntnissen auf dem Tisch ist, mit offenen Fragestellungen, was an Forschung nötig ist für die Zukunft, und diese Dinge tatsächlich zu problematisieren. Das, was dort geleistet wurde, denke ich, ist beispielhaft dafür, was man leisten kann. Andere internationale Instrumente wie ein Internationales Parlament z. B. sind zu weit weg, das ist zu wenig transparent. Wie kriegt man Bewusstsein hin, wie kriegt man tatsächlich diese Fragestellungen einer globalen Notwendigkeit, das hier endlich etwas gemacht werden muss, in die nationalen Parlamente rein. Das ist die Frage, die mich hier bewegt.

Sachverständiger Dipl.-Ing. Antonio Pires: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte nur sagen: Eine Konvention kann man nicht fabrizieren. Die beiden Konventionen, die ich gut kenne neben meiner Konvention, die Klimakonvention und

die Biodiversitätskonvention, das waren Entscheidungen der Konferenz in Rio. Bis 1992 hat man über 15 Jahre lang daran gearbeitet, diese Konventionen von sämtlichen Regierungen und Parlamenten ratifizieren zu lassen, damit diese Konventionen international verbindlichen Charakter erhalten. Ich glaube, es wäre erst einmal vernünftig, die vorhandenen Konventionen zu nutzen, zu unterstützen und zu sehen, ob die Belange von Boden, von Land entweder von der Biodiversitäts- oder der Klimakonvention abgedeckt werden, bevor man über eine neue Konvention redet. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer, sachverständiges Mitglied: Ich habe zwei Bemerkungen. Die erste geht zur Frage des Menschenrechts auf Wasser, aus völkerrechtlicher Perspektive, aus rechtlicher Perspektive. Da ist zu trennen zwischen dem Völkerrecht auf der einen Seite und zwischen nationalem Recht auf der anderen Seite. Völkerrechtlich wird seit längerer Zeit diskutiert, ob es ein Recht auf Nahrung und Right to Food gibt. Es wird immer wieder postuliert, im Grunde genommen auch nicht in Frage gestellt; die einzige Frage, wo wir noch nicht weiter gekommen sind, ist, wie das umgesetzt werden soll. Dadurch, dass das formuliert wird, in einem internationalen Dokument, gibt es natürlich noch nicht einmal Weizen und gibt es auch nicht mehr Wasser. Im Grundsatz gehen wir heute - ich beschreibe nur den heutigen Zustand - davon aus, dass die Pflicht, das Volk zu ernähren, in erster Linie eine nationale Pflicht ist, keine internationale Pflicht. Das es natürlich in Notsituationen eine moralische Verpflichtung gibt, zu helfen, das sind andere Themen. Aber das Right to Food, das immer wieder seit Jahrzehnten gefordert wird, hat bisher für den Alltag eines Volkes auf völkerrechtlicher Ebene keine praktische Bedeutung erlangt. Etwas anderes ist es, bei der Frage der Ausgestaltung des nationalen Rechtes. Wir haben im Grundgesetz etwa bei uns die Formulierung, dass wir ein Sozialstaat sind; in Art. 20 heißt es so. Dazu gehört, dass jeder Mensch das Recht hat, in lebenswürdiger Weise, sein Leben zu gestalten, und dazu gehört auch das Recht auf Sozialhilfe, das etwa auch, wenn es dazu käme, ein Recht auf Wasser gewährleisten würde. Das Ganze setzt natürlich auf nationaler Ebene einen Staat voraus, der funktionsfähig und der leistungsfähig ist, und das ist der entscheidende Gesichtspunkt immer wieder in der Dritten Welt. Soviel zum Recht auf Wasser.

Ich möchte dann noch einmal - das ist jetzt ein anderes Thema - zurückkommen auf den Preismechanismus, den wir mehrfach angesprochen haben. Den möchte ich

noch einmal kurz diskutieren, und zwar unter folgenden beiden Prämissen. Ich glaube wir sind uns alle einig: Es muss beim Preismechanismus eine sozial verträgliche Ordnung geben. Es kann nicht dazu führen, dass sich Menschen wegen des Preismechanismus kein Wasser mehr leisten können. Die zweite Prämisse insoweit, wir müssen insoweit auch trennen: Es gibt natürlich nicht nur im Rahmen der Privatisierung einen Preismechanismus, sondern es gibt auch einen Preismechanismus im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung des Wasserwesens, wenn wir es wollen. Jetzt will ich beide Komplexe aber weglassen. Mir scheint, dass wir heute weitgehend in der Dritten Welt keinen Preismechanismus haben. Ich selber bin der Auffassung, dass ist ökonomisch nicht sinnvoll, das ist ökologisch nicht sinnvoll, und das ist sozial nicht sinnvoll. Es ist ökonomisch nicht sinnvoll, weil Wasser an den Stellen fehlt, wo es am sinnvollsten gebraucht wird. Es ist ökologisch nicht sinnvoll, weil kein Anreiz zur Sparsamkeit gewährt wird. Es ist auch sozial nicht sinnvoll, wenn Sie sich umsehen. Das Wasser nutzt die Mittelschicht und die Oberschicht - in der Regel, nicht immer, aber in der Regel - mehr als die Armen. D. h., wenn sie das Wasser als ein Gut zur Verfügung stellen, für das man nichts zu bezahlen hat, dann ist das unter dem Strich keine Wirtschaft, die den Armen zugute kommt. Also wie gesagt: Ich gehe davon aus, ich spreche von einer sozial verträglichen Preisgestaltung, also der Preismechanismus ist ökologisch, ist sozial, ist ökonomisch sinnvoll, und die Kritik an der Weltbank, die ich, glaube ich, einmal gehört habe, kann ich insoweit nicht ganz nachvollziehen. Da hätte ich doch ganz gern noch einmal eine konzentrierte Debatte zur Frage, weil das mit Sicherheit in der Kommission eine relativ große Rolle spielen wird. Wie ist der Preismechanismus im Grundsatz für die Wasserwirtschaft zu bewerten?

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich hatte mich selber gemeldet, Herr Kraus, Sie können gerne, sozusagen formell, jetzt einfach die Sitzungsleitung wieder übernehmen. Ich möchte jedenfalls betonen, dass ich das, was ich jetzt sage, nicht als Vorsitzender der Kommission, sondern als Mitglied der Kommission sage. Das erste ist eine schlichte Frage an Prof. Dr. Alcamo: Wir hatten uns bei der Vorbereitung der Sitzung auch überlegt, einen führenden Klimaforscher einzuladen, um zu hören, was man heute sagen kann über Klimawandel und Wasserverfügbarkeit (da ist zu wenig - da ist zu viel Wasser). Das zweite bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Prof. Dr. Petrella und die Repliken unter anderem von

Dr. Wolf, von Dr. Richter und von anderen. Da möchte ich nun betonen - das ist ein persönliches Statement -, dass ich keinen zwingenden Gegensatz zwischen Visionen und praktischen Schritten sehe. Prof. Dr. Paqué wird mir zustimmen, dass einer der größten Visionäre der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Ökonom war. Das war ein Visionär und seine Visionen haben ein Erdbeben in der Politik und zwar in der praktischen Politik ausgelöst. Das hat auch gewisse Folgen, die jetzt an einigen Stellen der Welt zu einer Gegenpendelbewegung einladen. Das ist eines der Probleme, mit dem wir uns heute auseinander zu setzen haben. Heute geht es, wenn ich das richtig interpretiere, insbesondere um die Sicherung der Global Commons, die vom Markt alleine nicht geschützt werden. Und Commons haben nun zwei unterschiedliche Eigenschaften:

1. Sie sind unbedingt zu schützen und
2. Man darf gerechterweise niemand den Zugang verwehren.

Der Preismechanismus kann, wie Prof. Dr. Dolzer richtig gesagt hat, eine Schutzfunktion für diese Commons haben. Aber, wenn er so dimensioniert wird, dass dadurch der Zugang für einige verwehrt wird, dann ist diese Sorte von Schutz über das Ziel hinaus geschossen. Man muss das also miteinander abgleichen und deswegen durch die - ich meine mit Recht - visionären Ausführungen von Prof. Dr. Petrella wieder zurück auf die instrumentelle Frage nach einem geeigneten Preismechanismus kommen. Wir waren vor der Pause schon einmal relativ weit auch mit einigen Beispielen dafür, dass sozusagen ein Minimumzugang zu Wasser wirklich nicht als Vergeudung angesehen werden kann und preisgünstig gewährt werden muss. Während dort, wo es anfängt in Richtung Verschwendung zu gehen, da soll ja sehr wohl der Preismechanismus eine ressourcenschonende Rolle haben. Mir kommt es darauf an, dass wir in der heutigen Anhörung ein Gefühl dafür kriegen, ob wir, nicht unbedingt noch in dieser Legislaturperiode, in die Richtung von einem neuen internationalen Vertragswerk angesichts des Themas Wassers gehen sollten oder ob es, wie u. a. Herr Steiner angedeutet hat, vielleicht opportuner wäre, existierende Vertragswerke daraufhin zu nutzen, z.°B. die Ramsar-Konventionen und andere der genannten, dahingehend zu nutzen, dass dabei ein besserer Schutz der Ressource Wasser zustande kommt. Dafür habe ich jetzt noch kein sicheres Gefühl und wollte einfach diejenigen, die zur Verbesserung dieses Gefühls beitragen können, einladen, eben dieses zu tun.

Abg. Annelie Buntenbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Ich kann da direkt anschließen, weil ich denke, es ist vorhin schon einmal die Diskussion darüber geführt worden, wie weit man beim Zugang zu sauberem Wasser von einem Menschenrecht sprechen kann. Ich glaube, dass man das kann und muss im Sinne des Right to Food, wie Prof. Dr. Dolzer eben ausgeführt hat, und dass es natürlich bei Wasser aber auch noch einmal ein besonderes Problem gibt, das darin besteht, dass es nicht ein Grundnahrungsmittel unter anderen ist, sondern dass andere Grundnahrungsmittel ggf. gegeneinander ausgetauscht werden können, aber genau das bei Wasser eben nicht der Fall ist. D. h., dass es in der Tat ein öffentliches Gut ist, zu dem der Zugang für alle Mitglieder dieser Gesellschaft sichergestellt werden muss, und das, glaube ich, ist eben eine politische Aufgabe, eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir auch annehmen müssen. Das möchte ich auch noch einmal deutlich sagen, das ist ein gesellschaftliches Problem. Es geht nicht darum, ob wir hier heute beschließen, dass die Flüsse jetzt andersherum fließen, das täte ich zwar auch ganz gerne, aber ich glaube, das ist schon klar, dass es hier nicht um die Frage einer Naturgewalt geht, die wir nicht beeinflussen können, sondern dass es eine natürliche Ressource ist, die ein gesellschaftliches Problem darstellt und die wir auch genau als solche versuchen müssen, politisch anzugehen und zu lösen. Da ist die Frage, wie wir uns politisch wieder aneignen können, und da kann ich die Fragen von Prof. Dr. von Weizsäcker einfach nur unterstützen, in welche Richtung scheint das denn am Erfolgreichsten zu gehen, welche Instrumente haben wir da zur Verfügung? Ich glaube, da müssen wir auch nach den internationalen Instrumenten fragen, weil es nicht nur darum geht, ein nationales Problem im Sinne des Right to Food zu lösen, sondern es ist insofern auch ein internationales Problem, weil die Klimaveränderung, die Ausdehnung der Wüsten, aber auch die Verslumung der Städte und ähnliches mehr im internationalen Zusammenhang entstanden sind oder gefördert werden, sich entwickeln und wir deswegen das nicht einfach den einzelnen Nationen als Problem wieder vor die Tür legen können. Wenn wir darüber reden, wie wir das im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung machen können - und natürlich ist dieser Zugang zu Wasser dann natürlich eine Frage, die ganz wesentlich auch für die ärmeren Teile der Bevölkerung sicher zu stellen ist - dann wäre beim Preismechanismus schon die konkrete Frage, die damit zusammenhängt, welche Vorschläge gibt es, dass man sagt, man stellt einen Grundbedarf pro Kopf frei, oder in welchen anderen Situationen macht das Sinn, und der

Preismechanismus setzt erst danach an. Das scheint mir sinnvoll, weil wenn man den Preismechanismus voll durchwirken lässt, hat man ja das Problem, dass es Armen und Reichen dann gleichermaßen verboten ist, unter den Brücken zu schlafen, d. h. gleiches Recht für unterschiedliche Situationen zutrifft, und das finde ich, kann da ja nicht gewollt sein. Ich hätte gerne noch gewusst, wie weit es Vorschläge gibt, mit ganz unterschiedlichen Problemen, die sich in der Stadt und auf dem Land im Zusammenhang mit Wasser, Wasserknappheit und Zugang zu sauberem Wasser stellen, politisch umzugehen und dafür Konzepte zu entwickeln.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ganz herzlichen Dank. Ich habe jetzt momentan auf der Liste keine Namen. Ich wollte vorschlagen, dass wir anfangen mit ein paar Antworten, dann eine kurze Kaffeepause machen und dann eine Schlussrunde. Es hat sich Prof. Dr. Alcamo gemeldet.

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Ich kann ihre Frage über den Klimawandel besser mit einem Bild beantworten. Da muss ich nicht so viel deutsch reden.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Sie können hier auch englisch reden, wir haben Simultanübersetzer.

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Ja, ich weiß, aber ich brauche die Übung.

Wenn die Atmosphäre insgesamt wärmer wird, was bedeutet das? Die Atmosphäre kann mehr Feuchtigkeit behalten und das bedeutet, dass insgesamt alle Modelle sagen, dass wir auch einen feuchteren Planeten haben. Das bedeutet, dass durchschnittlich der Klimawandel im Prinzip globale Erwärmung bringt und mehr Niederschlag. Hier ist ein typisches Klimamodellergebnis. Wir haben eigentlich die Modellergebnisse von dem Max-Planck-Klimamodell - nur eines von mehreren - und wir haben diese Ergebnisse über Niederschlag und Temperatur hauptsächlich in einem globalen Wassermodell als hydrologisches Modell eingesetzt auf Wassereinzugsgebietsbasis und dann geschätzt, ob es eine Zunahme oder Abnahme von Wasserverfügbarkeit gibt. Das ist die Summe von Abfluss und Grundwasserneubildung. Was Sie sehen ist diese graue Farbe. Es gibt keine große Änderung. Die grüne Farbe bedeutet im Prinzip eine Zunahme von Verfügbarkeit,

und die rote Farbe bedeutet eine Abnahme. Dunkelrot bedeutet eine signifikante Abnahme. Und was sie sehen ist, dass für diesen besonderen Modelllauf ein größerer Teil von Europa und Mittelasien trockener werden. Dieser Modelllauf ist so ca. wenn das Kyoto-Protokoll implementiert würde. Einige Gebiete, die schon trocken sind, würden noch trockener werden. Leider bedeutet das - für dieses Klimamodell - Probleme im Nahostgebiet und im Nordosten von Brasilien, aber auch kontinuierliche Probleme in größeren Teilen von Amerika und Südafrika zum Beispiel. Insgesamt kann man sagen, was typisch ist. Ich muss auch sagen, es gibt eine große Unsicherheit von Klimamodellergebnissen. Aber was konsistent ist und was wir bemerken, ist das typischerweise so ungefähr ein Fünftel der Fläche normalerweise eine starke Abnahme von Verfügbarkeit aufweist. Manchmal sind es auch sehr ungünstige Gebiete, die schon sehr trocken sind.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Aber gleichzeitig wird ein großer Teil grüner - Sahara, Australien, Wüste Gobi usw..

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Es gibt zwei Seiten von der Münze des Klimawandels. Die Forscher sind jetzt dazu gekommen, nicht nur den Mangel von Wasser zu analysieren, sondern auch was die andere Seite bedeutet, d. h., wenn man mehr Niederschlag hat, dann gibt es auch eine höhere Frequenz von Hochwasserereignissen. Wir haben gerade eine Studie für das BMBF durchgeführt, und wir haben gefunden, dass ungefähr ein Drittel von Europa über eine langfristige Zeit eine signifikante Abnahme von Verfügbarkeit hat, aber auf der anderen Seite gibt es in Nordeuropa eine sehr signifikante Zunahme von Hochwasserereignissen. Zum Beispiel haben wir gefunden, dass, was jetzt das Jahrhunderthochwasser ist, würde in Zukunft in Finnland das Jahrhunderthochwasser in einem Zeitraum von 20 Jahren sein. Solche Ereignisse kriegen wir auch. Man muss beide Seiten betrachten, Man denkt manchmal, dass man beim Klimawandel gewinnt. Wenn wir das genauer angucken, dann sehen wir doch, dass es mehrere Verlierer gibt.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich würde jetzt gern Dr. Richter und Prof. Dr. Petrella bitten, sich noch kurz zu äußern und dann machen wir eine kurze Kaffeepause.

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Danke Herr Vorsitzender. Ganz kurz zur Tarifgestaltung. Die Kosten für das Wasser setzen sich zusammen aus den Kosten für die Erhaltung des Verteilungsnetzes und überhaupt das Produkt Wasser. Ich bin eigentlich dagegen, grundsätzlich, ein Basisvolumen unentgeltlich bereit zu stellen, aber es ist zwingend notwendig, z. B. das Transportnetz oder das Verteilungsnetz in bestimmten Regionen, die sonst wirtschaftlich überhaupt nicht darstellbar wäre, zu subventionieren. Diese Art Quersubventionierung ist ja nun kein Teufelswort, das haben wir ja in Deutschland genauso. Wenn mein Schwarzwaldbauerle da oben seinen Strom oder die Freileitung dorthin selber bezahlen müsste, das könnte er nie finanzieren, und das ist auch alles finanziell nicht oder wirtschaftlich nicht darstellbar, aber die Kilowatt-Stunde, die kann er bezahlen. Nur die Leitung dorthin, wenn die natürlich auf die Kilowatt-Stunde umgelegt werden müsste, das ist nicht finanzierbar. Das Gleiche gilt für die Favelas oder irgendwelche entfernten, stadtentfernteren Regionen. Die Zurverfügungstellung des Wassers ist die Verpflichtung des Staates oder von der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung des Wassers, dazu ist er verpflichtet, aber warum muss auch der erste Kubikmeter oder der erste Liter umsonst abgegeben werden? Das ist eigentlich nicht einsehbar, denn alles, was nichts kostet, ist nichts wert, auch wenn es dem Leben dient. Noch ganz kurz, Frau Schmidt: Auch bei den großen Projekten werden nicht nur die „Monopolisten“ davon profitieren. Allein an unserem Montenegro-Projekt partizipieren eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Zulieferern. Das ist nämlich der große Vorteil, dieses sogenannte Huckepack-Verfahren, aber alleine wären sie nicht an den Auftrag gekommen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Prof. Dr. Petrella, und dann hat sich Frau Brigitte Adler gemeldet, die jetzt anstelle von Herrn Kraus den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertritt. Prof. Dr. Petrella.

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Erstens, ich glaube, eine Tarifgestaltung, Preisgestaltung sollte nicht so vorgenommen werden, dass wir zwei verschiedene Kategorien haben, einmal den wirtschaftlichen Preis und einmal einen sozialen Preis. Der wirtschaftlicher Preis ist eben der Marktpreis, ob es nun Quersubventionierung gibt oder nicht, und dann haben wir den sozialen Preis für jene, die nicht die Kaufkraft haben. Ich glaube nicht, dass dies funktioniert. Ich glaube nicht, dass wir so vorgehen sollten. Die Wirtschaftlichkeit des Wassers, die Ökonomie des

Wassers ist ja nicht etwas, was nur den Reichen zur Verfügung stehen sollte, und für jene, die wissen, dass man sie sozial richtig behandeln sollte. Man kann nicht eine Sozialpolitik für manche führen, die dann Zugang zu Wasser bekommen und dann eine Wirtschaftspolitik für all die anderen durchführen. Zugang zu Wasser ist schlichtweg Zugang zu Frischwasser, und deswegen muss man ein System dementsprechend aufbauen. Ein System, das einfach für die Menschen zutrifft. Zugang zu Wasser, zur Wasserversorgung sollte nicht Thema der Sozialpolitik werden, wenn die Empfänger Verbraucher sind, die ein niedriges Einkommen haben, denn, wir sind ja nicht Wasserverbraucher, wir sind die Anwender des Lebens. Ich glaube, das ist richtig, es ist nicht zufällig, dass die Debatte jetzt zu diesem Punkt kommt.

Und dann die Frage zu den Instrumenten oder sollte man globale Verträge und Abkommen usw. haben? Ein Beispiel: Warum haben wir die Welthandelsorganisation geschaffen? Wir haben der Welthandelsorganisation ja die Macht gegeben. Sie wissen ja, dass die Welthandelsorganisation eine Autorität ist, die Mächtigste, die wir gegenwärtig in der Welt haben. Also wenn es überhaupt so etwas gibt, dann ist es das Potential der Welthandelsorganisation, Konflikte zu lösen. Warum haben wir das geschaffen? Warum Handel? Warum ist denn Handel etwas, das ausreicht als Realität, um eine globale politische Macht zu schaffen? Reicht der Handel dafür aus und wie steht es mit dem Wasser? Warum sollte Wasser nicht ausreichend legitimiert sein, um drum herum eine globale politische Koalition und Konvention zu schaffen? Warum akzeptieren wir Handel? Ist Handel wichtiger als Wasser? Ja natürlich, für eine privat angetriebene Wirtschaft und wo man Vorstellungen hat, dass vor allem erst der private Antrieb zur Gewinnerzielung nötig ist, und somit wird Handel vor Wasser gesehen. Aber Sie müssen nicht glauben, dass alle dieser Meinung sind und Sie müssen anerkennen, dass auch andere Menschen ganz legitim und das sind die 3,5 Milliarden Menschen, die, wie man annimmt, in 20 Jahren nicht den Zugang zu Wasser haben werden, das Recht haben werden, zu bestimmen, was für sie wichtiger ist, nämlich Wasser ist wichtiger als Handel. Herr Steiner hatte Recht, als er sagte: Gucken wir doch, wie wir die gegenwärtigen Institutionen und Instrumente, die wir haben, nutzen können, und Dr. Baumann erwähnte ja sehr richtig die internationale Konvention der Flüsse und die Konvention zur biologischen Vielfalt usw.. Alle diese Instrumente sind Instrumente, die ja auf irgendetwas reagieren, die einen Zweck erfüllen sollen. Das ist nicht unbedingt der Zweck, wenn man sagt, gut, Wasser ist ein öffentliches Gut und wenn wir sagen, das Recht zu diesem öffent-

lichen Gut ist ein Menschenrecht. Wenn Zugang zu Wasser kein Menschenrecht ist, dann überlassen wir es der Welthandelsorganisation, überlassen wir es denen und das ist ja der Versuch, damals in Seattle - jetzt wird es in Katar probiert - nämlich der Welthandelsorganisation genau diese Macht zu geben, Wasserkonflikte, Wasserthemen abzuhandeln und die Dinge zu lösen. D. h. also, dass für die Welt dann eben auch Dinge, andere Themen abgehandelt werden und entschieden werden, Gesundheit, Bildung usw.. Wenn Sie also fragen, welches Instrument brauchen wir auf internationaler Ebene im Bereich des Wassers, dann ist dies eine grundlegende Frage, und ich glaube es ist sehr wichtig, dass wir dieses Thema angehen. Vielen Dank.

Abg. Brigitte Adler (SPD): Dankeschön. Ich entschuldige mich, dass ich erst heute Nachmittag zu dieser Anhörung stoßen konnte. Ich möchte dazu das eine oder andere sagen, weil wir uns als Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitiker mit diesem Thema sehr intensiv befasst haben und immer wieder befassen müssen. Prof. Dr. Dr. Dolzer, Sie hatten von dem Recht auf Nahrung gesprochen und dass es nationale Aufgabe wäre, die Menschen zu ernähren; dies steht bereits in der UN-Charta von 1948/49 als Menschenrecht. Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, dass es mir zu wenig ist. Es muss nämlich eigentlich heißen, das Recht darauf, sich „selbst“ zu ernähren. Es kann nicht angehen, dass man gewissermaßen Nahrungsmittellieferungen bekommt, die dann, sagen wir mal, verteilt werden, sondern es ist eigentlich ein bisschen mehr. Falls ich Sie falsch verstanden habe, werden Sie sicherlich etwas darauf sagen.

Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer, sachverständiges Mitglied: Nein, die allgemeine Menschenrechtserklärung ist völkerrechtlich nicht verbindlich.

Abg. Brigitte Adler (SPD): Ja genau, das ist nämlich jetzt der nächste Punkt. Sie steht in den Charten und was weiß ich, aber wird irgendwie versteckt bzw. wird nicht umgesetzt. Die Frage ist, wie geht man jetzt mit diesem Ding um. Ich könnte mir vorstellen, dass man das eine tut und das andere nicht lässt. Nämlich eine Konvention machen, die dann auch wieder einen verbindlicheren Charakter bekommt und es über die WTO regelt. Da stimme ich meinem Vorredner voll zu, weil dadurch auch ein gewisser Druck entsteht und die Möglichkeit, dann auch die Sache so zu regeln,

dass, wenn sich jemand nicht daran hält, entsprechend die Sache doch auch mit Sanktionen auf die Reihe bekommt. Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen, dass oft darüber vergessen wird. Wir müssen ja auch von den Ländern des Südens etwas verlangen, und ich habe mehrfach erlebt, dass das schwierig ist vor allem in Lateinamerika, aber das trifft auch auf andere Länder zu. Eigentlich brauchten diese Länder, jetzt erschrecken Sie bitte nicht über das Wort, das ich jetzt benutze, weil es nicht mit unserem deutschen Inhalt gefüllt ist, sie brauchen einen Finanzausgleich. Es kann nicht angehen, dass eine Gemeinde, ich mache ein Beispiel, in 3500 m Höhe und 4000 m Höhe eine alte Indiowasserleitung rehabilitiert, bis an die Tore der Gemeinde, und dann sagt der Bürgermeister: Ich habe keinen Freund in Lima oder irgendeiner anderen Hauptstadt, jetzt müsste die Wasserleitung eigentlich gelegt werden, und ich habe in der Gemeinde kein Geld. Also hier müssen wir auch von den Ländern schon auch verlangen, dass sie z. B. dann auch mit dafür Sorge tragen, dass das Wasser verteilt werden kann. Dass es darüber hinaus noch weitere Probleme gibt, nämlich überhaupt den Ressourcenschutz, was das Wasser aus dem Boden zu holen und dergleichen angeht, das ist mir völlig klar. Ich wollte nur mal auf diesen Zusammenhang hinweisen, dass man auch in der Entwicklungspolitik darauf achten muss, dass die nationalen Regierungen ihre Steuereinnahmen, die Gelder, die sie erhalten, auch für solche Maßnahmen einsetzen und auch an die weiter gibt, die es dann nachher dringend benötigen. Also Konvention, denke ich, ja, aber vielleicht über die WTO. Es wäre auch kein schlechter Weg.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank, wir machen jetzt eine Pause. In einer knappen Viertelstunde gehen wir weiter zu einer kurzen Schlussrunde.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Wir fangen jetzt mit der Sitzung wieder an. Es hatte sich vor der Pause Dr. Bichmann gemeldet. Es wäre schön, wenn auch diejenigen, die ihn hören wollen, sich langsam hinsetzen. Dann bitte ich Dr. Bichmann um das Wort.

Sachverständiger Dr. Wolfgang Bichmann: Schönen Dank. Ich hatte noch einmal zurückkommen wollen auf eine Reihe von angesprochenen Themen, ohne dass ich die jetzt im Einzelnen direkt zuordne und beantworte. In der gesamten Diskussion

vor der Pause war mir aufgefallen, dass es die Tendenz hat, wie man neudeutsch sagt „abzuheben“ und ich wollte deshalb noch einmal ein bisschen auf die Realitäten zu sprechen kommen. Realität ist, dass wir hier natürlich in dieser Anhörung den Versuch unternehmen, quasi die Situation wasserbezogen in Entwicklungsländern und in Industrieländern auf dem selben Level zu diskutieren, und da kommen sehr viele Missverständnisse, glaube ich, rein, die jeder, der praktische Erfahrungen vom Arbeiten und Leben in Entwicklungsländern hat, sofort merken wird. Privatisierung hier und Privatisierung in Entwicklungsländern sind zwei sehr unterschiedliche Sachen, weil sie von unterschiedlichen Grundvoraussetzungen ausgehen. Es ist schon gesagt worden: Wir haben funktionierende öffentliche Versorgerbetriebe, wir haben das in der Regel in den Entwicklungsländern nicht. Von daher kann man die Diskussion mit der Privatisierung der deutschen Versorgungsbetriebe nicht ohne weiteres in einen anderen sozioökonomischen Zusammenhang stellen. Das Stichwort Effizienz, das im öffentlichen Sektor in Entwicklungsländern nur schwer darstellbar ist und durch Privatisierung gefördert wird, spielt da eine Rolle.

Dann war angesprochen worden, dass bei all diesen Privatisierungen oder Teilprivatisierungen, die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor einen erheblichen Regulierungsbedarf hat. Das ist vielleicht etwas, wo der Versuch auf der globalen Ebene über Konventionen und Verträge neue Regeln zu schaffen, auf ein praktikables Niveau runter geschnitten wird. Dass natürlich durch die Einrichtung von Regulierungsinstanzen und im Zusammenhang mit Vorhaben der Wasserversorger eine Menge an vertragsrechtlichen Aspekten zu berücksichtigen sein werden, ist klar. Diese Regulierungen betreffen so weite Felder, wie die Änderung der Rahmenbedingungen, aber auch Details, wie Wasserangebot, Berücksichtigung hygienischer, gesundheitlicher Aspekte bis hin zu den Tarifsystemen. Und da hatten wir ja schon gesagt, dass der Preismechanismus eine Möglichkeit ist, die man nutzen sollte, ohne dass man in jedem Fall dieselben Regeln anwenden kann. Das führt mich dazu zu sagen; dass es ganz wichtig ist, jeden Einzelfall individuell zu studieren durch eine gründliche Vorstudie, in der das Design der vorgesehenen Maßnahmen und der Beteiligung der Privatwirtschaft festgelegt wird.

Dann war gesagt worden, Kapitalflüsse gehen ja nur in ganz wenige Länder. Das ist auch richtig so und das macht ja auch gerade den Grund aus, warum eine Entwicklungszusammenarbeit mit konzessionären Mitteln erforderlich bleibt und eben nicht so ist, dass grundsätzlich das Gesamtproblem etwa durch Beteiligung des Privat-

sektors geregelt werden könnte. Auch ist schon angesprochen worden, dass es Vergleiche zu anderen sozialen Sektoren gibt. Es ist nicht nur so, dass um das Grundrecht auf Wasser gestritten wird, es gibt auch das Recht auf Gesundheit und es gibt andere Rechte, wo man sagt, das sollte jedem zur Verfügung stehen. Das kann man sehr schön sagen in einer Situation, in der die Risikosicherung staatlich gewährleistet ist, jedenfalls in einem recht komfortablen Ausmaß. In den Ländern, über die wir hier diskutieren, ist das ja in der Regel nicht die Grundvoraussetzung, d. h. dort ist die Regel, dass es kein Wasser und keine Gesundheit und andere Dienstleistungen gibt, wenn man nicht dafür bezahlt. Diese Bezahlung ist zur Zeit für die Armen ganz teuer, und die wird bei allen Beispielen dann billiger, wenn man einen privaten Investor mit in den Betrieb hereinnimmt. Auch das ist heute morgen schon gesagt worden, aber ich glaube, es muss einfach noch einmal dargestellt werden. Die Diskussion Global Commons/Global Public Goods gibt es in anderen Sektoren auch. Wir reden hier sehr sektoral, das ist auch richtig, weil das Thema „Wasser“ ist, aber die Lösungen werden sicherlich in Zukunft in einem viel breiteren Kontext zu suchen sein. Ein zusätzliches internationales Global Water Parlament oder etwas derartiges braucht man, glaube ich, nicht, wenn sich die jetzt etablierenden Mechanismen im Rahmen der Armutsbekämpfung als tragfähig erweisen. Dann werden nämlich in den Ländern auch die Wasserversorgungsprobleme bei der Armutsbekämpfungsstrategie im Sinne einer nationalen Planung berücksichtigt werden müssen. Ich komme damit zum Schluss. Ich wollte noch einmal sagen: Für die Wasserversorgung in den Entwicklungsländern gibt es mit Sicherheit keine Blue-Print-Lösungen, muss im Einzelfall vor Ort studiert werden durch Consultants oder Forschungsuntersuchungen. Und dann kommt das politische Verhandeln der Lösungen, die für das Land bei den Bedingungen sinnvoll und richtig sind und dabei kann die EZ – die Entwicklungszusammenarbeit – eine Geländerfunktion oder auch eine Türöffnerfunktion anbieten und beratend tätig werden.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Bichmann. Ich hatte gesagt, wir kommen zu einer Schlussrunde, für die ich die Anwesenden hier auf dem Podium noch einmal bitten würde, einfach zu dem, was Ihnen aufgrund der Diskussion noch eingefallen ist, kurz Stellung zu nehmen. Dann kommen wir zum Schluss der Anhörung, denn viele von uns in der Kommission haben nachher noch eine Sitzung. Bevor ich aber das Wort weiter gebe, möchte ich

erstens fragen, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt - das notieren wir gleich - und zweitens wollte ich darauf hinweisen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf die, ursprünglich glaube ich von Prof. Dr. Dr. Dolzer gestellte Frage zur Wettbewerbsfähigkeit deutscher Wasserwirtschaft eine wichtige Studie, ein Aktionskonzept im Rahmen von Wasserwirtschaftsgesprächen gemacht hat. Es gibt hierzu einen Bericht als Buch; die wesentlichen Inhalte sind auch über das Internet abrufbar. Das Sekretariat von diesem Aktionskonzept Wasserwirtschaft ist in Karlsruhe beim Sontheimer Laboratorium, und im Übrigen kann man über die Web-Site des BMBF www.bmbf.de abrufen und da wird man die wichtigsten Informationen bekommen. Nun habe ich noch einmal eine Wortmeldung gesehen, Dr. Baumann, bitte.

Dr. Michael Baumann, sachverständiges Mitglied: Ich habe die Bitte, die Vorteile von Privatisierung an Beispielen kennen zu lernen. Das kann wahrscheinlich jetzt nicht geliefert werden, aber wenn es so etwas gibt, würde mich das interessieren. Ich möchte das mal wirklich an Zahlen sehen. Also, was ich kenne, historisch, das sind immer Belege, dass daraus über längere Zeit Probleme entstehen. Es hat ja in Deutschland auch zum Teil private Wasserversorgung gegeben, die ja aufgegeben worden ist, weil die Privaten das nicht gepackt haben. Ich möchte mal wirklich durchgerechnet und nachvollziehbar solche Beispiele sehen. Wenn man sagt, die Tarife sind hinterher günstiger, das kann ja sein, aber der tatsächliche Zugang zu Wasser für eine Millionenstadt oder für eine größere Region ist etwas anderes. Ich wiederhole einfach die Bitte noch einmal, weil das hier immer so im Raum steht, der eine sagt es so, der andere sagt es so, und das kann man sicher untersuchen.

Abg. Dagmar Schmidt (SPD): Bevor es hier zu einer Schlussrunde kommt, möchte ich einfach noch einmal eines hier ganz offen bedauern, dass nämlich ein Betroffener einer Region, den wir eingeladen hatten, heute nicht dabei ist, denn ich glaube, dass, wenn wir jemanden aus Jordanien da gehabt hätten, aus einer Region, die hautnah mit der Wasserproblematik mit allen Facetten zu tun hat, die hier heute zur Sprache gekommen sind, als da sind Verteilungsfragen, als da sind Nutzung von grenznahen Flüssen, als da sind Entsalzung und Technologie, als da sind die Probleme, die mit der Gebührenerhebung in so einem Land zusammenhängen, das sehr große Differenzen zwischen Reich und Arm hat und natürlich auch Interessen von Eliten

hat, die Vorteile zu behalten, die bis jetzt da sind. Also, ich bedauere das wirklich sehr, dass bei dieser Anhörung dieser Aspekt zu wenig beleuchtet worden ist, und ich bitte deshalb alle Experten, so wie sie da sind, vielleicht diesen Aspekt aus ihrer Kenntnis heraus in diesen Schlussstatements, die von Ihnen abgegeben werden, vielleicht noch einmal ein bisschen zu beleuchten, weil ich glaube, dass dann doch vielleicht auch die globale Verantwortungsproblematik noch einmal viel deutlicher wird.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Wir waren uns nicht ganz klar, Dagmar, ob Du schon da warst, als ich mitgeteilt habe, warum Dr. Hazim El-Naser heute leider verhindert ist und auch, dass er ein Papier geschickt hat, welches ausliegt. Das ersetzt die Sache nicht und ich will damit keineswegs gering schätzen, was Du gesagt hast. Du hast vollkommen Recht. Jedenfalls ist das jetzt hier zur Lektüre empfohlen, und ganz zweifellos müssen wir berücksichtigen, was die hauptbetroffenen Länder hier zu sagen haben. So, ich gehe jetzt mal von hier nach dort und vielleicht können Sie, weil Sie gleich zu Ihrem Flieger müssen, als erster anfangen.

Sachverständiger Dipl.-Ing. Antonio Pires: Danke. Nach der Frage von Frau Schmidt der Hinweis: Frau Anja Thust hat viele Jahre in Jordanien und Syrien gearbeitet; vielleicht könnte sie dazu etwas sagen, wenn es Fragen gibt. Ich persönlich möchte mich noch einmal ganz herzlich bedanken und sagen, das war eine sehr interessante Sitzung heute und es wäre schade, wenn unsere Konvention hier nicht berücksichtigt worden wäre, Prof. Dr. von Weizsäcker. Noch einmal vielen Dank, auch Ihren Mitarbeitern.

Ich möchte noch zwei Worte zu meinen eigenen Erfahrungen auf den Kapverden und in der Sahel-Zone sagen, was die Privatisierung der Wasserverteilung oder Wasserwirtschaft bedeuten. Ich glaube, man muss die spezifischen Gegebenheiten einer jeden Region ausreichend berücksichtigen, z. B. in Regionen wie Dakar, Senegal, Mali, Mauretanien. Deswegen ist es wichtig, dass die Bevölkerung und die lokalen politischen Akteure entsprechend eingebunden werden. Die Aspekte Wasserqualität, Wasserquantität, die sind alle wichtig für die Gesundheit in Afrika, das muss man sehen. Die Kinder gehen nicht zur Schule, weil sie stundenlang 10 Liter Wasser auf dem Kopf tragen müssen. Die Frauen üben keinen Beruf aus,

weil sie sich um die Beschaffung von Wasser kümmern müssen. Ich bin nicht gegen Privatisierung, um Gottes willen, aber ich glaube, dass sind Sachen, wo man sich an die lokalen regionalen Situationen anpassen muss. Zum Beispiel gibt es Probleme bei den Grenzflüssen zwischen Mali, Senegal und Mauretanien hinsichtlich eines gemeinsamen Staudammes. Ein anderes Beispiel ist die Tierhaltung der Nomaden, die Teil ihrer kulturellen Tradition ist. Man muss alle diese Parameter vor Augen haben und kann die Probleme nur mit Hilfe der aktiven Partizipation der lokalen Bevölkerung lösen, und nicht nur durch die Regierung und das Parlament. Andererseits ist es natürlich sehr wichtig, dass sich die internationalen Parlamente um globale ökologische Probleme kümmern, insbesondere in Afrika, weswegen wir auf der Generalkonferenz unserer Konvention zwei Tage für einen parlamentarischen Runden Tisch reserviert haben, damit die Parlamente aktiv an der Umsetzung der UNCCD-Konvention teilnehmen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ich gehe jetzt in der Liste weiter und fange mit Prof. Dr. Alcamo an. Möchten Sie noch etwas kommentieren?

Sachverständiger Prof. Dr. Joseph Alcamo: Vielen Dank. Ich wollte zwei weitere Punkte machen, die für mich auf jeden Fall wichtig sind. Erstens, wir haben, wenn wir über Wassernutzung gesprochen haben, natürlich auf die gesellschaftlichen Aspekte fokussiert, und das wird auch erwartet. Aber wir haben ein bisschen die Naturschutzziele der Gesellschaft unterschätzt. Wir müssen berücksichtigen, dass, je intensiver wir eine Wasserressource nutzen, desto größer ist im Allgemeinen der Druck auf das Ökosystem und die negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Wir müssen das auf jeden Fall berücksichtigen, wenn wir über die Zukunft von Wasser in der Welt diskutieren.

Der zweite Punkt ist: Ich denke, wir haben einen wichtigen Aspekt der Globalisierung ein bisschen unterschätzt, nämlich globaler Handel von Nahrungsmitteln und die Verknüpfung mit Wasser und Wasserbedürfnissen. Ich finde es immer interessant, verschiedene Statistiken aus der FAO zu lesen, dass 1 kg Kartoffel so ca. 150 kg Wasser braucht, aber 1 kg Weizen braucht 1.000 kg Wasser und 1 kg Rindfleisch braucht ca. 16.000 kg, 16 t Wasser. Wir vergessen das, wenn wir jeden Tag über die Wirkung von globalem Handel diskutieren, den wir unterstützen oder nicht unter-

stützen. Die Botschaft ist, wenn wir über Globalisierungswirkungen auf das globale Wassersystem diskutieren, sollten wir auch diesen Geheimwassertransport zwischen den Nationen berücksichtigen. Danke.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Richter!

Sachverständiger Dr. Joachim Richter: Schönen Dank noch einmal. Nur noch einmal ganz kurz zusammengefasst, in welchen Bereichen ich eine sinnvolle Beteiligung des Privatsektors im gesamten Kontext Wasserversorgung sehe. Wir haben einmal die Betriebsführungskomponente, wo wir glauben, dass das Know-how, was wir hier angesammelt haben, sinnvoll zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen, der betriebswirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, eingesetzt werden kann. Ich nenne ein paar Schlagworte, Verbrauchserfassung, d. h. Einbau von Zählern, eine sinnvolle Rechnungslegung, Betriebsführungskomponenten, etc, etc., des Weiteren natürlich die Investitionskomponente, d. h. eine Substitution von öffentlichen Mitteln durch Mittel von der privaten Investorensseite. Es ist ganz klar, dass natürlich diese Mittel, die wir in solch eine Unternehmung dann stecken werden, einen entsprechenden Rückfluss haben müssen. Sonst investiert niemand. Die dritte Komponente, die wir sehen, sind sogenannte Sonderprogramme, d. h. die Mitarbeit. Und hier sehe ich auch eine Zusammenarbeit mit den Entwicklungshilfeinstitutionen, aber vor allen Dingen mit Nichtregierungsorganisationen. Das ist eine Veränderung des Bewusstseins der Verbraucher. Ich möchte hier noch einmal mit der Legende aufräumen, dass unser ganzes Streben dahin geht, so viel Wasser wie nur möglich zu verkaufen. Das ist nicht der Fall, sondern es geht darum, ein effizientes, betriebswirtschaftlich sinnvolles Wassermanagement durchzuführen. Denn, wenn wir die Verantwortung für die Wasserversorgung übernommen haben, dann haben wir auch nach dem Grundprinzip des ehrbaren Kaufmanns zu handeln, d. h. Rücklagen zu schaffen und nicht nur Rücklagen in finanzieller Hinsicht, sondern auch im Ressourcenschutz. Unser Engagement bei solchen Investitionen oder bei solchen Projekten ist nicht in Quartalen zu rechnen oder in fünf Jahren, sondern wir müssen hier eine Sinnhaftigkeit über 15 oder gar 20 Jahre gewährleisten. Wenn wir dann nicht richtig mit den Wasservorräten haushalten, und haushalten bedeutet, dass nicht nur wir das müssen, sondern auch unsere Verbraucher oder unsere Kunden, dann werden wir

unsere für 20 Jahre eingegangene Verpflichtung nicht erfüllen können und deswegen gibt es keinen Konflikt zwischen betriebswirtschaftlichem Denken, ökologischem Denken und Ressourcenschutz. Danke.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Herzlichen Dank. Ich werde, ich kündige das jetzt schon an, zum Schluss selber noch ein paar Worte sagen. Zunächst einmal Dr. Konukiewitz.

Sachverständiger Dr. Manfred Konukiewitz: Ich möchte nur ein paar Anmerkungen machen zu der Frage nach zukunftsweisenden Instrumenten. Was führt uns weiter? Ich möchte hier darauf hinweisen, dass die Bundesregierung insgesamt bei der Frage neuer Konventionen in diesem Bereich sehr zurückhaltend ist, wenn nicht sogar skeptisch. Das heißt aber nicht, dass es nicht andere Möglichkeiten gibt, dieses Thema international weiter zu bringen, vielversprechender weiter zu bringen. Ich will noch einmal ein paar dieser Überlegungen in die Debatte werfen, weil die vielleicht für die Kommission interessant sind.

1. Muss man sagen: Im Wasserbereich ist der Bedarf an rechtlichen Regelungen internationaler Art eigentlich ziemlich gering. Wenn wir etwa das Thema Wasser mit dem Thema Klima vergleichen, dann gibt es ganz erhebliche Unterschiede. Wir haben dort ganz erhebliche externe Effekte. Die haben wir im Bereich Wasser nicht. Das Thema globale Wasserkrise oder globales Problem ist nicht ganz korrekt ausgedrückt. Es ist ein allgemeines Problem, das ist richtig, aber seiner Natur nach ist das Problem Wasser meist regional, manchmal sogar lokal. Das heißt der Bedarf an staatenübergreifenden rechtlichen Regelungen über den gesamten Globus ist relativ gering. Wir haben ihn natürlich da, wo es um grenzüberschreitende Gewässer geht.
2. Eine Wasserkonvention, die rechtliche Maßstäbe und rechtliche Verhaltensmaßstäbe festschreiben würde, ist sehr sehr schwer erreichbar, weil gerade die Staaten, in denen das Problem am empfindlichsten ist, sich ausgesprochen dagegen wenden, die nationale Souveränität über dieses Thema in Frage stellen zu lassen. Wir erleben das bei der Vorbereitung der Wasserkonferenz im Dezember in Bonn. Es gibt in unserem Steuerungskomitee Vertreter von Regierungen, die sagen: Wir können über alles reden, aber bitte über zwei Themen nicht. Das eine Thema ist Pricing, das andere Thema ist Transboundary Waters.

Wenn ihr diese Themen anrührt, dann kriegt ihr Ärger; über alles andere können wir miteinander reden. Das hat natürlich sehr wichtige soziale, auch kulturelle, bis ins religiöse hineinreichende Hintergründe. Das sind aber Fakten, die wir als Bundesregierung zur Kenntnis nehmen müssen. Es ist wahrscheinlich vielversprechender, den Ansatz von gemeinsamen Aktionsprogrammen weiter zu verfolgen, den wir in verschiedenen Zusammenhängen bereits unternommen haben.

3. Etwas, das noch gar nicht erwähnt wurde heute, ist die Agenda 21. Die Agenda 21 enthält ein Kapitel 18, das den Umgang mit Wasser betrifft. Da stehen sehr viele kluge Dinge drin, und alle Nationen haben sich darauf verpflichtet, diese Ziele zu verfolgen und umzusetzen. Wir werden im nächsten Jahr in Johannesburg eben diese Bilanz ziehen und genau zu diesem Zweck dient ja auch die Wasserkonferenz, die wir im Dezember vorbereiten. Da wird man dann auch im Sinne eines Benchmarking feststellen können, wer seine Hausaufgaben gemacht hat und wer nicht. In diesem Sinne ist es natürlich auch sehr wichtig, dass wir, gerade auch im Bilateralen, in der bilateralen Hilfe, das Thema Sektorreform sehr stark in den Vordergrund rücken.
4. Denn man muss es ja noch einmal sagen, das Wasser an sich ist ja in den wenigsten Regionen wirklich knapp. Es ist der Umgang mit dem Wasser, der hochproblematisch ist. Da muss man sowohl die Frage des sozialen Ausgleichs stellen, denn wir wissen, dass in Südafrika - auch in den Regionen, wo das Wasser knapp ist - die Armen 20 Liter pro Tag haben und in den Villenvororten 1300 Liter pro Tag verwendet werden. Dann stellt sich natürlich die Frage, wie kann man hier, mit welchen Mechanismen sozusagen, einen besseren Ausgleich in der Verfügbarkeit herbeiführen, aber auch einen Ausgleich zwischen Verbrauchern und Sektoren.
5. Was heute auch relativ wenig angesprochen wurde: Der allergrößte Wasserverbraucher ist die Landwirtschaft, ist die landwirtschaftliche Verbesserung. Wenn wir hier eine Effizienzsteigerung um 10, 20 oder vielleicht sogar 50 % hinkriegen, wie es viele Experten für erreichbar halten - natürlich mit einem gewissen Investitionsaufwand - dann hätten wir die Mengenprobleme, gerade im Haushaltsbereich - Stichwort: Recht auf Wasser - schon weitgehend gelöst. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ganz herzlichen Dank. Prof. Dr. Petrella.

Sachverständiger Prof. Dr. Riccardo Petrella: Ich möchte zwei Kommentare abgeben; der eine ist zu einem Problem gedacht, der wahrscheinlich heute morgen etwas detaillierter hätte besprochen werden sollen. Es geht um die strukturelle Verschlechterung der Wasserqualität. Wir werden uns immer stärker bewusst, dass die Verschmutzung der Wasserressourcen sehr rasch voranschreitet. Menschen sprechen hier nicht so sehr über die Wasserbombe als Konflikt zwischen Menschen, sondern in Bezug auf die Wasserbombe als einer Situation, die uns in ein paar Jahren wiederum so bedroht, dass die Struktur der Wassermoleküle und der Wasserzusammensetzung wirklich beeinträchtigt wird, und die quantitativen Versprechen der Wasserversorgung werden dann von der Problematik der Qualität des Wassers überholt. Und wir werden das dann immer als wichtiger und schwieriger betrachten. Was die Finanzierung angeht, da sollten wir unsere Fähigkeit verbessern, finanziell vergleichende Bewertungen verschiedener Wasserserviceleistungen umzusetzen, und zwar aus zwei Gründen. Dann komme ich auch schon zum Schluss. Zum einen werden die derzeitigen Finanzsysteme weiterhin nicht greifen, wenn wir nicht eine Veränderung vornehmen. Das bedeutet, dass die Investitionsrendite, die ja eigentlich die Vorkostendeckung voraussetzt, im Wassersektor immer anspruchsvoller werden wird. Im Moment sind es 15 – 16 %, und man will mindestens auf 18 % damit man 3 % wieder abführen kann, und diese Fiskalisierung wird weiter fortschreiten, d. h. die Abschöpfung durch den Staat wird zunehmen, und damit wird auch der Anspruch der Rendite steigen. Es werden hier immer mehr multinationale Mitspieler auf den Plan kommen, und es wird immer stärker Mehrfachversorgungsunternehmen geben. In den letzten zwei Jahren können wir sagen, dass zum Beispiel RWE einer der wichtigsten Mitspieler in dieser multinationalen Gemeinschaft werden will und die möchten natürlich auch mehrere Versorgungssektoren abdecken. Diese und andere Unternehmen gehen eigentlich in die gleiche Richtung. Das sind alles Stromunternehmen, die dann andere Leistungen noch mit übernehmen. ADF und andere sind auch auf diesem Weg und diese Trends, die werden sich konsolidieren und dann, vermute ich, dass die Parlamentarier und die Ausschüsse sich darauf konzentrieren müssen, wenn in der Zukunft eine städtische Versorgungspolitik unmöglich wird, dass man hier nicht mehr

öffentliche städtische Politik definieren und festschreiben kann, denn die städtische Politik wird von den Multianbietern, die dann Monopolstellungen haben, bestimmt werden. Die werden dann einfach politisch so hinzunehmen sein.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Jetzt Frau Dr. Neubert. Entschuldigung, Herr Steiner:

Sachverständiger Achim Steiner: Jedes Mal, wenn Prof. Dr. Petrella gesprochen hat, bin ich in Gedanken noch bei dem, was er sagte, dass es einem schwer fällt, direkt Stellung zu nehmen. Aber ich hatte mir eine Sache aufgeschrieben, die mir sehr wichtig war, weil es ein Tenor ist, der in den ganzen Beiträgen immer wieder hoch kam heute, nämlich der sogenannte Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie. Wir nennen ihn manchmal etwas anders - diese Worte werden nicht so oft verwandt - aber es schwingt immer noch eine These mit, dass vernünftiges ökologisches Wirtschaften sich nicht unbedingt vereinbaren lässt mit einem ökonomischen Ansatz im engeren Sinne. Wobei es interessanterweise, und das geschieht ja immer öfter heute, in öffentlichen Diskussionen, die privatwirtschaftliche Seite mit den NRO, den Umweltbewegungen auf einer Seite stellt. Und - Dr. Richter sagte es vorhin auch - ein Vorhaben von AquaMundo ohne nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung kommt dann nicht mehr in Frage. Inwiefern sich das in der Praxis manifestiert, ist immer noch eine große Diskussion, und ich glaube die Erfahrungen in den ersten Jahren der Privatwirtschaft und ihrer Beteiligung am Management von Wasser lässt zumindest die Frage noch offen, Dr. Baumann sagte es vorhin. Im Prinzip halte ich die Darstellung, dass ökonomische Grundsätze sich in irgendeiner Form gegen einen grundsätzlich ökologischen Ansatz ausspielen lassen, für verfehlt und in vieler Hinsicht weiterhin für eine traurige Ausrede für mangelnde Handlungsbereitschaft. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Im Rahmen der Staudammindustrie wurde vor 20 Jahren in keinsten Form überhaupt über Treibhausgase, CO₂-Emission oder ähnliches nachgedacht. Keiner stellte auch nur die Frage nach einem Staudammbau. Interessanterweise und vielleicht ironischerweise hat das Kyoto-Protokoll - ungelesen der gegenwärtigen Wirren - dazu geführt, dass heute die International Hydro-power Association die Möglichkeiten des CO₂-Emission-Trading als eine der wichtigsten ökonomischen Faktoren und Vorteile im komparativen Kontext von Wettbewerben verschiedener Energieformen anführt. Das heißt eine ökologische, eine

Umweltkonvention ist durch diesen Mechanismus der internationalen Diskussion zu einem ökonomischen Asset geworden. D. h. ein Jeder, der heute versucht, eine ökologische Modernisierung, eine ökologieorientierte Wassermanagementpolitik mit dem Argument: „Es rechnet sich nicht“ zu widerlegen, spielt im Grunde, glaube ich, mit falschen Karten. Aus diesem Grunde allein ist es enorm wichtig, dass wir auch versuchen, diese Art von gemeinsamem Dialog fortzusetzen - und IUCN vertritt diese Politik sehr stark -, dass wir an dem Thema Wasserkoalition arbeiten müssen. D. h., nicht ein Paradigma, nicht eine Politik zu verfolgen, aber wenn wir es nicht schaffen, im Rahmen unserer Gegensätze, aber auch letztlich gemeinsamen Ziele, stärker zusammen zu arbeiten, dann wird es sicherlich nicht zu Fortschritten kommen, und wir werden weiterhin dieses Phänomen haben, dass wir viele Instrumente zur Verfügung haben, aber diese nicht zur Anwendung bringen. Frau Schmidt nannte vorhin die Word Commission on Dams; ich halte das für ein wegweisendes Beispiel. Hier haben sich letztendlich die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft zusammengetan, um den öffentlichen Sektor zu zwingen, sich einer Diskussion zu stellen, die höchste Zeit war, zu führen, die aber über die normalen traditionellen Mechanismen nicht in Gang kam. Deswegen glaube ich auch gerade, dass eine Enquete-Kommission zur Frage Globalisierung von Wasser ein enorm wichtiges Signal in die Wasserdiskussion schicken kann, nämlich, dass alle drei Sektoren: Öffentliche Hand, Privatsektor und Nicht-Staatliche Organisationen gemeinsam an diesem Thema arbeiten müssen, was nicht heißt, dass es nur eine gemeinsame Antwort am Ende gibt. Vielen Dank.

Sachverständige Dr. Susanne Neubert: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um vielleicht eine Anmerkung zu machen und zwar, dass man sich meiner Ansicht nach nicht so sehr auf diese Privatisierungsdebatte konzentrieren sollte, weil ganz viele Wasser Aspekte mit dieser Debatte überhaupt nicht erfasst werden. Da müsste ich darauf hinweisen oder das aufnehmen, das Dr. Konukiewicz gesagt hat: den Verbrauch von 70 % des Wassers über die Landwirtschaft. Es gibt da eine konkrete Zahl, dass nämlich 50 % der bis 2025 angesetzten Verbrauchsdaten allein durch Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft gedeckt werden können. Diese Zahlen stammen vom International Water Management Institut. Man sollte also versuchen, marginales Wasser verstärkt zu verwenden, d. h. Brackwasser, Abwasser, Drainagewasser zur Nachtbewässerung und zu technischen Lösungen übergehen, Wasser-

nutzergemeinschaften bilden, Ownership bei den Landwirten selbst erzeugen und den ländlichen Raum vor allen Dingen angesichts der Megastadtdiskussion nicht vernachlässigen, in dem man ihn marginalisiert und sagt, die verbrauchen ja das ganze Wasser. Dazu braucht es auch einfache Technologien, die ganz abseits der zentralisierten Ideen, dezentrale bezahlbare Techniken, auch der Abwasserentsorgung, aber auch des Rainwater-Harvesting und lauter diese Techniken bieten. Es muss klar werden, dass der ländliche Raum letztendlich doch mit dem städtischen Raum zusammengehört. Das ist mein Plädoyer. Und bevor man die Armen noch verstärkt zur Kasse bitten sollte, sollte man das mit den Reichen tun. Jetzt zeige ich noch einmal eine Folie, die verdeutlicht, wie die Wasserbezahlraten eigentlich sind. Diese Folie zeigt, dass im Nahen Osten bis zu 70 % der Wasserverluste dadurch entstehen, dass Wasserrechnungen nicht bezahlt werden und zwar auf Grund von Beziehungsnetzen, die zu den Regierungen bestehen. Ich meine, das muss man einfach sehen bevor man sagt, in Armenvierteln usw. sollten jetzt die Menschen zur Kasse gebeten werden, was ich durchaus auch mit unterstütze. Aber da denke ich, da muss man hier anfangen, sonst macht man sich absolut unglaubwürdig. Auch bei den Leckageverlusten sollte angesetzt werden. Dankeschön.

Sachverständiger Dr. Wolfgang Bichmann: Nachdem all die wichtigen Aspekte angeführt worden sind, kann ich mich eigentlich nur an die letzte Folie anhängen und sagen, dass es ja auch den bekannten Zusammenhang auf Grund der kulturellen Nähe der Entscheidungsträger mit den höchsten Wasserverbrauchern gibt und häufig die Wassertarife nicht umgesetzt werden. Das ist natürlich ein Problem, das nur dann gelöst werden kann - wir haben heute viel über Demokratisierung geredet -, wenn das auch in irgendeiner Form eingeklagt werden kann oder zum Thema gemacht werden kann. Und ich denke, da gibt es im Rahmen der Globalisierung durchaus nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen, dass sich das in den betroffenen Ländern tendenziell verbessert. Das ist sicherlich ein ganz wichtiger Aspekt, weil die politischen Entscheidungsträger in vielen der Länder auch mit der Landwirtschaft sehr eng kooperieren und von daher auch dort einen großen Wasserverbrauch haben.

Eine letzte Frage von Prof. Dr. Altvater ist noch offen geblieben - das ist etwas untergegangen -. Sie betraf die Kopplung Wachstum Wasserverbrauch. Ich kann das jetzt in diesem Zusammenhang nicht voll beantworten. Ich wollte nur darauf hinweisen,

dass die Diskussion um Wachstum und Entwicklung in den letzten 10 Jahren auch eine ganz neue Dimension gekriegt hat, indem sehr viel stärker der Aspekt der Verteilung unter dem Stichwort Quality of Growth reingekommen ist. Ansonsten, denke ich, kann ich mich Herrn Steiner voll anschließen in seinem Plädoyer, Ökologie und Ökonomie nicht auseinander zu dividieren.

Abg. Brigitte Adler (SPD): Vielen Dank. Ich möchte als allererstes einen Dank an Prof. Dr. von Weizsäcker richten und an die Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission, die diesen heutigen Tag vorbereitet und durchgeführt haben und dass so viele Experten bereit waren, zu kommen, um dieses Problem Wasser auch uns Abgeordneten, auch unseren Kollegen im Umweltausschuss und dem entwicklungspolitischen Ausschuss stärker ins Bewusstsein zu rücken. Ich denke, das ist ganz wichtig, dass uns klar wird, dass wir da noch auf vielen Feldern arbeiten müssen und auch zusammen arbeiten müssen, zum Beispiel mit den Kollegen des Landwirtschaftsausschusses. Wenn man weiß, dass z. B. in der Antarktis und wohl auch in der Arktis in den Gletschern in der Zwischenzeit Pflanzenbehandlungsmittel durch Regenniederschläge gefunden wurden, dann muss uns das zu denken geben, denn die sind dann irgendwo nicht abgebaut worden. Das heißt auch auf diesem Sektor muss noch nachgearbeitet werden. Es zeigt, dass das, was hier schon einmal angesprochen wurde, nämlich die Verschlechterung der Qualität des Wassers, auch eine Rolle spielt. Nehmen sie auch unsere Schifffahrt, wenn ich weiß, dass mein Bodenseewasser nicht vom Bodensee in Baden-Württemberg kommt, sondern aus angrenzenden Flussniederungen der Donau, dann mache ich mir schon Gedanken und Sorgen, wenn es um die Frage der Qualität geht. Aber auch die Frage, weil das angesprochen wurde, mit Brackwasser und dergleichen: darum denken wir auch stärker darüber nach, wie wir unser Wasser klären. Da gibt es ja auch verschiedene Modelle, die auch regional bei uns, wie auch sicherlich in anderen Regionen dieser Welt, eingesetzt werden können. Aber klar ist, es kommt zu Konfliktsituationen und es wird nötig sein, diese Konfliktsituation aufzulösen, Kompromisse zu schließen und für einen gewissen Ausgleich zu sorgen. Ich war vor einer Woche bei einem Bauerntag; die haben einem ganz schön was erzählt über die Ausweisung, z. B. von Wasserschutz-zonen in Baden-Württemberg und die Frage, wie denn das mit dem neuen Naturschutzgesetz und der Landwirtschaftsklausel aussehen wird. Dies trifft ja nicht nur auf uns in Deutschland zu, sondern das lässt sich ja sehr wohl auch in

andere Regionen dieser Erde entsprechend umsetzen. Aber der heutige Tag, denke ich, war für uns alle, die wir zugehört haben und uns vielleicht bewusst geworden sind, dass wir auf dem Sektor noch ein bisschen was tun müssen, dass wir da verstärkt vernetzt nicht nur denken, sondern arbeiten müssen, dass wir die Dinge ein wenig besser in den Griff bekommen. Aber am allerwichtigsten wird sein, dass wir Wasser sparen und dass wir zusehen müssen, wie wir mit diesem wertvollen Gut, das uns am Leben erhält, umgehen. Wenn wir gar kein Wasser mehr haben oder nur noch verschmutztes oder kontaminiertes Wasser in irgendeiner Art haben, dann wird Leben auf dieser Erde nicht mehr möglich sein. Deshalb hoffe ich, dass unsere Enquete-Kommission nicht nur einen guten Bericht vorlegen wird, sondern dass der Bundestag ihn auch diskutieren wird. Prof. Dr. Dr. Dolzer, wir wissen um den letzten Enquete-Bericht zum Klimaschutz und dass der Bundestag ihn immer noch nicht debattiert hat. Die Vorschläge, die dort unterbreitet wurden - und das empfinde ich als sehr wenig gut -, verdienen mehr Beachtung und es ist immer noch Zeit dafür. Ich rege das erneut an. Sie helfen mir dabei, gewissermaßen von außen, entsprechend vorzugehen. Ich darf mich bedanken und ich gehe davon aus - ich sehe einige Kolleginnen und Kollegen aus dem entwicklungspolitischen Ausschuss - wir haben das, was wir gehört haben, als Warnung und als Auftrag angenommen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD): Ganz herzlichen Dank Frau Adler.

Wir wissen, dass erkannte Dinge auf der diplomatischen Bühne gar nicht ganz leicht diskutiert werden können. Bei manchen Themen gibt es einfach Tabus. Das müssen wir respektieren, selbstverständlich, aber die Enquete-Kommission ist bei der Wasserkonferenz in Bonn ja nicht Verhandlungspartner und braucht sich bei ihrer Erkenntnisfindung nicht an heute bestehende politische Tabus zu halten. Es kann ja auch sein, dass durch bestimmte Denkprozesse Tabus langsam abgebaut werden. Wir müssen, wie Herr Steiner richtig dargestellt hat, an einer Art von Wasserkoalition basteln, zu welcher die staatliche Seite gehört, aber insbesondere auch die privatwirtschaftliche Seite und die Zivilgesellschaft. Herr Steiner hat vollkommen zu Recht gesagt, dass bei der World Commission on Dams die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft den öffentlichen Sektor gezwungen haben, manches zu ändern. Wir müssen nicht so weit gehen, wie manche auf der anderen Seite des Atlantiks das

gerne sehen, dass eine solche Koalition zwischen Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft den öffentlichen Sektor in die Knie zwingt. Das wäre ein völlig falsches Verständnis der öffentlichen Aufgaben der Public Goods. Denn dafür ist ja nun wirklich der Staat und die Demokratie da, um etwas als Public Good zu verteidigen. Dazu müssen dann auch wir Parlamentarier etwas leisten, und ich finde den Gedanken, den Prof. Dr. Petrella geäußert hat, dass wir anlässlich der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklungen in Johannesburg nächstes Jahr auch eine Parlamentarier-Konferenz oder Meeting organisieren, bei welcher insbesondere das Thema Wasser eine Rolle spielen wird, unterstützenswert.

Wir haben mit Freude gesehen - das hat uns insbesondere Herr Dr. Richter berichten können -, dass die deutsche Wasserwirtschaft im Kommen ist, auch auf den Weltmärkten und dass die gewisse Peinlichkeit langsam abgebaut wird, von welcher Frau Dr. Eid sprach, dass man mit deutschen Entwicklungshilfegeldern etwas machen möchte und dann ist kein deutscher Anbieter da. Es ist sehr gut, dass wir da Fortschritte machen. Mich persönlich hat es allerdings ganz besonders gefreut, Dr. Richter, dass AquaMundo z. B. bei dem Montenegro-Kontrakt aufgrund des Konzepts des Demand-Side-Management den Zuschlag bekommen hat. Das ist etwas ganz anderes als das Totschlagen des Problems mit einem Überangebot, wie es einer alten, ich möchte mal sagen, leninistischen Denkweise entsprach. Wir müssen uns nur klar sein, dass hat auch Dr. Richter betont, dass Demand-Side-Management mit Null-Preis-Politik nicht kompatibel ist. Das kann nicht gut gehen. Das wäre ja auch eine Art von Leninismus. Wir wissen, dass die Wassereffizienz, die Effizienz im Umgang mit Wasser dramatisch gesteigert werden kann. Dr. Konukiewicz hat für den Bereich Landwirtschaft eine Verdoppelung der Wassereffizienz als möglich angesehen. Das kann ich voll unterstreichen. In manchen Bereichen ist noch mehr drin. Im industriellen Bereich ist eine Verzehnfachung der Wasserproduktivität denkbar und im Bereich der privaten Haushalte mindestens eine Verdoppelung, wenn nicht eine Vervielfachung. Auch das wäre eine dramatische Entlastung des Problems. Dies wird aber nicht funktionieren, wenn nicht die Reichen nicht nur höhere Tarife haben, sondern die dann auch bezahlen, wie Dr. Neubert ganz richtig gesagt hat. Beim Preis erkennt man unvermeidlicherweise ein gewisses Spannungsverhältnis. Ich habe selber vorhin darauf hingewiesen, dass zwischen dem sozialen Anliegen und dem ökologischen Anliegen ein Spannungsverhältnis besteht. Das kann man nicht wegdiskutieren, aber auf die Optimierung in dem

Dreieck zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem kommt es ja schließlich an und nicht auf die Dogmatisierung von einem der drei Beine.

Wir haben heute als Mitglieder der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ und sicherlich auch als Mitglieder der Ausschüsse für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sehr viel gelernt. Wir haben viele Hausaufgaben vor uns gesehen, noch deutlicher als vorher. Ich bin dafür außerordentlich dankbar. Das hat doch sehr zur Klärung beigetragen und schließe deswegen nun mit einem Dank zunächst an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die uns den ganzen Tag ganz vorzüglich begleitet haben, dann an die hier erschienenen Experten, die sich die Mühe gemacht haben, sorgfältige Papiere auszuarbeiten und uns dann hier vorzutragen. Wir Parlamentarier stehen wirklich sehr dankbar vor dieser großartigen Leistung. Ich bedanke mich bei all denen, die als Teilnehmer und Gäste dieser Anhörung beigewohnt und gelauscht haben. Ich bedanke mich noch einmal - ich bitte, das dann weiter auszurichten, bei Herrn Kraus und bei Herrn Matschie - für die gute Zusammenarbeit in der Vorbereitung und Durchführung dieser Anhörung und schließe damit. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 16.30 Uhr

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

- Vorsitzender -